BÜRGERSCHAFT
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
20. Wahlperiode

Plenarprotokoll 20/95
24.09.2014

95. Sitzung

Mittwoch, 24. September 2014

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Frank Schira, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Antje Möller und Vizepräsidentin Kersten Artus

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin
Abwicklung der **Tagesordnung** 7095

Aktuelle Stunde 7095

SPD-Fraktion:

Herausforderung Flüchtlingsunterbringung: Gemeinsam schaffen wir das

Dr. Andreas Dressel SPD 7095, 7109
Dietrich Wersich CDU 7096
Katharina Fegebank GRÜNE 7097, 7106
Katja Suding FDP 7098, 7105
Cansu Özdemir DIE LINKE 7099, 7106, 7108
Detlef Scheele, Senator 7100
Ksenija Bekeris SPD 7103
Dr. Friederike Föcking CDU 7104
Kazim Abaci SPD 7107

CDU-Fraktion:

Zunehmende Vermüllung, Vandalismus und Trinkgelage: Hilferufe aus St. Georg, vom Jungfernstieg und aus anderen Stadtteilen nicht ignorieren

Karl-Heinz Warnholz CDU 7110
Susanne Kilgast SPD 7111
Farid Müller GRÜNE 7112
Heike Sudmann DIE LINKE 7113

GRÜNE Fraktion:

SPD-Sparkurs für die Wissenschaft stoppen: Fehlentscheidungen zurücknehmen – Neustart gemeinsam mit den Hochschulen

(Fortführung am 25.09.2014)

FDP-Fraktion:

Hafeninfrastruktur seriös finanzieren – keine neuen SPD-Schattenhaushalte!

(Fortführung am 25.09.2014)

Fraktion DIE LINKE:

Volksentscheid umsetzen – auch für Gas und Fernwärme

(Fortführung am 25.09.2014)

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl eines ehrenamtlichen Mitglieds der Kreditkommission
– Drs 20/12875 – 7113

und

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung
– Drs 20/12876 – 7113

und

Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union
– Drs 20/12968 – 7113

Ergebnis 7114

Antrag der CDU-Fraktion:

100.000-Euro-Affäre Blankau – Hochdotiertes Aufsichtsratsmandat für Vorstand eines öffentlichen Unternehmens: Senat muss Stellung nehmen
– Drs 20/13003 – 7114

dazu

Antrag der SPD-Fraktion:

Vorgaben des Hamburger Corporate Governance Kodex und des Transparenzgesetzes Schritt für Schritt im Bereich der öffentlichen Unternehmen umsetzen und durchsetzen
– Drs 20/13123 – 7114

und

Antrag der CDU-Fraktion:

100.000-Euro-Affäre Blankau – Senat muss Akten vorlegen
– Drs 20/13143 – 7114

Thilo Kleibauer CDU 7114, 7125
Dr. Andreas Dressel SPD 7116
Jens Kerstan GRÜNE 7117, 7123, 7126
Katja Suding FDP 7118, 7123
Heike Sudmann DIE LINKE 7119, 7125
Jutta Blankau, Senatorin 7120
Jörg Hamann CDU 7121
Dr. Mathias Petersen SPD 7124
Dr. Walter Scheuerl fraktionslos 7126

Beschlüsse 7127

Große Anfrage der SPD-Fraktion:

Keiner darf verloren gehen! – Jugendberufsagenturen in Hamburg
– Drs 20/12733 – 7127

Jens-Peter Schwieger SPD 7127
Wolfhard Ploog CDU 7128
Dr. Stefanie von Berg GRÜNE 7130
Martina Kaesbach FDP 7131
Dora Heyenn DIE LINKE 7132
Ties Rabe, Senator 7133

Kenntnisnahme 7135

Senatsmitteilung:

Verwaltungsabkommen zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein zum finanziellen Ausgleich von Mehrbelastungen durch die Belegung der Frauenhäuser mit ortsfremden Frauen und Kindern des jeweils anderen Bundeslandes und zur Beteiligung Schleswig-Holsteins an einer durch Hamburg zu errichtenden Koordinierungs-/Servicestelle für die Frauenhäuser
– Drs 20/12864 – 7135

Annkathrin Kammeyer SPD 7135
Katharina Wolff CDU 7136
Dr. Stefanie von Berg GRÜNE 7136
Martina Kaesbach FDP 7137
Kersten Artus DIE LINKE 7138
Detlef Scheele, Senator 7139

Kenntnisnahme 7140

Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/11997:

Modernisierung der Universität Hamburg am Campus Bundesstraße Neubau am Geomatikum (Senatsantrag)
– Drs 20/12916 – 7140

mit

Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/11995:

Neubau für das Center for Hybrid Nanostructures der Universität Hamburg (CHYN) (Senatsantrag)
– Drs 20/12939 – 7140

Philipp-Sebastian Kühn SPD 7140, 7148
Thilo Kleibauer CDU 7142
Dr. Eva Gümbel GRÜNE 7143
Dr. Wieland Schinnenburg FDP 7144, 7148
Dora Heyenn DIE LINKE 7146
Dr. Dorothee Stapelfeldt, Zweite Bürgermeisterin 7147

Beschlüsse 7149

Antrag der CDU-Fraktion:

Freie Berufe und Unternehmen langfristig stärken
– Drs 20/12839 – 7149

Beschluss 7149

Interfraktioneller Antrag:

Provenienzforschung und Inventarisierung der Kunstbestände vorantreiben
– Drs 20/12999 – 7149

Christa Goetsch GRÜNE 7149
Dr. Isabella Vértes-Schütter SPD 7151
Dietrich Wersich CDU 7151
Katja Suding FDP 7152
Norbert Hackbusch DIE LINKE 7152

Beschluss 7152

Antrag der FDP-Fraktion:

Keine Pkw-Maut für das deutsche Straßennetz
– Drs 20/12986 – 7152

Beschlüsse 7152

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Recht auf freien Zugang zum Master sichern!
– Drs 20/12982 – 7153

Dora Heyenn DIE LINKE 7153, 7156
Philipp-Sebastian Kühn SPD 7153
Thilo Kleibauer CDU 7154
Dr. Eva Gümbel GRÜNE 7155
Dr. Wieland Schinnenburg FDP 7155

Beschlüsse 7156

Beginn: 15.03 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Ich darf Sie herzlich begrüßen. Die Sitzung ist eröffnet.

Wir kommen heute sogleich zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind fünf Themen angemeldet worden, und zwar von der SPD-Fraktion

> Herausforderung Flüchtlingsunterbringung: Gemeinsam schaffen wir das

von der CDU-Fraktion

> Zunehmende Vermüllung, Vandalismus und Trinkgelage: Hilferufe aus St. Georg, vom Jungfernstieg und aus anderen Stadtteilen nicht ignorieren

von der GRÜNEN Fraktion

> SPD-Sparkurs für Wissenschaft stoppen: Fehlentscheidungen zurücknehmen – Neustart gemeinsam mit den Hochschulen

von der FDP-Fraktion

> Hafeninfrastruktur seriös finanzieren – keine neuen SPD-Schattenhaushalte!

und von der Fraktion DIE LINKE

> Volksentscheid umsetzen – auch für Gas und Fernwärme

Ich rufe zunächst das erste Thema auf, angemeldet von der SPD-Fraktion. Das Wort bekommt Herr Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Jeden Abend können wir in der "Tagesschau" neue Horrormeldungen von den Krisenherden dieser Welt sehen und hören: aus dem Irak, aus Syrien, aus Nordafrika. Auch der Ukraine-Konflikt ist alles andere als gelöst. Alleine die Situation an der syrisch-türkischen Grenze, wo sich in wenigen Tagen so viele Flüchtlinge gesammelt haben, wie innerhalb eines ganzen Jahres zu uns nach Deutschland kommen, macht die Dramatik deutlich. Deshalb muss für uns in Hamburg eine klare Aussage gelten. Wir als weltoffene, tolerante Stadt sind solidarisch mit allen, die Schutz vor Verfolgung und Bedrohung suchen.

> (Beifall bei der SPD, vereinzelt bei den GRÜNEN und bei *Katja Suding FDP*)

Es ist klar, wir stehen vor einer riesigen Herausforderung. Aber wir sind uns auch sicher, dass wir in der Bürgerschaft diese Herausforderung gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen, dem Bund und allen, die etwas tun können und tun müssen, meistern.

> (Beifall bei der SPD)

Das war in diesem Ausmaß nicht vorhersehbar. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat seine Prognosen, was die Flüchtlingszahlen angeht, fast ein halbes Dutzend Mal nach oben korrigiert, zuletzt in der vorletzten Woche. Bei den Zugangszahlen in Hamburg waren wir Anfang 2014 bei 300 monatlich, jetzt sind wir bei dem Doppelten. Das ist ein Punkt, wo man sagen kann, dass sich eine Dynamik entfaltet hat. Wir müssen alles tun, aber das war in diesem Umfang nicht vorhersehbar.

Hamburg hat reagiert. Wir haben am Anfang dieser Wahlperiode darüber diskutiert, ob wir den Vertrag mit Mecklenburg-Vorpommern über Nostorf verlängern sollen. Gott sei Dank haben wir uns entschieden, die Erstaufnahmen in Nostorf zu belassen und den Vertrag zu verlängern. Diese Entscheidung war bitter nötig.

> (Beifall bei der SPD)

Wir haben die Zentrale Erstaufnahmeeinrichtung von 270 auf 2300 Plätze vergrößert. Für die Folgeunterbringung sind fast 2000 Plätze fertig und 2500 konkret geplant. Trotzdem reicht es nicht, wenn wir uns die aktuellen Zahlen ansehen. Deshalb ist es richtig und der Sozialsenator und der Innensenator haben dabei unsere Unterstützung, dass wir noch einmal kräftig und sehr kurzfristig nachlegen: 1500 Plätze in 2014 und insgesamt 5000 Plätze bis Ende 2015. Das muss schnell geschehen, weil es eine klare Prämisse für uns gibt: Wir sind eine reiche Stadt, und in einer reichen Stadt kann es nicht sein, dass Flüchtlinge im Winter in Zelten untergebracht sind. Das ist unwürdig.

> (Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU und den GRÜNEN)

Dieser Prämisse muss man dann tatsächlich auch alles unterordnen. Deswegen geht es jetzt darum, kurzfristig das zu machen, was technisch machbar ist. Natürlich löst das auch Sorgen und Kritik aus – dessen sind wir uns bewusst und das nehmen wir ernst – in Harburg, Billstedt und anderswo. Wir gehen nicht leichtfertig darüber hinweg, aber in dieser Situation geht es nicht anders als mit Notmaßnahmen. Wir werden die Probleme, die das mit sich bringt, nicht klein- oder schönreden. Wir nehmen das ernst und sind gemeinsam in der Pflicht, immer auch auf die soziale Balance dieser Maßnahmen zu achten. Das haben wir getan, das werden wir weiterhin tun. Deshalb ist es wichtig, dass es auch zusätzliche Unterkünfte in den Walddörfern oder an der Sophienterrasse gibt. Auch ich wünsche mir, dass wir zum Beispiel in den Elbvororten noch etwas machen können. Deshalb ist es eine gute Nachricht gewesen, dass der Bundesrat am letzten Freitag über eine Planungserleichterung

(Dr. Andreas Dressel)

für Flüchtlingsunterkünfte entschieden hat. Er hat das einstimmig beschlossen, und ich gehe fest davon aus, dass Bundesregierung und Bundestag diesen Gesetzentwurf sehr schnell beschließen, damit wir von dieser Planungserleichterung Gebrauch machen können.

(Beifall bei der SPD)

Der Bund kann auch noch an einer anderen Stelle helfen. Er hat Bundesliegenschaften. Meine Erwartung ist ganz klar: Es kann nicht sein, dass Bundeswehr und Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, die für die Bundesliegenschaften zuständig sind, jetzt sagen, schwierig, schwierig und an der einen oder anderen Stelle vielleicht auch noch die Hand aufhalten. Das kann nicht sein, hier müssen sich alle unterhaken. Hier muss es einen vernünftigen Weg geben, sodass wir in Hamburg auch Bundesliegenschaften in Anspruch nehmen können. Das muss das klare Signal aus der Bürgerschaft sein.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der LINKEN)

Der Bundesrat hat im Übrigen auch in einer anderen Frage weise entschieden, Stichwort sichere Herkunftsländer. Ich weiß, dass es in Teilen des Hauses umstritten ist, glaube aber, dass es richtig gewesen ist, auch auf die Gesamtakzeptanz dessen, was wir in diesem Bereich tun, zu achten. Deswegen war das eine richtige Entscheidung. Sie ist gekoppelt mit ganz vielen wichtigen integrationspolitischen Errungenschaften, zum Beispiel, dass die Frist für die Arbeitsaufnahme verkürzt wird oder die Vorrangprüfung wegfallen kann. Deshalb sind wir froh, dass unser Bürgermeister und viele andere Ministerpräsidenten, auch der aus Baden-Württemberg, zugestimmt haben, dass dieses Gesetz werden kann.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Ein letzter Satz: Wir sollten gemeinsam diese Herausforderung annehmen. Wir können das gemeinsam schaffen. Packen wir es an. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Wersich von der CDU-Fraktion.

Dietrich Wersich CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Bereitschaft der Hamburgerinnen und Hamburger, den Menschen zu helfen, die bei uns Schutz vor Krieg, Verfolgung und Gewalt suchen, ist groß. Die tätige ehrenamtliche Hilfe, die praktizierte Nächstenliebe in unserer Stadt ist auch groß, und das ist gut so.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN und bei *Katja Suding FDP*)

Trotzdem finde ich den Wortlaut der Anmeldung der SPD erstaunlich. Sie schreiben "Herausforderung Flüchtlingsunterbringung: Gemeinsam schaffen wir das" – just in dem Moment, in dem dieser Senat in einer Nacht- und Nebelaktion mit Polizeirecht vollendete Tatsachen geschaffen und genau das, nämlich alle Beteiligungsrechte und -regeln, außer Kraft gesetzt hat.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Im Frühjahr nützen uns Notunterkünfte nichts!)

Ist das das Verständnis der SPD von Gemeinsamkeit?

(Beifall bei der CDU und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*)

Ich frage mich, ob das nicht eher das Pfeifen im Walde ist oder eine parteiinterne Parole, das jetzt so durchzuziehen, denn ehrlich gesagt wirkte es schon etwas grotesk, wie versucht wurde, Senator Scheele als Helmut Schmidt der Flüchtlinge zu inszenieren. Ich möchte noch einmal daran erinnern: Die große Flut 1962 kam über Nacht. Hier haben wir seit zwei Jahren, seit 2012, einen anschwellenden Strom von Flüchtlingen, und wir können jeden Tag in den Medien verfolgen, wie sich die Situation im Nahen Osten weiter zuspitzt. Dieser Vergleich mit Helmut Schmidt war eine ziemliche Verirrung aus der PR-Abteilung des Senats, das war richtig daneben.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und vereinzelt bei der FDP)

Tatsächlich agiert der Senat mit großer Hilflosigkeit. Es gab in allen Bezirken auch konstruktive Vorschläge aller Parteien, ich erinnere nur den Parkplatz der Gartenschau und an Vorschläge aus Altona. Wir haben ein monatelanges Hin und Her innerhalb der Verwaltung erlebt, ein Schwarzer-Peter-Spiel zwischen Senat und Bezirksämtern. Es gab Unterstützerinitiativen von Bürgern, die entnervt das Handtuch geworfen haben, weil der Bezirksamtsleiter oder die Behörde mit ihnen nicht richtig kommuniziert haben. Es ist schwer begreiflich, wie lange Senator Scheele hilflos agiert hat, um jetzt die Keule des Polizeirechts herauszuholen. Ich glaube, das dürfte bundesweit ziemlich einmalig sein. Das ist keine gute Politik.

(Beifall bei der CDU)

Die Bereitschaft, den Menschen zu helfen, die bei uns Schutz vor Krieg, Verfolgung und unvorstellbarer Gewalt suchen, ist groß. Aber diese Hilfsbereitschaft kann auch kippen. Damit das nicht passiert, haben wir als CDU fünf klare Forderungen.

Erstens: Es darf nicht das Gefühl einer ungerechten Lastenverteilung zuungunsten einzelner Stadtteile aufkommen. Wir brauchen eine gerechte Verteilung der Flüchtlingsunterkünfte über die ganze Stadt.

(Dietrich Wersich)

(Beifall bei der CDU)

Zweitens: Wir brauchen eine kluge Belegungspolitik. Es gibt Negativbeispiele, wo minderjährige unbegleitete Flüchtlinge in der Nähe von Kriminalitätsschwerpunkten und großen Massenunterkünften untergebracht werden. Das ist nicht gut. Wir brauchen eine kluge Belegungspolitik aller Einrichtungen.

(Beifall bei der CDU)

Drittens: Wir brauchen eine rechtzeitige Information und Einbeziehung der Anwohnerinnen und Anwohner. Nur dann gibt es Akzeptanz.

Viertens: Wir brauchen einen besseren Personalschlüssel, was die soziale Betreuung angeht, insbesondere in den großen Einrichtungen. 1:80 reicht nicht. Die Personalausstattung muss verbessert werden, damit die soziale Begleitung verbessert wird und Konflikte gar nicht erst auftreten.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der LINKEN)

Und fünftens: Wir brauchen Sicherheit im Umfeld der Flüchtlingseinrichtungen. Das bedeutet auch, dass dort, wo es notwendig ist, Sicherheitsdienste eingesetzt werden.

Das sind fünf ganz zentrale Punkte, damit in Hamburg die Hilfsbereitschaft nicht kippt.

Aber ich sehe auch übergeordneten Handlungsbedarf. Wir müssen den Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland auf die wirklich Bedürftigen begrenzen. Deshalb war es richtig und notwendig, dass die Bundesregierung auch gesetzlich geregelt hat, dass die Verfahren der Asylbewerber aus Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina beschleunigt werden. Wenn von 20 000 Flüchtlingen 19 940 Flüchtlinge keine Anerkennung bekommen,

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Was nicht stimmt! Das weißt du auch!)

dann zeigt das, dass wir auch gesetzlich agieren müssen, damit am Ende die Kapazitäten für diese Menschen da sind, die wirklich Schutz vor Verfolgung und kriegerischen Auseinandersetzungen brauchen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD – *Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Peinlich!)

Meine Damen und Herren! Wir finden es richtig, dass wir zukünftig auch die minderjährigen Flüchtlinge auf die Bundesländer verteilen.

Ich komme zum letzten Satz. Bei der Flüchtlingsunterbringung kann ich der SPD nur sagen: Fangen Sie endlich damit an, sonst droht die Hilfsbereitschaft der Hamburger durch Ihre wenig überzeugende Politik zu kippen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – *Kazim Abaci SPD:* Machen Sie mit!)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Frau Fegebank von der GRÜNEN Fraktion.

Katharina Fegebank GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hamburg war eine Stadt, aus der Menschen fliehen mussten, und heute fliehen Menschen nach Hamburg, um ihr Leben zu retten. Ich finde, es ist nicht nur unsere Pflicht, sondern auch gesamtgesellschaftlich unsere Verantwortung, diese Menschen aufzunehmen und vor allem auch willkommen zu heißen. Das müssen wir als reiche Stadt mit – ich glaube, heute stand es im "Hamburger Abendblatt" – 42 000 Millionären und 80 Milliardären einfach leisten. Da immer nur von Problemen zu sprechen, ist der völlig falsche Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Anders als Herr Wersich es gerade dargestellt hat müssen wir das Momentum nutzen, dass im Moment eine unglaublich hohe Bereitschaft da ist, sich ehrenamtlich solidarisch zu zeigen und die Flüchtlinge zu unterstützen, auf Landesebene und in den Bezirken. Unsere Bezirksabgeordneten arbeiten mit Hochdruck. Die Kirchen, die Flüchtlingsinitiativen, die Behörden, "fördern und wohnen" und andere Beteiligte – alle sind gemeinsam dabei, einen Weg zu finden. Diesen Weg können und sollen wir unterstützen, gerade weil wir es richtig finden – und da ich komme noch einmal darauf zu sprechen, dass Hamburg eine reiche Stadt ist –, dass die Ansage gemacht wurde, Flüchtlinge nicht weiter in Zelten unterzubringen. Bis spätestens Mitte Oktober soll das aufgehoben werden. Alles andere wäre ein Armutszeugnis für die Stadt und für uns überhaupt nicht tragbar.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich will, dass wir das nutzen, und ich will auch noch einmal unsere Bereitschaft untermauern, mit vereinten Kräften zu streiten.

Wir fordern den Senat aber, wie wir es auch schon vor zwei Wochen und vor vier Wochen und vor sechs Wochen getan haben, noch einmal auf, offenzulegen, welche Flächen für die Unterbringung geprüft wurden. Es geht Ihnen sicher nicht anders als uns. Bei uns gibt es täglich Anrufe, E-Mails und Nachfragen, ob nicht noch Vorschläge eingereicht werden könnten, wo sie eingereicht werden könnten und wie nachvollzogen werden könne, aus welchen Gründen welche Fläche, welches leerstehendes Bürogebäude, welche nicht mehr genutzte Schule nicht infrage komme. Wenn man hier für eine Transparenz sorgen würde, dann wäre in puncto Akzeptanz der eine oder andere Schritt getan.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(Katharina Fegebank)

Der zweite Punkt mag vielleicht selbstverständlich klingen: Bei all diesen Anstrengungen ist es immer wieder wichtig, sich vielleicht noch einmal ein Stück weit von den ausgetretenen Pfaden zu lösen und alle Beteiligten an einen Tisch zu holen – nicht nur den Senat, die Bezirkspolitiker vor Ort und diejenigen, die für die Errichtung der Container zuständig sind, sondern auch die Kammern, mögliche Investoren, Flüchtlingsorganisationen, soziale Einrichtungen und die Menschen vor Ort –, um gangbare Lösungen zu finden. Das ist unser zweiter Impuls, den wir schon mehrfach in die Debatte eingebracht haben, um hamburgweit Akzeptanz zu schaffen, um auf die Platzzahlen zu kommen, die wir brauchen und die bis Ende des Jahres noch weiter steigen werden.

Ich will noch einmal unseren ewig wiederholten Punkt der schnellen, unbürokratischen, vor allem aber kreativen Lösungen in die Runde werfen. Wir haben uns angeschaut, was andere Städte machen. In Bremen werden, unterstützt durch Migrantenorganisationen, Container zu wohnlichen Dörfern gestaltet, sodass das, was Herr Wersich vorhin ansprach – Konflikte, Ghettobildung, unzureichende Situation in Sammel- und Massenunterkünften –, allein durch die Anordnung und die baulichen Verhältnisse ausgehebelt werden kann. In Augsburg, das ist heute groß in der Presse, leben Flüchtlinge gemeinsam mit Kunstschaffenden und Reisenden in einem zu einem Hotel umgebauten Pflegeheim. Das sind alles Ideen, die auf der Straße liegen und die wir zusammenführen sollten, um daraus ein richtiges Aktionsbündnis zu machen und die Flüchtlinge in unserer Stadt willkommen zu heißen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Ich will noch einen Satz zum Zeitdruck sagen. Wir verstehen den Zeitdruck. Der Senat hat gehandelt, aber er hat spät gehandelt. Das darf jetzt natürlich nicht zur Folge haben, dass alle Bemühungen und gemeinsamen Anstrengungen dazu führen, dass die Akzeptanz sinkt. Eilverfahren dürfen nicht dazu führen, dass aufgehört wird, nach besseren Unterbringungen zu suchen. Wir müssen aufpassen, dass Transparenz, Beteiligung und Information nicht auf der Strecke bleiben. Anwohnerinnen und Anwohner müssen auch weiterhin immer Bescheid wissen, was in ihrer Nachbarschaft passiert, denn ohne Akzeptanz wird es nicht funktionieren.

Ein letzter Satz: Ich hoffe, dass wir uns in diesem Hause einig sind, dass in den nächsten Wochen und Monaten nicht Wahlkampf auf dem Rücken der Flüchtlinge gemacht wird.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und bei *Katja Suding FDP – Kazim Abaci SPD:* Genau!)

Wenn ich mir einige Äußerungen der Kollegen der außerparlamentarischen Opposition anhöre, bin ich mir da nicht so sicher. Dafür ist das Thema zu wichtig; da müssen wir als Stadt solidarisch zusammenstehen. Keine Stimme den Rechtspopulisten in der Frage der Flüchtlingspolitik. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Präsidentin Carola Veit: Von der FDP-Fraktion bekommt nun das Wort Frau Suding.

Katja Suding FDP:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Seit mindestens zwei Jahren steigt die Zahl derjenigen, die bei uns Zuflucht vor Krieg, Terror und Vertreibung suchen. Seit mindestens zwei Jahren reden wir in der Bürgerschaft und in den Ausschüssen darüber, wie wir die immer größer werdende Zahl der Flüchtlinge unterbringen, versorgen und integrieren wollen. Nun spricht die SPD-Fraktion in ihrer heutigen Themenanmeldung davon, dass wir das gemeinsam schaffen. Das ist eine späte Erkenntnis.

(*Kazim Abaci SPD:* Stimmt nicht!)

Bislang haben wir von diesem "gemeinsam" leider wenig gespürt.

(*Sören Schumacher SPD:* Na, Sie machen ja bald nicht mehr mit! – *Wolfgang Rose SPD:* Ist doch Quatsch!)

Meine Fraktion und auch die anderen Oppositionsfraktionen, wie der Beitrag von Katharina Fegebank gerade gezeigt hat, haben immer wieder viele Vorschläge gemacht, wie die Herausforderungen zu meistern sind. Darunter waren viele gute und praktikable Vorschläge, einige waren vielleicht auch weniger zielführend, aber alle wurden vom Senat und von der SPD-Fraktion schlicht und einfach abgelehnt. Und nun stehen Sie mit dem Rücken zur Wand, wie Sie selbst gesagt haben, Herr Senator Scheele. Doch anstatt daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen, fällt Ihnen nichts Besseres ein, als bei der Unterbringung von Flüchtlingen in großem Umfang das Polizeirecht nach SOG anzuwenden. Damit schaffen Sie aber erst recht Probleme, die am Ende möglicherweise nicht mehr zu kontrollieren sind.

Hamburg ist eine weltoffene Stadt. Es ist hier eine gute, liberale und jahrhundertealte Tradition, Menschen aus aller Welt willkommen zu heißen. Dieser Tradition müssen wir uns gemeinsam mehr denn je bewusst werden, denn ohne die vielen Ehrenamtlichen und die Willkommenskultur der Hamburger könnte die Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge in Hamburg nicht so gut funktionieren, wie es bislang der Fall ist. Ich denke, wir alle wollen, dass das auch weiterhin so bleibt, aber dafür müssen wir die Ehrenamtlichen und die Bürger vor Ort auch mitnehmen. Sie müssen eingebunden

(Katja Suding)

werden. Das ist ganz wichtig für den Erfolg einer Unterbringung. Aber Regelungen zur Gefahrenabwehr und zur Sicherung der öffentlichen Ordnung, also die Anwendung von Polizeirecht, sind nicht geeignet, um die notwendige öffentliche Akzeptanz und eine breite Beteiligung bei der Unterbringung und der Integration von Flüchtlingen zu erhalten. Das Gegenteil ist der Fall, und ich nenne Ihnen drei Punkte, warum.

Erstens: Die Anwendung von Polizeirecht und die eilige Errichtung von Notunterkünften ohne Beteiligung und Dialog mit Bürgern und Bezirkspolitikern wird Widerstand gegen ungeeignete Standorte hervorrufen.

(*Wolfgang Rose SPD:* Das kann man auch herbeireden!)

Zweitens: Die Anwendung von Polizeirecht lässt das Unterlaufen wichtiger Standards im Baurecht, etwa beim Brandschutz, zu. Gerade da, wo viele Menschen auf engstem Raum zusammenleben, ist das extrem gefährlich.

Und drittens: Die Anwendung von Polizeirecht wird den Gegnern einer offenen und humanitären Flüchtlingspolitik in die Hände spielen und Integration erschweren.

Ich habe große Zweifel, ob die Errichtung von Flüchtlingsunterkünften nach SOG vom Senat wirklich durchdacht ist. Kein Wort haben wir vom Senat bislang zu grundlegenden Fragen gehört. Für welchen Zeitraum sollen die nach Polizeirecht eingerichteten Unterkünfte denn unter Polizeirecht stehen? In welchem Zeitraum ist eine Überführung der Unterkünfte in reguläre Einrichtungen geplant, die den Standards des Bauplanungs- und des Bauordnungsrechts genügen? Wie wollen Sie mittel- und langfristig mit Einrichtungen umgehen, die nach geltendem Bauplanrecht unzulässig sind? Das sind viele Fragen, aber keine Antworten. Vielleicht hören wir gleich noch etwas dazu.

Was aber stattdessen tun? Vorschläge liegen auf dem Tisch. Warum war es beispielsweise nicht möglich, die von uns geforderte private Wohnraumvermittlung endlich einzuführen? Der Senator selbst sprach kürzlich im "Hamburger Abendblatt" von 400 privaten Hilfsangeboten. Eine zentrale Stelle aber, die diese Angebote koordiniert, suchen wir bisher vergeblich. Ich bin deshalb froh, dass Herr Dressel gestern, auch auf Druck der Pastorin Dietlind Jochims, zugesagt hat, diese Möglichkeit nun endlich einmal zu prüfen. Und warum ist es nicht möglich, mit dem Bund und/oder der Bundeswehr über die Nutzung von Flächen zu verhandeln?

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Das fragen Sie mal die Bundeswehr!)

Der Erste Bürgermeister lässt keine Möglichkeit aus, seine Berliner Kontakte zu preisen. Hier wäre wirklich einmal eine gute Möglichkeit, diese Kontakte auch einzusetzen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Warum ist es nicht möglich, mit den umliegenden Bundesländern, die allesamt SPD-regiert sind, über die großen Herausforderungen zu sprechen? In den Flächenländern bieten sich doch, anders als in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen, größere Möglichkeiten. Es muss doch möglich sein, unter den Ministerpräsidenten darüber zu sprechen.

Meine Damen und Herren! Unserer Auffassung nach führt kein Weg an der Beteiligung der Bezirke vorbei, um die Akzeptanz in der Stadt zu erhalten und zu stärken. Ebenso dürfen die Mindeststandards und die menschenwürdige Unterbringung nicht ausgehöhlt werden. Bevor Polizeirecht angewandt wird, müssen alle Mittel ausgeschöpft werden. Bisher war das erkennbar nicht der Fall. Wir werden trotzdem weiterhin konstruktiven Lösungen nicht entgegenstehen und auch weiterhin mithelfen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Für die Fraktion DIE LINKE bekommt jetzt Frau Özdemir das Wort.

Cansu Özdemir DIE LINKE:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Überschrift lautet: Gemeinsam schaffen wir das. Jetzt, in einer Notsituation, sollen wir alle an einem Strang ziehen, aber davor hielt es die SPD nicht für notwendig, mit den Oppositionsfraktionen zusammenzuarbeiten.

(*Kazim Abaci SPD:* Das stimmt nicht!)

– Doch, das stimmt.

Zu der Notsituation ist zu sagen: Die haben Sie selber geschaffen, indem Sie so lange gewartet und nicht gehandelt haben.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Birgit Stöver CDU*, *Dr. Eva Gümbel* und *Dr. Anjes Tjarks, beide GRÜNE*)

Ich kann Ihnen sagen, von was für einer Kooperation Sie sprechen: Alle Fraktionen bringen Vorschläge ein, die Anträge schaffen es vielleicht sogar in den Ausschuss und werden dort diskutiert, und dann stimmt man sie weg oder übernimmt die Forderung einfach in den eigenen Antrag, schreibt SPD darüber und stimmt dann über sie ab. Wir haben Anträge gestellt, zum Beispiel zum Thema Sozialwohnungen. Wir haben ganz deutlich gesagt, dass wir mehr Sozialwohnungen brauchen, damit die Menschen aus der öffentlichen Unterbringung, bezogen auch auf die wohnungslosen Hamburgerinnen und Hamburger, in gesicherte Wohnverhältnisse reintegriert werden können. Wir haben immer

(Cansu Özdemir)

wieder deutlich gemacht, dass der Kooperationsvertrag mit SAGA GWG und den anderen Wohnungsunternehmen eingehalten werden muss, der die Vergabe von 1200 Wohnungen im Jahr an wohnungslose Menschen vorsieht. Wir haben auch deutlich gemacht, dass es eine Ausweitung der öffentlichen Unterkunft geben muss. Seit fast vier Jahren haben wir jedes Jahr einen Antrag mit einer solchen Forderung eingebracht, aber auch diese Forderung wurde immer abgelehnt. Und jetzt sollen wir schweigen über die verfehlte SPD-Politik, über die verfehlte Wohnungsbaupolitik

(Heiterkeit bei der SPD – *Arno Münster SPD:* Das hat doch mit dem Thema nichts zu tun!)

und die verfehlte Politik in Bezug auf die öffentliche Unterbringung von wohnungslosen Menschen. Das ist für mich eine Politik ohne Perspektive: Hier ein Loch stopfen, da ein Loch stopfen, und die Bezirke und die Bürgerschaftsfraktionen sollen dazu schweigen und einfach mit dem Kopf nicken. Das geht so nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie schon dabei sind, Unterkünfte zu schaffen, sollten Sie die Mindeststandards nicht aus den Augen verlieren. Ich nenne nur einmal die Schnackenburgallee; ich weiß nicht, wer von Ihnen dort war. Ich finde es beschämend, dass in einer reichen Stadt wie Hamburg Menschen in einer solchen Unterkunft leben, wo sich 32 Menschen ein Zelt teilen müssen. Wir sagen, wir seien eine interkulturell geöffnete Stadt, aber Kultursensibilität bedeutet für mich nicht, dass eine Frau, die Kopftuch trägt, mit 31 anderen Menschen im Zelt lebt und drei Wochen lang ihr Kopftuch nicht abnehmen kann, weil sie dort mit Männern untergebracht ist.

(Beifall bei der LINKEN – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Deshalb wollen wir Zelte vermeiden!)

– Die Zelte wollen Sie also abschaffen. Ich wundere mich, dass in einer reichen Stadt wie Hamburg, wo über Olympia gesprochen wird, überhaupt Zelte aufgestellt werden, um dort Menschen unterzubringen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Frage müssen Sie sich doch stellen. Im Ausschuss habe ich Herrn Neumann gefragt, warum denn nicht Container aufgestellt werden. Herr Neumann, Sie haben gesagt, Container seien teuer. Was soll das denn heißen? Aufgrund der Schuldenbremse können wir jetzt keine Container aufstellen, weil Zelte günstiger sind?

(*Sören Schumacher SPD:* Unsinn!)

Sie müssen auf die Massenunterkünfte verzichten; ich habe gerade die Schnackenburgallee genannt.

(*Jan Quast SPD:* Sind Sie eigentlich in der Realität angekommen?)

Die Stimmung dort ist hochexplosiv, und ich kann Ihnen auch sagen, warum. Weil verschiedene Konflikte der Welt dort aufeinandertreffen. Ich nenne nur einmal die jesidischen Flüchtlinge oder die christlichen Flüchtlinge aus dem Irak und aus Syrien, die dann auch auf muslimische Flüchtlinge treffen, die vielleicht vor Assad geflohen sind. Dazu kommt noch der Unmut über die Standards in der Unterkunft, was zu einer hochexplosiven Stimmung führt, und das darf hier nicht sein. Es darf auch nicht sein, dass Menschen acht bis neun Monate auf ihren Transfer warten müssen. Der Asylkompromiss ist meiner Auffassung nach einfach beschämend.

(Beifall bei der LINKEN)

Es kann nicht sein, dass wir hier von Weltoffenheit sprechen, aber ein solches Zeichen setzen. Asylanträge werden jetzt – ohne Aussicht – einfach abgelehnt. Dann soll sich Deutschland aber auch die Frage stellen, ob wir überhaupt ausreichend Flüchtlinge aufgenommen haben. Schauen Sie sich die Länder wie Malta, Italien oder die Türkei an. Da müssen wir uns doch die Frage stellen, ob wir wirklich genug Flüchtlinge aufgenommen haben und wir uns hier hinstellen und von einem Zustrom sprechen können. Ich weigere mich, diesen Begriff zu benutzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Senator Scheele.

Senator Detlef Scheele: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben in der letzten Sitzung der Bürgerschaft die vom Senat vorgelegte Drucksache zu den Mehrbedarfen in der öffentlichen Unterbringung gemeinschaftlich beschlossen. Das war in diesem Haus eine gute Stunde für Flüchtlinge.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe in der Debatte deutlich gemacht, dass wir vor einer schwierigen Situation stehen. Die Flüchtlingszahlen sind in den letzten Monaten immer wieder nach oben korrigiert worden. Erst letzte Woche wurde die Zahl durch das BAMF erneut angehoben, und Hamburg hat künftig mit rund 600 neuen Flüchtlingen im Monat zu rechnen. Nun höre ich die Kritik, wir hätten das alles wissen können. Die nehme ich zur Kenntnis und ich nehme sie auch ernst. Aber es gibt nur das BAMF in Deutschland, das Flüchtlingszahlen prognostiziert, und das hat jetzt zum vierten Mal die Prognose erhöht.

(*Birgit Stöver CDU:* Aber Nachrichten gucken Sie nicht?)

(Senator Detlef Scheele)

Demzufolge müssten eigentlich alle Bürgermeister dieses Landes, egal welcher Partei sie angehören, ziemlich doof sein, weil sie immer auf diese Flüchtlingszahlen reagieren und zusätzliche Maßnahmen beschließen. Wir sitzen in einem Boot mit vielen anderen Großstädten Deutschlands und machen es im Verhältnis ganz gut, weil wir es einvernehmlich machen. Aber wir können, Frau Suding, keine Containerdörfer auf Vorrat bauen. Das können wir in Blankenese machen, wenn Sie uns eine Fläche nennen, aber auf Vorrat geht es nicht.

(Beifall bei der SPD)

Der Senat hat vor 14 Tagen erläutert, wie der Weg aussieht, den hilfesuchenden Menschen in unserer Stadt Obdach und Schutz zu gewähren. Dabei geht es vor allem darum, Verfahren zu beschleunigen und Verwaltungsabläufe zu verschlanken, damit wir schnell – das ist das wichtigste Gebot – zu neuen Flächen und Unterkünften für die bei uns Zuflucht suchenden Menschen finden. Als Erstes möchte ich hier auf das Sofortprogramm für die Erweiterung der Zentralen Erstaufnahme eingehen. Oberstes Ziel dieses Programms ist es, die Unterbringung in Zelten zu vermeiden und die Zentrale Erstaufnahme – Sie haben darauf hingewiesen, wie die Lage in der Schnackenburgallee ist – so zu entlasten, dass die Zelte abgebaut werden können. Dazu haben wir fünf Notunterkünfte im Rahmen der Zentralen Erstaufnahme beschlossen, und zwei weitere werden bis zum Ende dieses Jahres zur Verfügung stehen; dann wird es auch besser. Wir sind da gar nicht auseinander – es muss da besser werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben außerdem kurzfristige Maßnahmen zur Erweiterung der öffentlich-rechtlichen Unterbringung beschlossen. Wir werden nach den erforderlichen Bau- und Umbaumaßnahmen Unterbringungsplätze schaffen, ohne dass zuvor ein Baugenehmigungsverfahren nach der Hamburger Bauordnung oder ein Anhörungsverfahren nach Paragraf 28 Bezirksverwaltungsgesetz durchgeführt wird. Die Unterkünfte selbst, das bitte ich immer zu beachten, werden dem ganz normalen Standard entsprechen. Auch was Notunterkunft heißt, ist nichts anderes als das, was wir immer gebaut haben. Das ist wichtig.

(*Katja Suding FDP:* Warum brauche ich das dann?)

– Warum wir das brauchen? Wir müssen schneller werden, Frau Suding.

Wenn 600 Menschen pro Monat kommen, können Sie das einmal durch zwei teilen, dann kommen Sie auf 300, und das heißt, dass wir zwei Containerdörfer pro Monat bauen müssen. Dafür brauchen wir schnellere Verfahren, die keinesfalls dazu führen, dass wir Bürger nicht beteiligen, denn mein Staatsrat hat am Abend vor der Entscheidung der Senatskommission die Sprecher der Bezirksfraktionen und die Sprecher der Bürgerschaftsfraktionen eingeladen.

(*Birgit Stöver CDU:* Das ist Beteiligung? Das ist nur Information, keine Beteiligung!)

– Langsam, ich bin noch nicht fertig. Lassen Sie mich einmal ausreden.

Er hat alle darüber informiert. Die Bezirke werden weiterhin immer da, wo Containerdörfer oder Unterbringungen entstehen, Informationsveranstaltungen durchführen, und wir als Behörde werden natürlich in einem transparenten Verfahren, wie wir es die ganze Zeit gemacht haben, berichten, was wir vorhaben.

Ich möchte auch mit dem Getue aufräumen, das ehrenamtliche Engagement würde durch dieses Verfahren beschädigt. Wir haben bei "fördern und wohnen" eine zentrale Stelle, die das ehrenamtliche Engagement koordiniert. Da haben wir zurzeit Listen von immer mehr Menschen, die sich engagieren. Vor wenigen Wochen waren es 350, jetzt sind es 450. Ich komme gerade von "Leben mit Behinderung", einem Träger der Behindertenarbeit. Der Geschäftsführer Dr. Peiffer wohnt am Wiesendamm, wo auch eine Unterkunft hinkommt. Er sagte mir, er habe seine Mitbewohner angemailt, dass man etwas mache, und er habe so viele Mails zurückbekommen, wie er überhaupt nicht für möglich gehalten hätte. Es gibt also ein Engagement auch unter den veränderten Verfahrensbedingungen.

(*Dietrich Wersich CDU:* Das bestreitet keiner!)

– Doch, Sie haben behauptet…

(*Dietrich Wersich CDU:* Nein, es haben einige schon wieder das Handtuch geschmissen, weil sie nicht informiert waren! – Gegenrufe von der SPD: Nennen Sie Beispiele!)

– Hier wird gesagt, dieses beschleunigte Verfahren beschädige das ehrenamtliche Engagement. Das ist nicht der Fall. Wir brauchen es und wir werden es wertschätzen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in der Senatskommission für Stadtentwicklung und Wohnungsbau für 14 bereits in der Planung befindliche Standorte beschleunigte Verfahren beschlossen, und dazu kann ich auch beantworten, was hier gefragt worden ist. Natürlich müssen wir, wenn wir es jetzt wegen Gefahrenabwehr nach SOG beschleunigen, für alle Standorte, die wir dauerhaft haben wollen, die Baugenehmigungsverfahren nachholen. Was denken Sie denn? Diese Antwort hätten Sie sich auch selbst geben können.

(Beifall bei der SPD)

(Senator Detlef Scheele)

Wir können die Zeitaufwände weiter verkürzen, wenn wir auf öffentliche Ausschreibungen verzichten. Das schadet zumindest keinem Anwohner und hilft nur den Flüchtlingen und denen, die Unterkunft suchen. Mit diesen Maßnahmen zusammen werden wir den nicht gedeckten Bedarf von rund 1500 Plätzen bis zum Jahresende insbesondere zur Entlastung der Zentralen Erstaufnahme schaffen. Angesichts der komplizierten Lage in der Schnackenburgallee haben wir da auch einen verbesserten Betreuungsschlüssel von 1:50 und nicht mehr 1:80. Wir sehen doch, was da los ist, und mühen uns nach Kräften, das Aufeinanderprallen ethnisch verschiedener Kulturen so zu regeln, dass nichts passiert, denn auch ich weiß, dass es sozialen Sprengstoff birgt, wenn man 1000 Leute so beengt unterbringt. Das hat doch niemand von uns abgestritten, und wir versuchen es zu lösen.

(Beifall bei der SPD)

Mir wäre es natürlich auch lieber gewesen, wenn wir eine gleichmäßigere Verteilung der neuen Unterkünfte über alle Stadtteile hin geschafft hätten und noch stärker in wohlhabenden Stadtteilen neue Unterkünfte hätten errichten können. Aber die Verteilung ist besser gelungen, als hier gerade der Eindruck erweckt wird, denn wir haben Unterkünfte am Waldweg seit vielen Jahren, wir haben Unterkünfte am Volksdorfer Grenzweg, in Poppenbüttel, in Fuhlsbüttel, in Lokstedt, in Rissen, in Marienthal und in guten Gegenden Wandsbeks. Da haben wir etwas getan, und wir bemühen uns weiter. Wir haben keine Fläche abgelehnt, die uns vielleicht aus Blankenese genannt worden wäre. Wie kämen wir denn dazu? Nennen Sie doch bitte eine, dann nehmen wir sie, da bin ich ganz sicher.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Der Bundesrat hat in der letzten Woche wichtige Entscheidungen getroffen. Er hat auch eine Hamburger Vorlage beschlossen, die im Bauplanungsrecht die Zulässigkeit von Flüchtlingsunterkünften erleichtern soll. Das gilt sowohl für unbeplante Innenbereiche, für Außenbereichsinseln als auch für die Zulässigkeit von Flüchtlingsunterkünften in Gewerbegebieten. Wir wollen erreichen, dass mehr Flächen für die Nutzung als Unterkunft in Betracht kommen, denn wir können nicht große Teile von Flächen von vornherein ausschließen. Gelingt es uns hier, Entspannung zu schaffen, kann es noch gerechter zugehen. Vielleicht können wir dann auch – ich sage es mit aller Vorsicht – zum Beispiel in Billstedt wieder etwas kleiner werden. Das wäre selbstverständlich mein Wunsch.

(Beifall bei der SPD – *David Erkalp CDU:* Auch unser Wunsch!)

Ich möchte auf die Entscheidung des Bundesrats zu sprechen kommen, die Liste der sicheren Herkunftsstaaten um die drei Balkanländer Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien zu erweitern. Ich halte diese Entscheidung für richtig. Ich habe dafür geworben, dass sie so kommt, und bin froh, dass sie trotz der schwierigen Verhandlungen so getroffen wurde.

(Beifall bei der SPD)

Die Situation der Menschen in diesen Staaten ist in keiner Weise mit der im Irak vergleichbar.

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Was ist das für ein Vergleich?)

Die Anerkennungsquote im Asylverfahren liegt bei nahezu 0 Prozent. Tatsächlich ändert sich für diese Menschen relativ wenig, aber die Verwaltungsverfahren werden beschleunigt und auch Rückführungen können dadurch schneller durchgesetzt werden. Diejenigen aber, die tatsächlich verfolgt werden, werden auch weiterhin den Schutz des individuellen Asylrechts in Deutschland genießen.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde diese Entscheidung auch deshalb richtig, weil wir uns jetzt um die wirklich Schutzbedürftigen kümmern müssen. Wir müssen die Ressourcen dort bündeln, wo sie am nötigsten gebraucht werden. Armut ist ohne Zweifel schlimm, aber Armut ist in Deutschland kein Asylgrund. Wenn die Länder des westlichen Balkans perspektivisch in die EU streben, dann müssen sie zunächst im eigenen Land alle möglichen Fluchtursachen abstellen. Wir brauchen also Programme, die die wirtschaftliche Entwicklung dort befördern.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Mit dem Bundesratsbeschluss vom Freitag wurden außerdem klare Verbesserungen für die Situation von Flüchtlingen in Deutschland beschlossen. So wird die Residenzpflicht ab dem vierten Monat nach Beginn des Aufenthalts in Deutschland abgeschafft. Das ist eine seit Langem erhobene Forderung aus der Flüchtlingsbewegung. Verwandten- und Arztbesuche werden erleichtert und der bürokratische Aufwand reduziert. Gleichzeitig wird sichergestellt – ich hoffe, dass es auch tatsächlich gelingt –, dass die größeren Städte, die aufgrund ihrer Wirtschaftskraft eine große Anziehungskraft ausüben, nicht in höherem Maße belastet werden. So werden die Sozialleistungen weiterhin nur an dem in der Wohnsitzauflage festgelegten Wohnsitz erbracht. Das muss einer Stadt wie Hamburg wichtig sein.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Arbeitsaufnahme für Flüchtlinge wird erleichtert. Bisher mussten Flüchtlinge vier Jahre warten, bis sie ohne Vorgangsprüfung eine Arbeit aufnehmen durften. Diese Frist wird jetzt deutlich verkürzt, sodass eine viel schnellere Integration und Eigenversorgung der Flüchtlinge erfolgen kann. Das ist gut, denn die Menschen wollen nicht

(Senator Detlef Scheele)

auf die Fürsorge des Staates angewiesen sein. Sie wollen arbeiten und eigenständig ihre Familien ernähren. Dieser Kompromiss wird sowohl den Ländern und Kommunen, aber auch den hier lebenden Flüchtlingen in den nächsten Monaten weiterhelfen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Ich begrüße die Debatte über eine gerechtere Verteilung von Flüchtlingen in Europa, die Bundesinnenminister de Maizière angestoßen hat. Es geht dabei nicht darum, das geltende Verfahren Dublin II außer Kraft zu setzen, sondern es geht im Gegenteil darum, dass alle Länder ihren Verpflichtungen nachkommen, dass es Klarheit gibt und dass dann alle Länder der EU sich an der Aufgabe beteiligen, Flüchtlinge aufzunehmen. Diese Aufgabe ist zu groß, als dass sie nur eine Handvoll Staaten bewältigen können. Alle europäischen Staaten müssen sich daran beteiligen. Eine Quotenregelung wäre gut. Und ja, dann müssten sich auch Bulgarien und Rumänien beteiligen.

Es steht noch eine Reihe weiterer Themen an, derer sich die Länder und der Bund annehmen müssen und werden. Auf einige dieser Themen bin ich in den letzten Wochen eingegangen. Der Bund muss sich in der Frage bewegen, uns Ländern Bundesimmobilien zur Zwischennutzung zur Verfügung zu stellen. Ich habe dazu an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben geschrieben und mich zusätzlich mit meinen Kollegen aus Berlin und Bremen an die zuständigen Bundesministerien gewandt. Wir brauchen mehr Unterstützung des Bundes, sowohl finanziell als auch bei der Flächensuche.

(Beifall bei der SPD)

Die Personalausstattung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge muss ausgebaut werden. Ende Juli gab es einen Rückstau von 120 000 unbearbeiteten Anträgen. Nicht nur für die Flüchtlinge sind die langen Verfahren unzumutbar, sondern sie führen auch bei Ländern und Kommunen zu erhöhten Kosten.

Wir müssen auch über eine Verteilung von 16- bis 18-jährigen unbegleiteten Flüchtlingen reden. Dass in Thüringen im Jahr 2013 ein Einziger zu versorgen war, während wir in Hamburg 487 Minderjährige versorgt haben, wird nicht so bleiben können.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Unterbringung von Flüchtlingen außerhalb der Landesgrenzen muss weiter diskutiert werden. Dort, wo es mehr Fläche gibt, wo gar Wohnraum leer steht oder abgerissen wird, müssen mehr Flüchtlinge untergebracht werden können. Es ist nicht hinnehmbar, dass der Abriss von Wohnraum und Gebäuden in einem Teil der Republik parallel zur Unterbringung von Flüchtlingen in Zelten stattfindet.

(Beifall bei der SPD)

Hamburg wird all diese Themen im Rahmen der nächsten Ministerkonferenzen auf verschiedenen Ebenen im Länderkreis und mit der Bundesregierung thematisieren.

Zum Schluss: Sie sehen, wir arbeiten verlässlich und zielstrebig auf verschiedenen Ebenen. Wir reformieren Bundesrecht, wir mobilisieren Immobilien des Bundes, und wir kümmern uns um eine künftig andere Verteilung, ohne die Finanzverantwortung zu ändern; das will ich ausdrücklich hinzufügen. Wir arbeiten konzentriert und mit guter Information gegenüber Politik und Bürgern unser Flächenprogramm ab, und wir wertschätzen das unermüdliche ehrenamtliche Engagement der Hamburgerinnen und Hamburger, das steigt und steigt. Ich sichere Ihnen zu, dass wir bei der Lösung der vor uns liegenden Aufgaben die Belange der ganzen Stadt im Blick haben, die der Einheimischen und die der Flüchtlinge. Das ist wichtig, denn die Belastungen an der einen oder anderen Stelle sind enorm. Mein Dank gilt daher ausdrücklich auch den Hamburgerinnen und Hamburgern, die in ihrem Umfeld Einschränkungen hinnehmen. Wir haben auch diese Einschränkungen im Blick. Der eine oder andere hat hier auf die soziale Balance hingewiesen, die die Voraussetzung für das große Engagement und die große Solidarität ist. Auf die soziale Balance und auf die Situation einheimischer Bevölkerung in unmittelbarer Nähe der Flüchtlingsunterkünfte werden wir ein Auge haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Frau Bekeris von der SPD-Fraktion.

Ksenija Bekeris SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir wünschen uns alle, dass die Lage in der Flüchtlingsunterbringung weniger angespannt wäre, aber die Krisensituation in der Welt und das Schicksal der Menschen auf der Flucht machen es erforderlich, dass wir uns in der Bürgerschaft immer wieder mit diesem Thema befassen. Denen ein festes Dach über dem Kopf zuzusichern, die bei uns Schutz vor Verfolgung und Krieg suchen, ist einerseits eine Herkulesaufgabe – da schaue ich zur LINKEN hinüber –, und andererseits ist es das Einlösen eines Anspruchs. Es ist Verpflichtung und Verantwortung für unsere Stadt, für uns alle gemeinsam und parteiübergreifend.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir keine Zeltunterbringung im Winter wollen, dann dürfen wir nicht erst im Frühjahr damit fertig werden.

(Ksenija Bekeris)

(Beifall bei der SPD)

Womit wir uns aber auch beschäftigen, nicht nur wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, sondern wir alle als Stadt und als Gesellschaft, ist die Frage, wie wir die Unterbringung schaffen. Es geht dabei doch um viel mehr als um ein Dach überm Kopf. Deshalb ist es gut und richtig, dass wir schon lange Vorreiter sind, indem wir zum Beispiel Kinder von Flüchtlingen in die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets einbeziehen. Ich kann mir nämlich keine bessere Werbung vorstellen für das Zusammenleben von Flüchtlingen und Hamburgerinnen und Hamburgern, als dass wir unsere Kinder von Anfang an im Sportverein, beim Musizieren oder bei gemeinsamen Schulausflügen zusammenkommen lassen. So bleiben die Kinder der Flüchtlinge nicht außen vor, sie bleiben nicht draußen, sondern sie gehören dazu.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch so, dass wir am besten zueinander finden, wenn wir uns auf Augenhöhe begegnen. Deshalb möchte ich noch einmal hervorheben, was am Freitag im Bundesrat beschlossen wurde. Der Arbeitsplatz spielt eine zentrale Rolle. Es ist ein Riesenschritt, dass Flüchtlingen der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert wird und dass Asylbewerber und Geduldete nun schon nach drei Monaten eine Arbeit aufnehmen können. Das ist gut,

(Beifall bei der SPD)

denn arbeiten zu dürfen, stärkt das Gefühl, willkommen zu sein und kein Bittsteller mehr zu sein, sondern ein Teil der Gesellschaft zu werden, in der man Schutz gesucht hat. Und auch das ist eine gute Umsetzung.

(Beifall bei der SPD)

Die Vorrangprüfung fällt weg, und die Residenzpflicht wird nach Hamburger Vorbild geändert. Das sind Initiativen, die wir hier gestartet haben, und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD)

Wir beobachten vor Ort etwas wirklich Bemerkenswertes. Da, wo Flüchtlinge untergebracht sind, organisieren sich die Menschen in der Nachbarschaft. Sie wollen helfen, sie spenden und organisieren Angebote rund um die Unterkünfte. Manche machen es alleine, manche als Gruppe oder auch als ganze Kirchengemeinde, und sie tun es aus einem ganz persönlichen Bedürfnis heraus, denn die Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten, sollen unterstützt werden. Allen, die hier mithelfen, die Flüchtlinge zu unterstützen, gilt auch hier noch einmal unser Dank.

(Beifall bei der SPD)

Meine verehrten Damen und Herren! Bis jetzt zeigt sich Hamburg als eine soziale und engagierte Stadt, was die Flüchtlingsunterbringung angeht. Unterstützen wir das alle zusammen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Frau Dr. Föcking von der CDU-Fraktion.

Dr. Friederike Föcking CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Kollege Dressel, selbstverständlich tragen wir die Anstrengungen für eine menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge in Hamburg mit. Das ist für uns nicht nur eine gesetzliche, sondern auch eine menschliche Verpflichtung. Und natürlich freuen wir uns über die vielen Hamburgerinnen und Hamburger, die sich dafür ehrenamtlich engagieren.

(Beifall bei der CDU, der SPD und bei *Katja Suding FDP*)

Aber bei dieser Anmeldung können Sie nicht erwarten, dass wir kritiklos zuschauen, wie wenig organisiert die Unterbringung derzeit vonstattengeht.

(Beifall bei der CDU)

Sie merken selbst, dass in der Stadt die Kritik an der Art und Weise wächst, wie die Menschen hier untergebracht werden sollen und wo,

(*Kazim Abaci SPD:* Sie reden es herbei!)

in teilweise riesigen Einheiten und konzentriert auf relativ wenige Stadtteile. Sie haben schon vor einem Jahr versprochen, für Ausgewogenheit zu sorgen, aber wer letzte Woche ins "Hamburger Abendblatt" blickte, wurde eines Besseren belehrt. Immer wieder versuchen Sie, die Opposition für Ihre Maßnahmen zu vereinnahmen oder unseren Bezirkspolitikern den Schwarzen Peter zuzuschieben, wenn scheinbar nicht genügend geeignete Flächen gefunden wurden. Sicher, die Flüchtlingszahlen sind in den letzten Monaten noch einmal stark und so vielleicht nicht vorhersehbar gestiegen,

(*Wolfgang Rose SPD:* Ah ja!)

aber ganz so unvermutet, wie Sie jetzt tun, kam die Entwicklung dann doch nicht. Wir reden hier bereits seit zwei Jahren über das Thema. Damals war Senator Scheele übrigens noch so ehrlich zu sagen, dass der Vorteil von wenigen großen Standorten immerhin sei, dass dann nicht an so vielen Stellen Konflikte mit Anliegern drohen würden.

(*Wolfgang Rose SPD:* Ach, nee!)

Das war schon damals ebenso kurzsichtig wie heute,

(Beifall bei der CDU)

denn sehenden Auges riskieren Sie jetzt, dass an einigen Stellen auf Kosten der Einwohner dort und

(Dr. Friederike Föcking)

der Flüchtlinge neue soziale Brennpunkte entstehen.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Und Vorschlag?)

In verschiedenen Anfragen hat der Senat berichtet, welche Flächen er bisher geprüft hat. Die Ablehnungsgründe waren seinerzeit sehr unterschiedlich, und es stellt sich die Frage, ob die Lenkungsgruppe da nicht teilweise vorschnell Nein zu den Vorschlägen aus den Bezirken gesagt hat und ob da nicht dringend noch einmal draufgeschaut werden müsste.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Ist ja nun noch mal!)

Das zeigt, dass nicht die Bezirke den Schwarzen Peter in Händen halten, sondern, wenn wir dieses Spielchen schon spielen wollen, die zuständigen Senatoren für Soziales und Inneres. Verehrte Senatoren Scheele und Neumann und verehrte Kollegen von der SPD, versuchen Sie nicht immer, uns nachträglich für Ihre Fehler mit in die Verantwortung zu ziehen.

(Beifall bei der CDU)

Beteiligen Sie vor allen Dingen die Bezirke ernsthaft und sorgfältig. Sorgen Sie dafür, dass die Medien nicht jedes Mal vor den zuständigen Abgeordneten informiert werden, wie es jüngst auch bei der Ankündigung des sogenannten Sofortprogramms geschah. Da werden am Vorabend die zuständigen Bürgerschaftsabgeordneten und die Vorsitzenden der Bezirksfraktionen zur vertraulichen Information ins Rathaus geladen, und schon am nächsten Morgen stehen alle Details in der Presse. Die war nämlich wieder einmal vorher vom Senat informiert worden. Das ist nicht fair und transparent, das ist unfair und der großen Herausforderung nicht angemessen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wer so das Vertrauen der gewählten Volksvertreter enttäuscht, muss sich nicht wundern, wenn ihm in der Stadt auch nicht mehr getraut wird. Schade, denn das haben die Flüchtlinge nicht verdient.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Nun bekommt Frau Suding von der FDP-Fraktion das Wort.

Katja Suding FDP:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Scheele, ich habe mich noch einmal gemeldet, weil ich den Eindruck habe, dass Sie meine Kritik und die Kritik der anderen Oppositionsfraktionen nicht wirklich verstanden haben. Es geht nicht darum – Sie haben mich auch direkt mit Ihrem Hinweis auf Blankenese angesprochen –, dass ich irgendetwas gegen Container in Blankenese hätte. Ich hoffe sehr, dass Sie auch Flächen in Blankenese und anderen Stadtteilen ernsthaft prüfen. Es ist am Ende nicht meine Aufgabe, Ihnen hier Flächen zu nennen. Dennoch nehme ich mir heraus, Ihr Handeln zu kritisieren, und das müssen Sie auch so stehenlassen. So geht es nämlich nicht.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ich möchte Ihnen aber noch einmal sagen, was unsere Kritik tatsächlich ist. Unsere Kritik ist die, dass Sie sich mit unseren Vorschlägen, die von allen Fraktionen gekommen sind, überhaupt nicht auseinandergesetzt haben,

(*Dirk Kienscherf SPD:* Woher wissen Sie das denn?)

und das haben Sie jetzt in Ihrem Redebeitrag leider auch nicht gemacht. Auf die konkreten Vorschläge sind Sie nicht eingegangen. Katharina Fegebank hat über einen Flüchtlingsgipfel gesprochen, und auch wir haben diesen Vorschlag schon häufiger gemacht. Warum laden Sie die Betroffenen, die Flüchtlingsorganisationen, die Anwohner, diejenigen, die hier ehrenamtlich arbeiten und die das Ganze tragen, nicht einmal ins Rathaus ein und organisieren eine breite Mobilisierung, von der Sie doch wissen, dass wir sie brauchen? Sie veranstalten ständig irgendwelche Gipfel zu Themen wie Verkehr, Energie oder was auch immer. Zu diesem Thema wäre das sinnvoll. Machen Sie das doch einmal.

(Beifall bei *Robert Bläsing FDP*)

Dann habe ich über die private Wohnraumvermittlung gesprochen. Es hilft nicht, wenn wir irgendwo ein Angebot haben, das niemandem bekannt ist. Sie merken doch, dass die Leute auf uns zukommen und fragen, wo es so ein Angebot gibt, wo eine Koordinierungsstelle besteht und wo sie helfen können. Wenn es da irgendetwas gibt, das aber keiner kennt, hilft uns das überhaupt nicht, und dann müssen Sie da Abhilfe schaffen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Scheele, ich habe auch vermisst, dass Sie etwas zur Zusammenarbeit mit den anderen Ländern gesagt haben. Das war mir auch zu wenig.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Dazu hat er doch was gesagt!)

Sie haben die Runde im Rathaus erwähnt, zu der Bezirkspolitiker eingeladen wurden. Auch da noch einmal ganz klar die Kritik: Information ist nicht Beteiligung. Das ist nicht das, was wir unter Beteiligung verstehen. Schon als Sie damals nicht das Polizeirecht anwandten und Flüchtlingsunterkünfte geschaffen haben, gab es doch massiven Protest aus den Bezirken.

(Erster Vizepräsident Frank Schira übernimmt den Vorsitz.)

(Katja Suding)

Sogar Ihre eigenen Leute haben sich darüber beschwert, dass sie nicht entsprechend eingebunden werden. Dieses Problem müssten Sie ein bisschen ernster nehmen.

An einigen Stellen haben Sie auch nicht den richtigen Ton getroffen. Sie haben von einem Getue gesprochen und dass das ehrenamtliche Engagement leiden würde. Die Flüchtlingsunterbringung in Hamburg funktioniert nicht deshalb so gut, weil Sie als Senator so einen guten Job machen, sondern weil die Ehrenamtlichen hier Unglaubliches leisten. Das sollten Sie einmal ernster nehmen und nicht von Getue oder sonst was reden. Das finde ich völlig unangemessen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Dann habe ich Ihnen einige Fragen gestellt, auf die Sie wieder völlig unangemessen reagiert haben. Ich wollte wissen, wie lange Sie Polizeirecht anwenden wollen. Wie soll das denn aussehen? Wie werden denn Unterkünfte in normale Unterkünfte überführt? Da haben Sie mir gesagt, diese Antwort hätte ich mir auch selbst geben können. Ich habe hier nicht für mich persönlich gefragt, sondern stellvertretend für die Hamburgerinnen und Hamburger, denen solche Fragen auf der Seele brennen.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD: Oh!)

Gehen Sie doch einmal raus und hören Sie zu, diese Fragen sind da. Da will ich nicht vom Senator hören, das hätten Sie sich auch selbst beantworten können. Diese Antwort haben Sie jetzt allen Hamburgerinnen und Hamburgern gegeben. Glückwunsch, so funktioniert also Einbindung. So wird es nicht funktionieren, Herr Senator.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Frau Fegebank von der GRÜNEN Fraktion.

Katharina Fegebank GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns bei einigen Fragen, die noch einmal aufgekommen sind, relativ einig darüber, dass angesichts der Zahlen der Flüchtlinge, die nach Hamburg kommen und sich bis Weihnachten und darüber hinaus weiter steigern werden, gemeinsam agiert werden muss. Ich will trotzdem auf ein Thema eingehen, das von allen angesprochen wurde, das ich vorhin jedoch ausgeklammert habe, nämlich die Frage des Asylkompromisses.

Wir als GRÜNE haben hier eine andere Auffassung und sind nicht damit einverstanden, was letzten Freitag im Bundesrat verabschiedet wurde, auch mit den Stimmen der SPD und des Bürgermeisters. Wir sehen bei den Entscheidungen eine Aushöhlung des Asylrechts, wenn es darum geht, bestimmten Menschen, die nach Deutschland und nach Hamburg kommen, das Asylverfahren zu versagen. Das sind die Menschen aus Serbien, aus Bosnien-Herzegowina und aus Mazedonien. Diese Staaten zu sicheren Drittstaaten zu erklären, halten wir für ein völlig falsches Signal sowohl in unsere Gesellschaft hinein als auch nach Europa.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Es mag sein, dass es Verbesserungen im Bereich der Zugänge zum Arbeitsmarkt wie auch bei der Frage der Residenzpflicht gibt.

(*Wolfgang Rose SPD:* Das ist so!)

Ich war erstaunt, dass das hier eben noch einmal als Hamburger Initiative deklariert wurde. Wir haben mehrfach Anträge zur Abschaffung der Residenzpflicht eingebracht, die abgelehnt wurden. Jetzt wird es als großer Hamburger Erfolg gefeiert,

(*Kazim Abaci SPD:* Wie bitte?)

und da finde ich es sehr interessant, wie man diesen Kompromiss bewertet.

Ich habe tatsächlich ein viel größeres Anliegen. Mich treibt nämlich die Sorge um, dass wir künftig nach Flüchtlingen erster und zweiter Klasse differenzieren werden, dass das Asylrecht ausgehöhlt wird und dass Menschen, die aus den West-Balkanländern zu uns kommen und in ihren Heimatländern systematisch diskriminiert werden, und zwar beim Zugang zur Bildung, zum Arbeitsmarkt und im gesellschaftlichen Miteinander, hier keine Perspektive mehr haben sollen. Das finde ich verheerend. So sieht keine solidarische Flüchtlingspolitik aus, und diese Politik findet auch nicht unsere Unterstützung.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Özdemir von der Fraktion DIE LINKE hat das Wort.

Cansu Özdemir DIE LINKE:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator Scheele hat die öffentliche Unterbringung angesprochen und auch gesagt, dass Sie nicht vorhersehen konnten, dass die Zahlen so steigen würden. Ich persönlich beobachte die Außenpolitik sehr, sehr nah und sehr, sehr häufig.

(*Gerhard Lein SPD:* Da scheinen Sie ja die Einzige zu sein!)

Von daher glaube ich nicht, dass es vor dem Hintergrund der sich entwickelnden Konflikte auf der Welt so schwer ist, das vorherzusehen in Verbindung mit der öffentlichen Unterkunft in Hamburg, die seit Jahren von der Kapazität her ausgelastet ist bei der Unterbringung von wohnungslosen Hamburgerinnen und Hamburgern. Es ist doch

(Cansu Özdemir)

kein Geheimnis, dass seit Jahren hier ein Problem besteht und schon viel früher gehandelt werden musste.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Thema Einbindung der Bezirke anderer Fraktionen: Sie haben uns eingeladen und wieder einmal eine PowerPoint-Präsentation vorgestellt. Sie haben uns nicht eingebunden, sondern einfach nur dargestellt, welche Pläne Sie haben. Dasselbe haben Sie mit den Bezirken gemacht, und da kann man wirklich nicht von gemeinsamem Agieren sprechen oder einer Zusammenarbeit. Für mich ist das wirklich falsch.

Sie sagen, dass Sie in der Schnackenburgallee zu Maßnahmen greifen, um die Situation zu verbessern. Ich spreche mit den Flüchtlingen sehr häufig,

(*Kazim Abaci SPD:* Wir auch!)

und ich sehe da keine Verbesserungen in der Unterkunft. Ich sehe, dass es dort eine katastrophale Hygiene gibt, ich sehe, dass die medizinische, rechtliche und psychologische Versorgung und die sozialpädagogische Betreuung einfach nicht ausreichend sind. Das liegt natürlich auch daran, dass es zu wenig Personal gibt. Das bedeutet auch, wenn mehr als 1000 Menschen in einer solchen Unterkunft untergebracht werden, dann muss auch dafür gesorgt werden, dass dort ausreichend Personal ist, das die Menschen betreuen kann.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte mir wirklich nicht ständig diesen Satz anhören, wenn wir jetzt nicht handelten, dann würden die Flüchtlinge im Frühjahr in Zelten untergebracht.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Jetzt, nicht im Frühjahr, jetzt! – *Dirk Kienscherf SPD:* Deswegen haben wir die Drucksache jetzt beschlossen!)

– Sie haben eben gesagt, auch noch nächstes Jahr im Frühjahr, Frau Bekeris. Dann handeln Sie doch bitte. Sie bilden doch die Regierung, Sie können doch nicht so tun, als ob wir, die Oppositionsfraktionen, die Möglichkeit in der Hand hätten, die Menschen aus den Zelten zu holen und ihnen eine andere Unterkunft anzubieten. Das ist doch Ihre Verantwortung, dafür wurden Sie doch gewählt.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

Frau Bekeris, Sie sprechen auch das Bildungs- und Teilhabepaket an. Das gilt aber nur für Kinder, die auch in die Schule gehen. Schauen Sie sich einmal die Schnackenburgallee an, da geschieht doch kein Transfer. Die Menschen warten acht bis zehn Monate lang, bis sie in die Folgeunterbringung kommen. Und so lange können die Kinder auch nicht in die Schule gehen.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Sie werden dort beschult!)

– Genau, sie werden dort beschult. Aber es ist doch ein Unterschied, wenn sie in die Infrastruktur, in die Stadt mit integriert werden. Das können Sie doch nicht damit vergleichen, wenn die Flüchtlingskinder nur untereinander bleiben statt in Schulen zu gehen wie alle anderen Kinder auch.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Das sind doch nicht alles Flüchtlinge! Was hat das eine mit dem anderen zu tun?)

Zum Thema Residenzpflicht. Die GRÜNEN hatten ihren Antrag eingereicht, ich glaube, es war im letzten Jahr. Den haben Sie einfach abgelehnt, warum auch immer, und jetzt tun Sie auf einmal so, als würden Sie die Residenzpflicht begrüßen. Das ist ein fauler Kompromiss, der dort beschlossen wurde. Es ist einfach nur beschämend, auch vor dem Hintergrund, dass jedes zweite Kind in dieser Stadt einen Migrationshintergrund hat. Sie sagen, wir seien eine interkulturelle Stadt, aber Sie stimmen einem solchen Kompromiss zu. Das ist peinlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Es handelt sich um eine bestimmte Gruppe, nämlich die der Roma. Sie wissen ganz genau, dass diese Gruppe diskriminiert wird und dass diese drei Länder für die Roma keine sicheren Herkunftsländer sind. Sie können also nicht behaupten, dass dort für die Menschen keine Diskriminierung stattfindet, dass es dort keine Misshandlungen gibt. Wir haben doch so viele Eingaben im Eingabenausschuss erhalten, in denen so viele Geschichten geschildert wurden, die die Menschen am eigenen Leibe erlebt haben. Deshalb frage ich mich, ob Sie überhaupt diese Geschichten gelesen haben

(*Dirk Kienscherf SPD:* Haben wir!)

und ob Sie überhaupt berücksichtigt haben, was die Menschen dort durchgemacht haben. Von daher nervt mich wirklich diese Asylpolitik, die Sie betreiben,

(*Dirk Kienscherf SPD:* Uns nervt das auch, was Sie sagen!)

die Sie auch unterstützen, ganz zu schweigen von Kretschmann. Sie haben dazu beigetragen, dass dieser Kompromiss zustande kommt, und ich finde es beschämend, Herr Scheele, dass Sie auch dafür appelliert haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Jetzt hat Herr Abaci von der SPD-Fraktion das Wort.

Kazim Abaci SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe vor zwei Wochen eine Flüchtlingsunterkunft besucht und dort

(Kazim Abaci)

auch kleine Kinder erlebt. Kleine Kinder – wir haben selbst Kinder – malen Blumen oder Autos, und diese Kinder haben auch etwas gemalt, nämlich Panzer und Waffen. Sie haben in diesem Alter traumatische Erlebnisse gehabt, und deshalb verstehe ich nicht, dass bei diesem Punkt parteipolitische Aspekte in den Vordergrund gestellt werden und weniger der humanitäre Anspruch und die humanitäre Pflicht. Das geht nicht.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Herr Abaci, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Kazim Abaci SPD (fortfahrend): – Nein, Frau Özdemir hat genug geredet, jetzt bin ich dran.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD – *Cansu Özdemir DIE LINKE:* Nur, weil Sie nicht darauf antworten können!)

Frau Özdemir, ich weiß nicht, ob Sie nicht mitbekommen haben…

(*Cansu Özdemir DIE LINKE:* Wenn die Kinder so traumatisiert sind, wo bleibt dann die Traumasprechstunde? – Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Herr Abaci hat das Wort.

Kazim Abaci SPD (fortfahrend): Es ist so, dass die Kinder in den ersten drei Monaten in der Erstversorgungseinrichtung beschult werden, und nach drei Monaten gehen sie in normale Schulen, in internationale Vorbereitungsklassen. Ich glaube, Sie haben gar nicht mitbekommen, dass das so in Hamburg stattfindet.

(Beifall bei der SPD)

Wir können uns vieles Schöne vorstellen. Ich möchte auch nicht, dass in der Schnackenburgallee 1000 Menschen leben. Ich selbst wohne nicht weit entfernt von dieser Einrichtung, und schön ist das nicht. Aber die Realität ist so, dass wir uns bemühen, die Situation zu verbessern. Anspruch und Realität passen leider nicht immer zusammen, aber wir haben den Anspruch, auch die Realität zu verbessern. Das unterscheidet uns von Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Was den Kapazitätenaufbau angeht: Ich weiß nicht, ob an der CDU vorbeigegangen ist, dass die CDU und andere Parteien zehn Jahre an der Regierung waren, und die haben auch aufgrund der BAMF-Prognose die Kapazitäten abgebaut. Das kritisieren wir gar nicht. Aber jetzt gehen die Prognosen nach oben, und jetzt wollen wir den Aufbau.

Zweitens zum Betreuungsschlüssel. Als Sie an der Regierung waren, gab es einen Betreuungsschlüssel von 1:97, jetzt haben wir einen Betreuungsschlüssel von 1:80. Das ist schon ein Riesenschritt nach vorn.

(Beifall bei der SPD – *Birgit Stöver CDU:* Aber Sie sind zu langsam!)

Meine Damen und Herren! Es kommen Kinder, es kommen Erwachsene, es kommen auch Frauen und minderjährige Flüchtlinge in die Stadt. Die Beschulung und die Ausbildung dieser Flüchtlingskinder ist für mich und für uns eine sehr wichtige Aufgabe. Ich weiß nicht, ob Sie alle mitbekommen haben, dass die hamburgische Initiative denjenigen, die eine Ausbildung machen möchten, auch den Zugang zum BAföG ermöglichen möchte. Jetzt ist auf Bundesebene durchgesetzt worden, dass diese minderjährigen Flüchtlinge nicht unbedingt vier Jahre in Deutschland gelebt haben müssen, um eine BAföG-Förderung zu bekommen. Es wurde von vier Jahren auf 15 Monate reduziert, und das ist auf eine Initiative auch aus diesem Hause zurückzuführen. Und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD)

Das ist gut für die Betroffenen, das ist auch gut für die Stadt und das Land. Deshalb noch einmal mein Appell: Wir können über verschiedene Aspekte diskutieren, und es ist gut, dass wir differenzierte Meinungen haben, aber die Menschen sind da, sie brauchen ein Dach über dem Kopf, die Kinder brauchen Kitas und eine Schule. Deshalb ist es wichtig, dass wir hier, aber auch draußen in der Stadt, an einem Strang ziehen und nicht kleinliche Parteipolitik in den Vordergrund stellen. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Özdemir hat das Wort.

Cansu Özdemir DIE LINKE:* Herr Abaci, Sie haben gesagt, dass es formal so sein müsse, aber so läuft das leider nicht. Ich fordere Sie auf, in eine Unterkunft zu gehen und mit den Menschen zu sprechen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Das hat er doch gerade gemacht! – *Gabi Dobusch SPD:* Hat sie überhaupt zugehört?)

– Nein, das glaube ich Ihnen nicht.

Sie sollten mit den Menschen sprechen, denn es ist sehr realitätsfern, was Sie gerade erzählt haben. Das hat doch nichts mit der Realität zu tun, mit dem, was die Menschen hier alltäglich erleben. Hören Sie doch auf damit.

(Beifall bei der LINKEN)

(Cansu Özdemir)

Sie sprechen von der Beschulung. Nach drei Monaten müssen die Kinder beschult werden. Das passiert hier aber nicht, weil der Transfer nicht stattfindet.

(*Gabi Dobusch SPD:* Nein, das hat eine Veränderung gegeben!)

– Nein, Sie werden in den Unterkünften unterrichtet, das ist doch wohl ein Unterschied.

Die Menschen sind bis zu zehn Monate in der Unterbringung, weil sie keinen Platz in der Folgeunterbringung bekommen. Das bedeutet auch am Beispiel der Schnackenburgallee, dass sie keine Anbindung zur Infrastruktur haben und somit auch keine reguläre Schule besuchen können. Das können Sie doch nicht verschweigen, so ist es doch. Sprechen Sie mit den Familien, sie beschweren sich darüber, dass die Kinder nicht zur Schule gehen dürfen.

(*Gabi Dobusch SPD:* Vielleicht ist es zu lange her, dass Sie da waren!)

– Nein, ich bin fast jede Woche dort. Ich würde Ihnen auch einmal empfehlen, mit den Menschen zu sprechen und sich zu informieren, wie es wirklich dort ausschaut.

(*Wolfgang Rose SPD:* Seien Sie nicht so selbstgerecht!)

Wenn Sie schon Ihre Rede damit beginnen, dass Kinder traumatisiert wurden aufgrund…

(*Wolfgang Rose SPD:* Das ist kein Gerede!)

– Sie müssen mir nicht erzählen, ob das Gerede ist oder nicht, da kann ich Ihnen mal etwas erzählen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie sagen, dass die Kinder traumatisiert seien, dann frage ich mich, warum es in der Schnackenburgallee einmal die Woche zwei Stunden lang eine Traumasprechstunde – das wurde mir vor Ort so mitgeteilt – für über 1000 Menschen gibt.

(*Arno Münster SPD:* Ich denke, Sie waren da!)

Herr Abaci, Sie wissen ganz genau, dass gerade aus dem Irak, aus Shingal, Menschen gekommen sind, die schwer traumatisiert sind und die immer noch darauf warten, psychologische Betreuung und Traumasprechstunden zu bekommen. Sie können doch nicht leugnen, dass es dort an Personal fehlt. Sie sagen immer, Sie möchten, Sie wollen.

(*Kazim Abaci SPD:* Wir tun es auch!)

– Von wegen, wir tun es auch. Tun Sie es wirklich. Die Stadt hat immer wieder Geld für ganz andere Geschichten, aber wenn es darauf ankommt, Menschen in Zelten unterzubringen…

(*Ksenija Bekeris SPD:* Sie sind unverschämt, Frau Özdemir!)

– Nein, ich bin nicht unverschämt. Unter dem Diktat der Schuldenbremse argumentieren Sie doch ständig damit.

Die Schuldenbremse wird Ihnen jedoch bei den Flüchtlingszahlen nichts mehr nützen, sie wird nicht mehr halten. Im Haushaltsausschuss konnte der Senator auch nicht darauf antworten, woher er das Geld bekommen soll, wenn es darum geht, neue Flüchtlingsunterkünfte zu bauen oder eine Nachbewilligung zu bekommen.

Hören Sie doch endlich auf, sich nach vier Jahren immer noch an der Politik der CDU abzuarbeiten. Sie regieren schon seit fast vier Jahren und möchten wieder an die Regierung, aber Sie hören immer noch nicht damit auf. Schauen Sie Ihre eigene Politik an, mir reicht es wirklich. Seien Sie auch mal ein bisschen realitätsnah.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Dr. Dressel von der SPD-Fraktion hat das Wort.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielleicht versuchen wir zum Schluss ein bisschen Sachlichkeit, denn wir stehen alle gemeinsam vor dieser Herausforderung. Das möchte ich einfach noch einmal sagen. Und wenn wir uns im Prinzip einig darüber sind – das habe ich zumindest wahrgenommen von der einen bis zur anderen Seite –, dass Zeltunterbringung im Winter unwürdig ist für diese Stadt, dann müssen wir doch jetzt gemeinsam alles dafür tun, dass das dann auch passiert und dass das abgestellt werden kann mit den zusätzlichen Unterkünften.

(Beifall bei der SPD – *Dietrich Wersich CDU:* Das ist ein selbstgeschaffenes Problem! Wer hat die Zelte denn aufgebaut?)

– Es ist kein selbstgeschaffenes Problem, darauf haben auch Herr Scheele und unsere anderen Redner hingewiesen.

Die CDU regiert doch noch in einigen anderen Bundesländern, und in einigen regieren wir auch zusammen.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Lass die Spitzen!)

– Das ist keine Spitze, sondern eine Beschreibung der Situation.

(Zurufe von der CDU)

– Man merkt ein bisschen, dass sich die CDU in Hamburg ein wenig von der Regierungserfahrung wegbewegt hat.

Wenn Sie sich einmal die Regierungskollegen in den anderen Ländern anschauen, in denen Sie

(Dr. Andreas Dressel)

mitregieren, dann sehen Sie, wie die genau wie Hamburg Schwierigkeiten haben, mit dieser Situation zurechtzukommen. Natürlich ist das in einer Metropolregion noch einmal etwas anderes als auf dem platten Land. Erkundigen Sie sich einmal, was die für Anstrengungen unternehmen. Dann sehen Sie, dass es genau das ist, was Herr Scheele gesagt hat, Hamburg ist nämlich trotz dieser schwierigen Situation und der Anspannung im Vergleich gut aufgestellt, und diesen Weg werden wir gemeinsam weitergehen in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD – *Dietrich Wersich CDU:* Wer wendet denn SOG an?)

In anderen Bundesländern ist teilweise über Schließung von Erstaufnahmeeinrichtungen temporär nachgedacht worden. Haben Sie das hier irgendwann einmal gehört? Nein.

(*Dietrich Wersich CDU:* Ich glaube, Sie haben sich gar nicht erkundigt!)

Wir haben uns dieser Situation immer gestellt, auch wenn plötzlich übers Wochenende über 100 Flüchtlinge in Harburg vor der Tür standen. Das ist doch die Situation, mit der wir zurechtkommen müssen, es ist alles schwierig und eine große Anspannung. Wir nehmen die von Ihnen teilweise genannten Probleme auch als solche wahr, wir stellen uns ihnen. Um diese Situation zu entspannen, ist es wichtig, dass wir die Zeltunterkünfte schleunigst einstellen, und zwar nicht erst im Frühjahr; das war auch der Hinweis von Frau Bekeris eben. Wir müssen jetzt einen Gang zulegen, damit das klappt. Zeltunterbringung im Winter bis hin zum Frühjahr kann es nicht sein. Deshalb muss es jetzt funktionieren, und es wird klappen, wir werden es zusammen schaffen.

Ich fände es gut, wenn wir ein bisschen einiger diese Diskussion in der Stadt führen. Das sind wir dieser gemeinschaftlichen Herausforderung schuldig. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Ich sehe zu diesem Thema keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Dann kommen wir zum zweiten Thema, beantragt von der CDU-Fraktion:

Zunehmende Vermüllung, Vandalismus und Trinkgelage: Hilferufe aus St. Georg, vom Jungfernstieg und aus anderen Stadtteilen nicht ignorieren

Herr Warnholz hat das Wort.

Karl-Heinz Warnholz CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bereits mehrfach hat sich der Innensenator für die Einhaltung von Recht und Gesetz ausgesprochen und sich als Bewahrer der Inneren Sicherheit der Stadt verkauft. Bislang glaube ich aber, dass er nur Innensenator ist. Ein wahres Konzept für die Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit in unserer Stadt hat er nämlich nicht.

(Beifall bei der CDU)

In den vergangenen Jahren haben sich längst befriedete Gebiete…

(Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): An das verehrte Haus, aber auch an den Senat: Herr Warnholz hat jetzt das Wort, und ich bitte um die nötige Aufmerksamkeit.

Karl-Heinz Warnholz CDU (fortfahrend): – Passt auf, ihr habt das nötig.

In den vergangenen Jahren haben sich längst befriedete Gebiete der Stadt wieder zu Hochburgen des Drogenhandels

(*Dirk Kienscherf SPD:* Jungfernstieg?)

und anderer Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung entwickelt. Das Gebiet am Hauptbahnhof, einst vom CDU-Senat als Gefahrengebiet bereinigt, gehört nun wieder einmal mehr den Gaunern, Gangstern und Dealern. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Im Schanzenpark wird wieder am helllichten Tag gedealt, und in Altona entwickelt sich ebenfalls eine offene Drogenszene; die Presse hat anschaulich darüber berichtet. Erst wenn die CDU oder die Öffentlichkeit die Missstände – das kennen Sie von Ihren Bürgersprechstunden und von den Medien – beklagen, dann wird halbherzig und konzeptlos mit Vollzugspolizisten, die aus anderen Wohnstadtteilen abgezogen werden, agiert, das aber auch nur kurzfristig und ohne nachhaltige Wirkung.

(Beifall bei der CDU)

Mit welcher Konzeptlosigkeit der Innensenator agiert, zeigt sich nun auch an unserem geliebten Jungfernstieg. An einem der Aushängeschilder unserer schönen Stadt hat sich eine Partyszene etabliert,

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! – *Gerhard Lein SPD:* Wer hat die schönen Steine hingelegt, die jetzt beschmiert werden?)

die unseren Prachtboulevard am Abend …

(Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Herr Warnholz hat das Wort, nicht Sie.

Karl-Heinz Warnholz CDU (fortfahrend): für sich in Anspruch nimmt und sich dort nach Wildwestmanier verhält. Schauen Sie sich das doch einmal an, dann können Sie auch mitreden und mir richtig zuhören. Es wird auf offener Straße gefeiert, sich betrunken und öffentlich gepinkelt – der Vorsitzende möge mir das entschuldigen. Es wird randaliert, und einige Verkehrsteilnehmer verwechseln den Jungfernstieg mit einer Rennstrecke für Höchstgeschwindigkeit. Nichts geschieht, Radarmessungen wurden noch nie durchgeführt.

(Beifall bei der CDU)

Um es gleich klar zu sagen: Es geht nicht darum, die Jugendlichen vom Jungfernstieg zu vertreiben. Zentrale Plätze sollen einen verbindenden Charakter beziehungsweise eine soziale Integrationsfunktion haben. Jeder hat natürlich das Recht, sich auf öffentlichen Straßen und Plätzen aufzuhalten.

(Beifall bei der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

– Danke, danke.

Aber niemand hat das Recht, dort alles zu tun, was sie oder er will. Es darf deshalb nicht sein, dass sich viele Bürger zu bestimmten Tageszeiten nicht mehr auf Plätzen wie dem Jungfernstieg aufhalten wollen, weil sie sich nicht mehr sicher fühlen, nicht mehr bummeln oder einkaufen mögen. Solche Zustände müssen konsequent bekämpft werden, genauso wie Vandalismus oder die Vermüllung beziehungsweise Verdreckung des öffentlichen Raums um den Jungfernstieg herum.

(Beifall bei der CDU)

Die Verwahrlosung des Jungfernstiegs und anderer Plätze muss verhindert werden, damit nicht die anderen, gerade verschönerten Straßenzüge an Attraktivität für Hamburg und für uns verlieren. Jetzt müsst ihr gleich klatschen. Die Abschaffung des Bezirklichen Ordnungsdienstes, BOD, durch die SPD ist ein schwerer Fehler und muss von Ihnen korrigiert werden.

(Beifall bei der CDU und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*)

Wir brauchen wieder einen starken und wirksamen BOD, der für mehr Sicherheit und Sauberkeit auf öffentlichen Plätzen sorgen kann. Zudem muss die Kriminalitätsprävention und die Bekämpfung vor Ort gestärkt werden, indem eine stärkere Polizeipräsenz sichergestellt wird.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Warnholz.

Karl-Heinz Warnholz CDU (fortfahrend): – Letzter Satz.

Meine Damen und Herren, hören Sie genau zu. Seit dem 1. Januar dieses Jahres mussten 572 Rettungswagen ausrücken, weil es Verletzte gab oder Jugendliche sich zugekifft oder besinnungslos betrunken haben. Das ist schlimm genug, und Sie müssen das beseitigen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Jetzt hat Frau Kilgast von der SPD-Fraktion das Wort.

Susanne Kilgast SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Warnholz, Sie scheinen wirklich Angst vor der AfD zu haben, dass Sie so eine Debatte anstoßen, als sei alles völlig chaotisch bei uns. Ich spreche jetzt für St. Georg, da ich selbst St. Georgianerin bin. Natürlich gibt es da immer wieder Probleme. Wir haben auch den offenen Brief gelesen, und ich war gestern selbst bei Frau Werner und habe mit ihr gesprochen. Diese Probleme sind da, aber wir gehen sie auch an, und sie sind eben mal mehr, mal weniger vorhanden.

(*Dietrich Wersich CDU:* Jetzt sind sie wieder mehr!)

– Im Moment sind sie wieder etwas mehr da, nun müssen wir etwas tun, und das machen wir auch. Herr Grote ist jetzt zum Beispiel im Gespräch mit der Polizei,

(*Birgit Stöver CDU:* Aber den Trend drehen Sie nicht um!)

um zu schauen, wie man da jetzt wieder vorgehen kann. Wenn Sie Angst haben, dass wir uns nicht kümmern, wir kümmern uns darum.

(Beifall bei der SPD)

Die Kommunalpolitik ist bereits eingeschaltet, da viele der Forderungen dort ansässig sind.

(*Dr. Roland Heintze CDU:* Aber die Bezirksämter sind nicht für die Innere Sicherheit zuständig!)

– Nicht für die Innere Sicherheit, dafür ist die Polizei zuständig und der Innensenator. Aber für alle möglichen anderen Forderungen und Wünsche, die aufgelistet worden sind, sind in der Tat die Bezirke zuständig. Soll ich Ihnen die Liste vorlesen?

(*Dr. Roland Heintze CDU:* Aber mit Ansage, was da passiert!)

– Was heißt, was da passiert? Wir haben erst einmal die Wünsche, die in einem offenen Brief aufgelistet sind, ganz klar vorliegen. Und jetzt wird in der Kommunalpolitik geschaut, was wir tun können.

(Zurufe von der CDU)

– Dieser Brief ist vom 15. September.

(Susanne Kilgast)

(*Dietrich Wersich CDU:* Die Situation am Hauptbahnhof hat sich schon seit über einem Jahr verschärft!)

– Das stimmt so nicht.

(Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Frau Kilgast hat das Wort.

Susanne Kilgast SPD (fortfahrend): Es stimmt nicht, dass es sich seit einem Jahr verschärft hat, sondern es kommt immer in Wellen. Das liegt in der Natur der Sache. Wir haben da ein Viertel, das sehr lebhaft ist, und St. Georg ist eben nicht Alstertal. Aber wir kümmern uns, die Kommunalpolitik ist tätig.

(Zuruf aus dem Plenum: Wer kümmert sich?)

– Die Polizei und Herr Droßmann werden sich mit den Anwohnern in Verbindung setzen und die Möglichkeiten ausloten, was wir dort jetzt verändern können, zum Beispiel die Wünsche der SAGA zum Rückbau des Zauns.

(Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Frau Kilgast, einen Moment. Ein wenig mehr Gehör bitte für Frau Kilgast.

Susanne Kilgast SPD (fortfahrend): Was möglich ist, umgesetzt zu werden, werden wir umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Jetzt hat Herr Müller von der GRÜNEN Fraktion das Wort.

Farid Müller GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir GRÜNE nehmen die Sorgen der Bürger ernst, und deswegen fand ich Ihre Einlassung, Herr Warnholz, nicht angemessen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich finde es zunächst einmal begrüßenswert, dass der Jungfernstieg gerade auch von der Jugend so gut angenommen wird.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Vor allem nachts!)

Die überwiegende Zahl der Jugendlichen dort ist sehr wohl friedlich. Sie freuen sich, bei schönem Wetter einfach dort sein zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir wissen auch, dass manchmal unter Alkoholeinfluss über die Stränge geschlagen wird. Das ist bei Jugendlichen kein neues Problem, und ich habe starke Zweifel, Herr Warnholz, ob man das allein mit dem Ordnungsrecht lösen kann; das wissen Sie auch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen eines: Wir GRÜNEN haben hier schon öfter gefordert, den Autofahrern am Jungfernstieg Einhalt zu gebieten. Tempo 30 wäre die richtige Antwort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf einem solchen Boulevard muss man nicht rasen, schon gar nicht getunt. Wir hätten überhaupt kein Problem damit, wenn die Polizei das dort einmal richtig kontrollieren würde.

(*Dietrich Wersich CDU:* Das ist Sicherheit und Ordnung!)

Das ist auch eine Sicherheitsfrage.

(*Dietrich Wersich CDU:* Auch im Auto herrscht Sicherheit und Ordnung, Herr Müller! – Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Herr Müller hat das Wort.

Farid Müller GRÜNE (fortfahrend): Wenn man an einer Straße wie dem Jungfernstieg flanieren will, dann hat man keine Lust auf Raser; das wollen auch Sie nicht bestreiten. Am Jungfernstieg möchte man sich aufhalten, einkaufen, auch einmal etwas trinken. Es wäre die richtige Reaktion, unseren Vorschlag umzusetzen. Von Ihnen, Herr Warnholz, habe ich nicht viel dazu gehört, was Sie eigentlich konkret von diesem Haus oder von uns oder der nun regierenden SPD wollen.

Zum Hansaplatz, der auch in Ihrer Anmeldung vorkommt, machen Sie es sich, Frau Kilgast und liebe SPD, ein bisschen zu einfach. Im Bezirk sind schon Fehler passiert. Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode einstimmig den Umbau für mehr als 2,5 Millionen Euro beschlossen. Damit war natürlich die Erwartung verbunden, dass sich die Situation für die Anwohner verbessert. Teilweise ist das geschehen, aber dann sind auch Fehler von Ihrer SPD vor Ort im Bezirk gemacht worden; das müssen Sie sich nun auch anhören.

(*Arno Münster SPD:* Beispiele, sagen Sie doch mal ein Beispiel!)

Man muss gemeinsam mit den Bürgern reagieren. Das wird man nicht allein mit dem Ordnungsrecht hinbekommen. Die Fehler kann ich Ihnen nennen. Der SPD-regierte Bezirk hat das Hausrecht auf dem Bahnhofsvorplatz an die Deutsche Bahn gegeben. Die Deutsche Bahn hat nichts Besseres zu tun gehabt, als Obdachlose und die Trinkerszene zu vertreiben. Aber die sind natürlich nicht weg, die sind dann ein paar Häuser weiter Richtung Hansaplatz gezogen.

(Farid Müller)

(Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Warnholz?

Farid Müller GRÜNE (fortfahrend): Nein, momentan nicht.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Später!)

Es gab noch etwas anderes. Wir haben oft darüber gestritten, ob es wirklich richtig war, das Freierkontaktverbot auf den Weg zu bringen. Die Zahlen, die nun für das erste Halbjahr 2014 vorliegen, zeigen eindeutig, dass in erster Linie weiterhin die Frauen mit Bußgeldern belegt werden. Aber alle, die sich damit beschäftigt haben, wissen, dass dies in einen Teufelskreis führt. Die Frauen müssen nämlich das Bußgeld erwirtschaften, das heißt, es führt zu mehr Prostitution und zu mehr Stress bei den Frauen. Natürlich sind sie dann aggressiver, und darüber wundert man sich vor Ort. Also auch hier ist das Ordnungsrecht fehlgeschlagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir bekommen die Situation auf dem Hansaplatz nur zusammen mit den Bürgern und mit einem Runden Tisch hin. Man wird die Stadtreinigung dabeihaben müssen, Vermüllung ist nicht akzeptabel, man wird auch die Hausbesitzer fragen müssen, was für eine Vermietungspolitik sie dort eigentlich betreiben. Das alles sind aber vorwiegend keine Fragen von Polizeipräsenz. Das ist seit Jahren in St. Georg versucht worden. Wir müssen intelligenter herangehen. Dafür werbe ich, und ich hoffe,

(*Karl-Heinz Warnholz CDU:* BOD ist sein Vorschlag!)

dass wir das in diesem Haus zusammen hinbekommen. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Wir haben noch eine Minute Redezeit. Frau Sudmann von der Fraktion DIE LINKE hat das Wort.

Heike Sudmann DIE LINKE: – Lieber eine Minute als gar nicht.

Einige hier im Hause waren 2001 auch schon da. Damals gab es eine ähnliche Debatte um Drogen, und Herr Warnholz hat genau dieselbe Rede wie heute gehalten.

(*Dr. Roland Heintze CDU:* Das wissen Sie noch?)

Ich garantiere Ihnen, liebe CDU, Sie werden es nicht schaffen, mit einer solchen Art von Politik die AfD aus dem Parlament herauszuhalten. Sie gehen überhaupt nicht auf die Probleme im Stadtteil ein. Sie versuchen, egal ob Schanze, Altona oder St. Georg, einen Teufel an die Wand zu malen, aber Sie schauen nicht, was im Stadtteil geschieht. St. Georg hat so viele engagierte Leute. Sie stürzen sich auf einen Brief, von 73 Menschen unterschrieben, die sich bisher verweigert haben, mit den Stadtteilinitiativen zusammenzuarbeiten. Das finde ich, ehrlich gesagt, erbärmlich. Sie machen schon jetzt einen Vorwahlkampf,

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

der dazu führen wird, dass die AfD wunderbaren Zulauf bekommt.

(*Dr. Roland Heintze CDU:* Man könnte ja auch sagen, man nimmt die Leute ernst!)

Sie werden wie 2001 komplett absacken. Das ist nicht sehr tragisch, aber die AfD hat hier nichts verloren.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Damit ist die Aktuelle Stunde für heute beendet. Wir werden sie morgen mit dem dritten, vierten und fünften Thema fortsetzen.

Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 2, 3 und 4, Drucksachen 20/12875, 20/12876 und 20/12968, Wahl eines ehrenamtlichen Mitglieds der Kreditkommission und Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung sowie Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union.

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Wahl eines ehrenamtlichen Mitglieds der Kreditkommission
– Drs 20/12875 –]

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung
– Drs 20/12876 –]

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union
– Drs 20/12968 –]

Die Fraktionen haben hierzu vereinbart, dass die drei Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden können. Die drei Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei den Namen jeweils Felder für Zu-

(Erster Vizepräsident Frank Schira)

stimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen auf jedem Stimmzettel bei jedem Namen ein Kreuz machen, aber bitte nur eines. Mehrere Kreuze beziehungsweise kein Kreuz bei einem der Namen machen die Wahl dieses Kandidaten ungültig. Auch weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit des jeweiligen Stimmzettels führen.

Bitte nehmen Sie nun Ihre Wahlentscheidungen vor. Ich darf sodann die Schriftführer bitten, mit dem Einsammeln zu beginnen.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Sind alle Stimmzettel eingesammelt? – Das ist der Fall. Dann ist der Wahlgang geschlossen. Die Wahlergebnisse werden ermittelt und vereinbarungsgemäß zu Protokoll gegeben.**

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 42, Drucksache 20/13003, Antrag der CDU-Fraktion: 100 000-Euro-Affäre Blankau – Hochdotiertes Aufsichtsratsmandat für Vorstand eines öffentlichen Unternehmens: Senat muss Stellung nehmen.

Hierzu liegen Ihnen als Drucksachen 20/13123 und 20/13143 Anträge der Fraktionen der SPD und der CDU vor.

[Antrag der CDU-Fraktion:
100.000-Euro-Affäre Blankau – Hochdotiertes Aufsichtsratsmandat für Vorstand eines öffentlichen Unternehmens: Senat muss Stellung nehmen
– Drs 20/13003 –]

[Antrag der SPD-Fraktion:
Vorgaben des Hamburger Corporate Governance Kodex und des Transparenzgesetzes Schritt für Schritt im Bereich der öffentlichen Unternehmen umsetzen und durchsetzen
– Drs 20/13123 –]

[Antrag der CDU-Fraktion:
100.000-Euro-Affäre Blankau – Senat muss Akten vorlegen
– Drs 20/13143 –]

Die Drucksache 20/13003 möchte die CDU-Fraktion an den Ausschuss öffentliche Unternehmen überweisen. Herr Kleibauer hat das Wort.

Thilo Kleibauer CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Entscheidung von Senatorin Blankau, eine hochbesoldete Nebentätigkeit des SAGA-Vorstandsvorsitzenden bei einem privaten Wettbewerber zuzulassen, hat für Empörung und viele Diskussionen gesorgt, so auch bei der letzten Bürgerschaftssitzung. Bis heute gibt es viele offene Fragen und keine einzige Erklärung von Senatorin Blankau in dieser Sache. Das kann nicht sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und bei *Robert Bläsing FDP*)

Ich begrüße ausdrücklich, dass Herr Basse vor zwei Wochen die Konsequenzen gezogen hat und seinen Rückzug vom Aufsichtsratsmandat angekündigt hat, aber man muss sich seine Erklärung genau durchlesen. Die Niederlegung des Mandats erfolgte nicht etwa, weil die Nebentätigkeit falsch oder grenzwertig war, sondern nur, um zu verhindern, dass Frau Senatorin Blankau in Misskredit gerät. Das ist zu wenig, und das heißt doch, hier soll nur versucht werden, die Diskussion einer Debatte zu stoppen. Den Gefallen werden wir Ihnen nicht tun, liebe SPD.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und bei *Robert Bläsing FDP* und *Dr. Walter Scheuerl fraktionslos*)

Sie haben zur heutigen Debatte auch einen Antrag vorgelegt, in dem Sie schreiben, man müsse den Hamburger Corporate Governance Kodex nur weiterhin und besser umsetzen und die Verträge anpassen. Herr Dressel, Herr Kienscherf, dass genau das passiert, erzählt uns Finanzsenator Tschentscher schon seit zwei Jahren. Das ist zu wenig und berücksichtigt eine Tatsache nicht. Es gibt hier vielleicht ein Regelungsproblem, aber in erster Linie doch eine sehr schwerwiegende Fehlentscheidung eines Senatsmitglieds.

(Beifall bei der CDU und bei *Jens Kerstan GRÜNE*, *Robert Bläsing FDP* und *Dr. Walter Scheuerl fraktionslos*)

Bei aller Kritik daran – die Kritik ist auch richtig –, dass Frau Senatorin Blankau dies allein entschieden hat, wird auch kritisiert, wie sie entschieden hat und warum sie das genehmigt hat. Das blenden Sie in diesem Antrag völlig aus.

(Beifall bei der CDU und bei *Jens Kerstan GRÜNE*)

Wir reden nicht über irgendeine kleine Klitsche in der Stadt, wir reden über die SAGA GWG, eines der größten, zentralen und wichtigsten öffentlichen Unternehmen, das für jeden Senat von großer und strategischer Bedeutung war.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Sie wollten das mal verkaufen, das Unternehmen!)

Ausgerechnet in diesem Unternehmen, Herr Kienscherf, wird der Aufsichtsrat nach Gutsherrenart geführt. Das kann doch nicht sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Entscheidungen werden im Alleingang gefällt, und der Senatorin fällt noch nicht einmal ein, den Auf-

**Wahlergebnisse siehe Anlage, Seite 7157 ff

(Thilo Kleibauer)

sichtsrat – den gibt es doch, das ist eine AG, sodass wir das Aktienrecht berücksichtigen müssen – darüber zu informieren. Der sollte drei Monate später bei der nächsten Sitzung informiert werden. Auf diese Weise kann man doch nicht mit Interessenkonflikten und Nebentätigkeiten umgehen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN)

In den Antworten auf Schriftliche Kleine Anfragen behaupten Sie dann schlankweg, dass bei der SAGA GWG alle gesellschaftsrechtlichen Regeln eingehalten wurden; das ist falsch. Im Juni 2011 wurde der Hamburger Corporate Governance Kodex in der Geschäftsordnung und der Geschäftsanweisung des Aufsichtsrats der SAGA GWG festgeschrieben. Er wurde als gleichberechtigtes Regelungswerk aufgenommen. Dann kann man nicht sagen, dass man sich an alle diese Regeln gehalten hat. In diesem Fall hat man sich nicht daran gehalten, Herr Dressel.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Interessanterweise gibt es auch eine Mustergeschäftsanweisung der Finanzbehörde für Aufsichtsräte öffentlicher Unternehmen. Darin steht seit 2010 genau das Gleiche wie im Hamburger Corporate Governance Kodex:

"Mitglieder der Geschäftsführung dürfen Nebentätigkeiten, insbesondere Aufsichtsratsmandate außerhalb des Unternehmens, nur mit Zustimmung des Aufsichtsrates übernehmen."

Wir haben ein Beteiligungsmanagement in der Finanzbehörde, und die schauen nicht einmal bei den großen Unternehmen nach, ob diese Regelung überhaupt umgesetzt wird. Warum weichen denn die Regelungen bei der SAGA GWG und vielleicht auch bei anderen Unternehmen genau davon ab? Die Finanzbehörde müsste doch gerade bei der BSU, wo wir viele und große Unternehmensbeteiligungen haben, genauer hinsehen.

(Beifall bei der CDU)

Es bleiben für uns sehr viele Unklarheiten bestehen. Nach den Angaben des Senats wurde Frau Blankau von Herrn Basse am 25. Juli, ein schöner Freitag mitten in der Urlaubszeit, angemailt, und am gleichen Tag hat sie ihm die Genehmigung erteilt. Es fand keinerlei Prüfung einer Interessenkollision statt, es war eine Ad-hoc-Entscheidung binnen weniger Stunden. Die Senatorin hat offenbar nur auf den Okay-Button in ihrem E-Mail-Postfach gedrückt. Warum fallen solche Entscheidungen unter einem solchen Zeitdruck? Meine Damen und Herren, das kann nicht sein.

(Beifall bei der CDU)

Die Darstellung, dass alle Beteiligten nichts von der Höhe der Vergütung wussten, erscheint nicht nachvollziehbar. Es ist doch interessant, dass sie über andere Details sehr genau Bescheid wussten. Sie wussten genau, dass Herr Basse für den Finanzausschuss im Aufsichtsrat der Deutschen Annington vorgesehen war; dafür hätte er auch noch 20 000 Euro extra im Jahr bekommen. Diese Details wussten Sie, aber die Höhe der Vergütung war Ihnen nicht bekannt. Das ist doch mehr als nicht nachvollziehbar. Und der Erste Bürgermeister wurde von der Senatskanzlei am 20. oder 21. August über das Aufsichtsratsmandat informiert, aber über die Höhe der Vergütung will er auch erst aus der Zeitung im September erfahren haben. Das versteht kein Mensch. Ich habe bislang gedacht, dass wenigstens in der Senatskanzlei Leute arbeiten, die mitdenken, Herr Dressel.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Walter Scheuerl fraktionslos*)

Ein letzter Punkt, den ich auch sehr interessant finde. Als die Diskussion aufkam, hieß es vonseiten der SAGA GWG gleich, es gebe überhaupt keine Schnittmengen, keine Geschäftsbeziehungen zu der Deutschen Annington und sie hätten überhaupt nicht vor, das zu tun. Wenn man sich dann ansieht, dass wir bei der SAGA GWG Beteiligungsunternehmen haben, die erheblich zum Ergebnis der SAGA GWG beitragen, und dass an diesen Unternehmen auch die Deutsche Annington beteiligt ist und man dort in gemeinsamen Gremien sitzt, dann muss man auch das berücksichtigen. Diese Fragen, diese Themen müssen unbedingt geklärt werden.

(Beifall bei der CDU und bei *Jens Kerstan GRÜNE* und *Robert Bläsing FDP*)

Es gab noch andere Schriftliche Kleine Anfragen. Heute kam die Antwort auf eine Anfrage der SPD. Es ist nicht die einzige Nebentätigkeit, die Sie, Frau Senatorin, für Vorstände der SAGA GWG genehmigt haben. Ich will die anderen an dieser Stelle nicht kritisieren, weil die sich schon sachlich unterscheiden, aber in allen anderen Fällen wussten Sie vorher von der Höhe der Vergütung. Nur in diesem Fall haben Sie nicht danach gefragt? Das kann nicht sein, hier müssen Sie für Transparenz sorgen, hier müssen Sie die Fakten auf den Tisch legen.

(*Hans-Detlef Roock CDU:* Das glaubt doch kein Mensch!)

Diese Abläufe müssen weiter aufgeklärt werden. Deshalb sind wir sehr dafür, dass wir uns hiermit weiter befassen. Wenn ich die Ereignisse Revue passieren lasse und mir den Genehmigungsablauf vorstelle, dann habe ich, ehrlich gesagt, erhebliche Zweifel daran, ob wir in dieser Konstellation – Frau Blankau als Aufsichtsratsvorsitzende bei der SAGA

(Thilo Kleibauer)

GWG und Herr Basse als Vorstandsvorsitzender – einfach fröhlich weitermachen können wie bisher.

(Beifall bei der CDU und bei *Jens Kerstan GRÜNE* und *Dr. Walter Scheuerl fraktionslos*)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Herr Dr. Dressel von der SPD-Fraktion.

Dr. Andreas Dressel SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir können nachvollziehen, dass dieser Sachverhalt, über den wir heute diskutieren und über den wir auch schon voriges Mal diskutiert haben, für Kritik und Unverständnis gesorgt hat – auch bei uns.

(*Dietrich Wersich CDU:* Das Verhalten von Frau Senatorin Blankau, nicht der Sachverhalt, das Verhalten!)

Eine Aufsichtsratsvergütung in Höhe von 100 000 Euro war und ist gerade in dieser konkreten Konstellation nicht akzeptabel.

(*Dietrich Wersich CDU:* Das fällt Ihnen aber spät auf!)

Deshalb ist es richtig, dass Lutz Basse aus dieser Diskussion die Konsequenz gezogen und sein Aufsichtsratsmandat niedergelegt hat. Das war respektabel, und das war aus unserer Sicht als SPD-Fraktion auch notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Bei dieser Diskussion wird ein bisschen vergessen, dass Lutz Basse nicht erst seit unserer Regierungszeit in diesem Amt des SAGA-Vorstandsvorsitzenden ist. Man muss die Wahrheit als Ganzes sehen: Lutz Basse hat große Verdienste um die soziale Wohnungspolitik auch schon zu Ihrer Regierungszeit und zu unserer Regierungszeit erworben. Das darf durch diese Diskussion nicht in Mitleidenschaft gezogen werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Senatorin wird zur Gesamtfrage gleich noch Stellung nehmen.

(*Dietrich Wersich CDU:* Endlich!)

– Darauf können Sie sich schon freuen.

Deswegen ist aus unserer Sicht dieser Sachverhalt durch diese Diskussion, durch die Erklärung, durch Schriftliche Kleine Anfragen erledigt.

(*Dietrich Wersich CDU:* Letztes Mal war es das Problem einer Spende! Wie weit gehen Sie denn noch!)

Es ist Ihr gutes Recht als Opposition, nun eine Aktenvorlage zu beantragen, aber ich glaube nicht, dass es dabei einen besonders großen weiteren Erkenntnisgewinn geben wird. Deshalb stellt sich schon die Frage, ob es Ihnen nicht auch ein bisschen darum geht, aus diesem Thema parteipolitisch Honig zu saugen. Das ist auch Ihr gutes Recht, das muss man an der Stelle wissen. Aber ich finde, wir sollten bei den Fakten bleiben und dabei, was wir gemeinsam daraus lernen können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb blicken wir nach vorn und haben mit dem Zusatzantrag aus unserer Sicht wichtige Punkte eingebracht. Wir sagen ganz klar, der Corporate Governance Kodex, der in Ihrer Regierungszeit – 2009, wenn ich das richtig erinnere – begonnen wurde, ist ein guter Weg gewesen, den wir auch weiter gegangen sind. Er muss Schritt für Schritt umgesetzt werden, insbesondere bei den Altverträgen.

(*Dietrich Wersich CDU:* Das fällt Ihnen vier Jahre später auf!)

– Wenn Sie genau nachschauen, lieber Kollege Wersich, dann werden Sie auch dank der nun beantworteten Schriftlichen Kleinen Anfragen zum Beispiel der Kollegin Suding sehen, dass man sehr wohl bei den Altverträgen Schritt für Schritt entsprechend nachbessert und dass es Entsprechenserklärungen gibt. Schritt für Schritt wird das durchgearbeitet. Das ist auch die feste Erwartung unserer Fraktion.

(*Dietrich Wersich CDU:* Das heißt, die Arbeit der Opposition hat sich gelohnt!)

– Lieber Kollege Wersich, schauen Sie sich einfach die Daten in den Antworten auf die Schriftliche Kleine Anfrage der Kollegin Suding an,

(*Dietrich Wersich CDU:* Das ist doch gut!)

wo das für einzelne Gesellschaften ausgeführt ist. Die Antwort liegt, glaube ich, seit gestern Abend vor. Dort können Sie sehen, dass man sich sehr wohl Schritt für Schritt durcharbeitet.

(*Dietrich Wersich CDU:* Das steht doch seit 2011 schon drin!)

Unsere Erwartung ist, dass das nun ordentlich abgeschlossen wird und die Altverträge entsprechend angepasst werden.

(Beifall bei der SPD)

Es geht natürlich darum, und das ist doch das viel grundsätzlichere Thema, das Vertrauen in unsere öffentlichen Unternehmen, in ihre Organe und Führungskräfte weiter zu stärken, indem wir die Transparenz als zentrales Thema in den Mittelpunkt stellen.

(*Thilo Kleibauer CDU:* Wie wäre es mit dem Vertrauen in den Senat?)

Das ist unser zentraler Punkt, und das ist ein Punkt, der Ihnen wahrscheinlich nicht so gefällt, denn wer ist es gewesen, der das erste Mal Trans-

(Dr. Andreas Dressel)

parenz über die Vergütungen in unseren öffentlichen Unternehmen geschaffen hat? Das war die SPD-Fraktion, und das war dieser Senat auf unseren Antrag hin.

(Beifall bei der SPD)

Sie können das nachschauen. Diesen Antrag haben wir ähnlich formuliert schon in der 19. Legislaturperiode gestellt. Man höre und staune: CDU und GRÜNE haben ihn damals abgelehnt. Wir haben das erste Mal eine volle Transparenz über die Vorstandsvergütungen in den öffentlichen Unternehmen Hamburgs geschaffen, und das ist ein wichtiger Beitrag zur Transparenz in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Das sind auch die Themen, die die Leute inhaltlich bewegen. Sie wollen wissen, welche Lehren wir daraus ziehen. Der Senat hat zugesagt, diese Transparenz zu erweitern, etwa hinsichtlich geldwerter Vorteile für die Altersversorgung. Das ist für uns kein Selbstzweck. Natürlich geht es bei diesem Thema um Transparenz und Vergleichbarkeit. In dieser Drucksache sieht man nämlich zum Beispiel auch, wann eigentlich welche Gehaltsentwicklungen in den Vorstandsetagen stattgefunden haben.

(*Heike Sudmann DIE LINKE:* 100 Prozent mehr bei Herrn Basse! In so viel Jahren?)

Das ist recht interessant, weil man an diesen Gehaltskurven ablesen kann, in welchem Jahr welche Gehaltskurven besonders nach oben gingen. Und es ist doch sehr erstaunlich, dass die besonders großen Gehaltssprünge während der CDU-Regierungszeit gemacht worden sind. Deshalb ist Transparenz wichtig, damit wir auch mäßigenden Einfluss auf die Vergütungsentwicklung in den Vorstandsetagen der Hamburger öffentlichen Unternehmen nehmen können.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von *Dietrich Wersich CDU*)

Ich finde es jedenfalls langfristig wünschenswert – das sage ich für die SPD-Fraktion sehr deutlich –, dass die Managervergütungen in unseren öffentlichen Unternehmen sich nicht völlig abkoppeln von dem, was zum Beispiel ein die öffentlichen Unternehmen beaufsichtigender Senator verdient oder was ein Erster Bürgermeister verdient. Ich finde schon, dass wir alle die Lehre daraus ziehen können, was in dieser Berichterstattung angelegt ist. Das sind die Themen, über die wir weiter miteinander sprechen sollten, diese Transparenz auch dafür zu nutzen. Diese Rückzugsgefechte, die einige bei diesem Thema führen wollen, sind nicht wirklich notwendig und hilfreich, denn es ist bei diesem Thema alles aufgearbeitet. Die Senatorin wird dazu gleich auch noch etwas sagen. Lassen Sie uns nach vorn schauen und weiter für Transparenz in unseren öffentlichen Unternehmen sorgen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Herr Kerstan.

(*Dr. Roland Heintze CDU:* Der schaut jetzt auch nach vorne!)

Jens Kerstan GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn es ein Paradebeispiel für ein Rückzugsgefecht oder Ablenkungsmanöver gegeben hat, dann war das die Rede von Andreas Dressel.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU, der FDP und bei *Dr. Walter Scheuerl fraktionslos*)

Ich lese einmal den ersten Satz des Zusatzantrags der SPD-Fraktion zu diesem Vorfall vor:

"Der in Drucksache 20/13003 behandelte Sachverhalt hat sich durch den respektablen Verzicht des Vorstandsvorsitzenden von SAGA GWG erledigt."

Wenn Sie das wirklich ernst meinen, dann haben Sie nicht begriffen, worin eigentlich das Versagen und das Fehlverhalten von Frau Senatorin Blankau besteht, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und bei *Robert Bläsing FDP – Hans-Detlef Roock CDU:* Darum geht es doch gar nicht!)

Denn wenn Schaden für das Ansehen der SAGA GWG, für diesen Senat entstanden und das Vertrauen der Öffentlichkeit in gemeinnützig orientierte Unternehmen und der dort beschäftigten Personen beschädigt ist, dann ist das nicht durch Herrn Basse passiert, denn er kann doch ruhig fragen. Wenn aber Frau Senatorin Blankau ihr Amt ernst genommen hätte und die Regelungen, die für jeden anderen im öffentlichen Dienst gelten, auch auf ihren Parteigenossen angewendet hätte, dann wäre gar kein Schaden für diese Stadt entstanden, dann wäre Herrn Basse dieses Aufsichtsratsmandat versagt worden und alles wäre in Ordnung gewesen. Das ist aber nicht passiert, sondern das Gegenteil. Frau Blankau hat im Nullkommanichts Herrn Basse etwas genehmigt, was keinem Staatsrat und, wenn wir gemeinsam die Karenzfrist für Senatsmitglieder beschließen sollten, auch keinem Senator oder keiner Senatorin gestattet ist. Es stellt sich schlicht und ergreifend die Frage, warum dennoch diese Genehmigung erteilt worden ist. Auf diese Frage gibt es bisher keine Antwort und keine Erklärung dazu, und darum ist dieser Fall nicht abgeschlossen, sondern wir stehen erst am Anfang. Ich bin sehr gespannt auf die Ausführungen der Senatorin.

(Jens Kerstan)

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und bei *Robert Bläsing FDP*)

Mich irritiert wirklich – Sie nennen es respektables Verhalten von Herrn Basse –, dass überhaupt kein Fehlverhalten eingeräumt wird.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Ich hab da doch was zu gesagt!)

– Herr Basse selbst hat das nicht gesagt.

Man muss sich doch einmal eines überlegen: Wie kommt eigentlich ein Chef der SAGA GWG, der für bezahlbare Mieten in dieser Stadt sorgen will und muss, auf die Idee, im Aufsichtsrat einer börsennotierten Heuschrecke anzuheuern, die jedes Jahr Millionen Boni an ihre Vorstände ausschüttet, die sie durch das Auspressen und Ausbeuten ihrer Mieterinnen und Mieter erzielt? Ist das respektables Verhalten? Ich glaube, das ist es nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Hans-Detlef Roock CDU*)

Herr Bürgermeister, Sie haben dann durchgegriffen, wie ich in einer Zeitung gelesen habe.

(*Dietrich Wersich CDU:* Gleich zweimal!)

War das wirklich alles, was Ihnen zu diesem Fall eingefallen ist? Dieser Mann soll sein Aufsichtsratsmandat mit allen damit einhergehenden Interessenkollisionen behalten und einfach nur einmal seine Bezüge der SAGA-Stiftung spenden. Und damit ist die Sache erledigt? Ist das hier eigentlich nur ein Fehlverhalten der Senatorin, oder ist das nicht auch ein Fehlverhalten dieses Bürgermeisters, weil er dieses Fehlverhalten nicht abgestellt hat? Dieser Senat hätte reagieren und Herrn Basse auffordern müssen, dieses Mandat niederzulegen, und das haben weder die Senatorin noch der Bürgermeister getan. Dafür wollen und brauchen wir hier und heute eine Erklärung.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und bei *Robert Bläsing* und *Katja Suding, beide FDP*)

Es stellt sich doch schlichtweg die Frage, ob wir nach vier Jahren absoluter Mehrheit der SPD wieder an dem Punkt sind,

(*Juliane Timmermann SPD:* Oh, so ein Bart!)

wo Genossen bei Posten, Vorteilen und Vergütungen sich sehr schnell einig sind, dass Regeln, die für alle gelten, für sie selbst nicht gelten. Dieser Eindruck ist in keiner Weise entkräftet worden; es ist noch nicht einmal versucht worden, etwas zu erklären. Das ist schlicht und einfach zu wenig. Insofern erwarten wir heute die Erklärung der Senatorin, aber wir werden auch in den Akten nachprüfen, was wirklich passiert ist, denn dieser Fall lässt noch viele Fragen offen. Leider haben Sie die Chance nicht genutzt, Schaden vom Ansehen der SAGA GWG, dieses Senats und der Politik und Verwaltung in dieser Stadt abzuwenden. Das ist eigentlich ein Trauerspiel. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Nun hat Frau Suding von der FDP-Fraktion das Wort.

Katja Suding FDP:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Was wir vor wenigen Wochen im Zusammenhang mit der Nebentätigkeit von SAGA-Chef Lutz Basse im Aufsichtsrat der Deutschen Annington erleben mussten, war wirklich ein Trauerspiel.

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Ich meine damit nicht allein die Nebentätigkeit an sich, die schon zweifellos skandalös genug war, sondern auch das Verhalten dieses Senats, das Verhalten von Bausenatorin Blankau und das Verhalten von Bürgermeister Scholz, der freundlicherweise während der Debatte wieder zu uns gestoßen ist, war einfach unwürdig.

Frau Blankau, vor zwei Wochen und auch heute schwappt Ihnen eine breite Welle der berechtigten Kritik entgegen, und nicht ein einziges Wort der Erklärung geschweige denn von Reue und Einsicht kommt Ihnen über die Lippen. Ihr Verhalten ist für eine Senatorin der Freien und Hansestadt Hamburg wirklich absolut unangemessen gewesen.

(Beifall bei der FDP und bei *Dietrich Wersich CDU*)

Die Antwort auf meine Schriftliche Kleine Anfrage – Herr Kleibauer, das war tatsächlich eine von uns, wir haben nach Nebentätigkeiten von anderen Mitgliedern der Geschäftsführungen von öffentlichen Unternehmen gefragt – zeigt vor allen Dingen

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Vor allem bei Schwarz-Grün!)

– auch unter Schwarz-Grün natürlich –, wie unüblich es ist, eine Nebentätigkeit zu genehmigen, ohne über so wichtige Detailkenntnisse wie die Höhe der Vergütung Bescheid zu wissen. Aber, Frau Blankau, wenn Sie inzwischen erkannt haben, dass die Genehmigung der Nebentätigkeit von Herrn Basse ein Fehler gewesen ist, dann haben Sie heute erneut die Gelegenheit, sich zu erklären. Ich kann Ihnen wirklich nur sehr empfehlen: Nutzen Sie diese Gelegenheit.

Dass wenigstens Herr Basse inzwischen erkannt hat, dass die Aufgaben des Vorstandsvorsitzenden eines städtischen Wohnungsbauunternehmens und die Tätigkeit als Aufsichtsrat eines großen privaten Wettbewerbers nicht miteinander zu vereinbaren sind, begrüßen wir, auch wenn es zu lange gedauert hat und dafür offenbar eines sehr, sehr

(Katja Suding)

starken Drucks von außen bedurfte. Doch damit kann und darf die Sache eben nicht vom Tisch sein. Herrn Basse musste die politische Dimension seiner Nebentätigkeit nicht unbedingt bewusst sein, von einer politischen Führungskraft aber, wie es die Mitglieder des Senats zweifellos sind, kann und muss man dieses Bewusstsein erwarten.

Dass dem Ersten Bürgermeister der ganze Vorgang oberpeinlich ist, ist ein offenes Geheimnis, und dass es nur auf Druck des Bürgermeisters zur Spende des Salärs an die Stiftung der SAGA GWG kommen sollte, ist auch bekannt. Ich finde es jedoch völlig unverständlich, dass ein Erster Bürgermeister zusieht, wie sich eine seiner Senatorinnen einfach aus der Verantwortung stiehlt. Mitglied des Senats ist man doch nicht nur mit der Schere in der Hand bei der Einweihung irgendwelcher Prestigeobjekte. Als Mitglied des Senats übernimmt man Verantwortung für sein Handeln. Und wenn Senatoren dazu nicht in der Lage sind, dann muss der Erste Bürgermeister einschreiten. Herr Scholz, auch Sie tragen einen Teil der Verantwortung für diesen unschönen Vorgang.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Wir unterstützen den von der CDU vorgelegten Antrag, ebenso das vorgeschlagene Aktenvorlageersuchen und versprechen Ihnen schon heute, dass wir uns diese Unterlangen sehr genau ansehen werden.

Liebe Kollegen der SPD-Fraktion! Schon der erste Satz Ihres Zusatzantrags hat mir die Zornesröte ins Gesicht getrieben; da geht es mir ausnahmsweise einmal wie Ihnen, Herr Kerstan. Ob der Vorgang sich erledigt hat oder nicht, das entscheidet Gott sei Dank nicht Ihre Fraktion.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Für uns hat es sich erledigt!)

Wir werden uns die Zeit nehmen, die es braucht, um die Akten einzusehen, und dann wird sich zeigen, ob die Sache erledigt ist oder nicht. Es scheint aber – das gehört zur Wahrheit dazu – nach wie vor und trotz des gültigen Hamburger Corporate Governance Kodex Lücken beziehungsweise einen Bestandsschutz bei den Altverträgen zu geben. Diese Lücken gilt es zu schließen, wenn der Kodex nicht kontinuierlich unterlaufen werden soll. Wir werden deshalb Ihrem Antrag zustimmen, auch wenn er faktisch mit den aktuellen Vorgängen überhaupt nichts zu tun hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Sudmann von der Fraktion DIE LINKE.

Heike Sudmann DIE LINKE: Ich lege meinen Fokus auf einen etwas anderen Aspekt. Wir haben in Hamburg 130 000 Menschen, die bei der SAGA GWG wohnen. Ich frage mich und ich frage Sie: Was haben diese Menschen gedacht, als sie mitbekommen haben, dass der Vorstandsvorsitzende, Herr Basse, sein Wissen, seine Beziehungen, seine ganzen Bekanntschaften der größten deutschen Heuschrecke zur Verfügung stellt? Ich würde gerne wissen, ob diese Mieter und Mieterinnen sagen, das sei kein Problem. Ich glaube, sie sehen das ganz anders, und sie werden auch nicht sagen, dass die Angelegenheit damit erledigt sei.

Ich habe beim letzten Mal in der Debatte schon auf einen Artikel aus dem "stern" vom 27. August hingewiesen: "Lobbyarbeit für Deutsche Annington, Der Miet-Hai und die Politik". Ich möchte, da ich heute etwas mehr Redezeit habe, einen Absatz daraus zitieren. Er macht deutlich, weshalb die Mieter und Mieterinnen zu Recht besorgt sind. Ich hoffe, sie müssen es bald nicht mehr sein. Die Überschrift von diesem kleinen Teilabschnitt heißt: "Lobbyisten mit Draht zur SPD".

> "Ende 2013 vermittelt Wasserhövel"

– kennen Sie, auch ein SPDler –,

> "den Annington-Leuten einen Kontakt zum Kölner OB Jürgen Roters (SPD). Vorstandsmann Klaus Freiberg"

– also der von der Deutschen Annington –

> "telefoniert mit ihm und erkundigt sich nach Chancen, 1200 Wohnungen in der dortigen Trabantenstadt Chorweiler zu übernehmen. Begeistert mailt Freiberg hinterher an seine Mitarbeiter: 'Ich halte das für den absoluten game changer."

– Den Begriff kannte ich vorher nicht. –

> "[…] Da ist massiv Staatsgeld drin. So kommen wir an die kommunalen Bestände.'"

Und genau das, Herr Erster Bürgermeister, Frau Blankau und Herr Sachs, genau das ist die Gefahr. Wer ist auf die Idee gekommen, dass der Vorstandsvorsitzende der SAGA GWG sich bei der Deutschen Annington bewirbt? Ist er angesprochen worden? Wenn ja, würde ich gerne wissen, wie die Deutsche Annington dazu kommt, die angeblich gar keine Interessen in Hamburg hat. Wenn er angesprochen worden ist, würde ich gerne wissen, von wem. Wenn es aber von ihm kommt: Wie kann der respektable Vorstandsvorsitzende, wie Sie, Herr Dressel, gerade gesagt haben, auf die Idee kommen, bei der Deutschen Annington anzuheuern? Ich lese, dass Herr Dressel in seiner Erklärung, warum Herr Basse dieses Mandat niederlegt, sagt, seine Absicht sei es gewesen, Erfahrungen und Kompetenzen in den Aufsichtsrat einzubringen, um eine nachhaltige und

(Heike Sudmann)

mieterfreundliche Neuausrichtung des Unternehmens zu stützen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Die Erklärung kommt nicht von mir!)

– Entschuldigung, ich mache es gern noch einmal. Das sagt Herr Basse. Herr Dressel, Sie haben Herrn Basse aber als respektabel bezeichnet. Dazu komme ich gleich noch.

Herr Basse hat also gesagt, er wolle seine Erfahrungen und Kompetenzen in den Aufsichtsrat einbringen. Die haben da überhaupt nichts zu suchen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Was will er bei der Deutschen Annington? Ich will, dass die vom Markt verschwindet, dass die nicht diesen Einfluss hat.

Herr Dressel, um einmal bei Ihnen zu bleiben: Sie würden doch auch als SPDler nicht auf die Idee kommen, bei der CDU oder der FDP, die keine mieterfreundliche Politik machen, Berater zu werden. Das ist genauso absurd wie, dass Herr Basse zur Deutschen Annington geht. Das kann man doch wirklich so stehen lassen.

(Beifall bei der LINKEN – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Super Vergleich!)

– Es ist genauso absurd, deswegen mache ich diesen schrägen Vergleich.

Die SPD hat in der letzten Debatte dank Herrn Kienscherf bewiesen, dass sie offen für alle ist. Herr Kienscherf hat gesagt, wir heißen jeden in Hamburg willkommen, der Wohnungen baut oder Wohnungen hat.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Der sich seriös verhält! Sie müssen auch richtig zitieren!)

Ich hoffe sehr, Herr Kienscherf, dass Sie sagen, die Deutsche Annington hat hier nichts verloren. Wenn der Senat in seinen Antworten auf die Schriftlichen Kleinen Anfragen, die Herr Kleibauer sehr gut geschrieben hat, sagt, die Deutsche Annington sei doch kein wesentlicher Wettbewerber der SAGA GWG, dann fehlt mir der Zusatz "noch nicht". Genau das gilt es zu verhindern. Und deswegen ist diese Angelegenheit, Herr Dressel, noch lange nicht ausgestanden. Ich will ein klares Bekenntnis von Herrn Bürgermeister Scholz, von Frau Blankau, von der SPD, von allen, dass sie sagen: Wir wollen mehr kommunalen Wohnungsbau, wir wollen keine Heuschrecken hier, und wir wollen nicht, dass sich Firmen hier breitmachen, die nicht zugunsten der Mieter und Mieterinnen agieren.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Das sagen wir die ganze Zeit! Das ist doch lächerlich!)

– Ich finde auch, dass Ihr Agieren echt lächerlich war, Herr Kienscherf.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum CDU-Antrag: Wir sagen Ja zur Aktenvorlage, aber ich befürchte, wir werden die wesentliche Frage nicht klären können, wie es überhaupt zu diesem Vorgang gekommen ist.

Zum SPD-Antrag: Das ist so ein Show-Antrag. Noch einmal zurück zu respektabel, das habe ich vergessen. Es ist nicht respektabel, dass Herr Basse jetzt das Mandat niederlegt, weil es nicht respektabel war, überhaupt auf die Idee zu kommen, dort reinzugehen. Sie wollen mit Ihrem Antrag jetzt irgendwie ein bisschen was verbessern. Das hätten Sie letztes Jahr schon beantragen können. Wir enthalten uns, das bewegt nichts.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senatorin Blankau.

Senatorin Jutta Blankau: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! 100 000 Euro als Vergütung für ein Aufsichtsratsmandat

(*Olaf Ohlsen CDU:* Peanuts!)

ist sehr viel, auch im Vergleich zu den Beträgen, die andernorts in der Wirtschaft gezahlt werden. 100 000 Euro für eine Nebentätigkeit eines Vorstandsvorsitzenden eines großen öffentlichen Unternehmens, das ist nicht in Ordnung und ist zu Recht in der Öffentlichkeit und im Parlament kritisiert worden.

(Beifall bei der SPD)

Der Vorstandsvorsitzende der SAGA GWG, Herr Basse, ist ein ausgewiesener Experte der sozialorientierten Wohnungswirtschaft. Seine Arbeit und seine Expertise werden bundesweit anerkannt und nachgefragt. Er hat maßgeblichen Anteil daran, dass die SAGA GWG ein hervorragend aufgestelltes, gut geführtes und wirtschaftlich gesundes Unternehmen ist. Dieses Unternehmen beweist täglich, dass wirtschaftlicher Erfolg und soziale Orientierung keine Widersprüche sind.

(Beifall bei der SPD)

Die SAGA GWG ist für die Versorgung der Hamburgerinnen und Hamburger mit attraktivem und bezahlbarem Wohnraum unverzichtbar.

(Beifall bei der SPD)

Die SAGA GWG stemmt den Löwenanteil des sozialen Wohnungsbaus in unserer Stadt.

(*Dennis Gladiator CDU:* Es geht um Ihr Versagen! – *Olaf Ohlsen CDU:* Kommen Sie mal zur Sache!)

Vor diesem Hintergrund hat die Deutsche Annington Herrn Basse gefragt, ob er über den Aufsichts-

(Senatorin Jutta Blankau)

rat seine Expertise in die Neuausrichtung des Unternehmens einbringen möchte. Das SAGA-GWG-Modell einer sozial orientierten Wohnungswirtschaft hat sich auch als das wirtschaftlich erfolgreichere Modell erwiesen, im Gegensatz zur Strategie, nur auf kurzfristigen Profit zu setzen.

(Beifall bei der SPD)

Die Deutsche Annington ist mit ihren 2000 Wohnungen in Hamburg kein nennenswerter Wettbewerber der SAGA GWG.

(Zurufe von der CDU)

Dass Herr Basse seine Expertise anderen Unternehmen zur Verfügung stellt und dabei selbst seine Expertise erweitert, ist deshalb in Ordnung, und aus diesen Gründen habe ich seine Nebentätigkeit genehmigt.

(*Dietrich Wersich CDU:* Unglaublich! Sie reden sich um Kopf und Kragen!)

Allerdings sind 100 000 Euro für eine Nebentätigkeit nicht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD – *Dietrich Wersich CDU:* Sie haben es nicht verstanden!)

Ich hätte sofort nachfragen müssen. Das habe ich nicht getan.

(*Wolfhard Ploog CDU:* Er hätte es angeben müssen!)

Inzwischen hat Herr Basse das Aufsichtsratsmandat zurückgegeben, und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Der Hamburger Corporate Governance Kodex ist der Maßstab für die Führung unserer öffentlichen Unternehmen. Wo es anderslautende Regelungen gibt, werden wir sie korrigieren. So werden wir in Zukunft Fehlentscheidungen vermeiden.

(*Jens Kerstan GRÜNE:* Das war Ihre Fehlentscheidung! Wollen Sie sich jetzt an den Kodex halten?)

Das ist der richtige Weg und eine gute Grundlage für die weitere Arbeit. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Hamann von der CDU-Fraktion.

Jörg Hamann CDU:* Frau Präsidentin, meine Kollegen und Kolleginnen! Frau Senatorin, mit dieser Rede haben Sie wieder einmal gezeigt, dass Sie tatsächlich nichts verstehen, nichts lernen und auch nicht in der Lage sind, sich in irgendeiner Weise mit mea culpa, es tut mir leid zu entschuldigen – kein einziges Wort davon.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Fast hätte ich gesagt, dass Sie es uns so leicht machen. Aber es ist nicht leicht, denn es ist Schaden für die Stadt, Schaden für die SAGA GWG, Schaden sogar für Ihre eigenen Kollegen, die Genossen, für Ihre eigene Fraktion entstanden.

Ich hatte gedacht, dass vielleicht jemand Ihre Rede vorher gegengelesen hätte, aber ich kann mir allen Ernstes nicht vorstellen, dass jemand wie der Fraktionsvorsitzende, der Bürgermeister oder wer auch immer so eine Rede vorher liest und dann sagt: Damit gehen Sie mal in die Bütt und hinterher ist alles in Ordnung. Es ist überhaupt nichts in Ordnung.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Die einzige Frage, die sich wieder einmal stellt, ist: Verstehen Sie nichts oder wollen Sie nichts verstehen? Wahrscheinlich ist es bei Ihnen eine Mischung aus beidem. Sie brauchen, und das gilt auch für Herrn Dressel, gar nicht versuchen abzulenken. Es geht nicht um Herrn Basse. Hier hat niemand von uns das Thema Basse aufgemacht

(*Heike Sudmann DIE LINKE:* Doch!)

und auch niemand das Thema SAGA GWG – die Frau Kollegin von den LINKEN vielleicht. Herr Basse genießt in der Stadt einen guten Ruf und das auch völlig zu Recht. Als Vorstand ist es irgendwo sein Recht, auch einmal einen Fehler zu machen. Aber dann müssen eben die Kontrollgremien greifen, sprich der Aufsichtsrat, und er muss von solchen Fehlern abgehalten werden. Ich kenne Herrn Basse sicherlich nur oberflächlich. Ich kenne aber viele, die ihn gut kennen, und die haben mir eigentlich alle gesagt, Herr Basse ist niemand, dem es um die 100 000 Euro ging. Dem geht es nicht ums Geld. Der will tätig sein, der will eine Aufgabe haben, was auch immer. Der hat sich überlegt, was er im Rentenalter macht. Das mag alles sein, das macht die Sache aber nur bedingt besser.

Ich möchte gerade zu diesem Punkt noch eines in ähnlicher Stoßrichtung wie Frau Sudmann sagen. Wenn Herr Basse nächstes Jahr in das Rentenalter kommt, wäre es ein großer Fehler, wenn er diesen oder einen vergleichbaren Job dann doch noch annähme. Schauen Sie sich die Unternehmenszahlen an. Herr Basse bekommt nicht nur diese round about 350 000 Euro – das Salär ist für mich völlig in Ordnung –, es gehen auch noch 275 000 Euro für die Altersvorsorge on top. Im Jahr landet er also bei über 600 000 Euro. Wenn er im Alter etwas machen möchte – was viele wollen und was ein legitimer Wunsch ist –, dann soll er sich eine geeignete Tätigkeit suchen, aber mit Sicherheit nicht zu einem privaten Konkurrenten gehen, der in Hamburg auf den Markt möchte. Ihr Argument, das sei kein Konkurrent, ist wirklich lä-

(Jörg Hamann)

cherlich und zeigt, dass Sie sich mit der Materie nicht beschäftigen. Das ist eines der größten oder sogar das größte deutsche Immobilienunternehmen. Die möchten, wie alle anderen auch, in Hamburg auf den Markt. Da können Sie doch Herrn Basse mit seinen Connections – dass er die hat, hat er durch das kurze Telefonat mit Ihnen bewiesen, ein Anruf und schon hatte er den Nebenjob – nicht für diese Tätigkeit empfehlen. Herr Basse darf eine solche Tätigkeit nicht ausüben, auch nicht, wenn er in Pension ist. Da hat die Stadt Rechtsansprüche. Es gibt rechtliche Verpflichtungen, die sich nicht zuletzt aus dem Pensionsverhältnis ergeben. Das, Frau Senatorin, geht nicht.

Zum nächsten Thema. Sie haben, wie eingangs gesagt, mit Ihrer Rede gezeigt, dass Sie im Grunde nicht haltbar sind. Der Bürgermeister ist so tapfer, dass er dieses Mal und auch das letzte Mal dabei sitzt, wenn auch mit versteinerter Miene,

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Das macht er immer!)

das macht es im Ergebnis aber auch nicht besser. Der Kollege Kleibauer hat es schon deutlich gemacht: Es geht nicht mehr nur um Mauscheleien, um irgendwelche unschönen Dinge, die passiert sind, es geht um klare Rechtsverstöße. Sie haben klare Rechtsverstöße zu verantworten, und für diese Rechtsverstöße müssen Sie sich rechtfertigen. Dazu ist überhaupt kein Wort gefallen. Sie haben Rechtsnormen nicht beachtet, Sie haben Vorschriften nicht beachtet, Sie haben sie umgangen. Sie haben entschieden, wie Sie wollten, weil Sie Herrn Basse, ich weiß nicht, seit wie vielen Jahrzehnten, kennen. Kommen Sie her, sagen Sie, dass es nicht stimmt. Kommen Sie her, sagen Sie, das war nicht der Grund und sagen Sie, dass Sie bei jedem anderen genauso gehandelt hätten – ein Anruf und schon hätten Sie die Nebentätigkeit genehmigt, ohne näher nachzufragen. Erklären Sie uns das.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN, der FDP und bei *Dr. Walter Scheuerl fraktionslos*)

Eines möchte ich noch über diesen Fall hinausgehend sagen. Dieser Fall hat deutlich gemacht, dass die Kontrollgremien der SAGA GWG, so wie unser gutes Unternehmen jetzt aufgestellt ist, absolut versagt haben. Es kann doch nicht sein, dass Sie im Juli eine Genehmigung erteilen und dann über die Schriftliche Kleine Anfrage des Kollegen Kleibauer mitteilen lassen, der Aufsichtsrat würde in der nächsten Sitzung Ende Oktober darüber unterrichtet werden – nach über drei Monaten und das bei einem derart wichtigen und essenziellen Punkt. Ob er wirklich unterrichtet worden wäre, wage ich zu bezweifeln. Diese Notwendigkeit – das werden wir bei der Akteneinsicht sehen – haben Sie wahrscheinlich erst erkannt, als der öffentliche Aufschrei derart riesig war. Dass es derart eminente Kontrollversagen gab, ist kein Wunder, wenn ich mir anschaue, wie die SAGA GWG im Aufsichtsrat aufgestellt ist. Wie viele Mitglieder haben wir, Frau Senatorin? Neun.

(*Wolfgang Rose SPD:* Hier ist keine Fragestunde!)

– Das war eine rhetorische Frage, Herr Kollege.

Da finden wir also die Frau Senatorin. Dann finden wir Frau Kachel als kaufmännische Angestellte des Unternehmens SAGA GWG und eine Frau Bödeker-Schoemann, Geschäftsführerin HGV, alles städtisch also, außerdem einen Klaus Erxleben und Dittmar Loose, beide kaufmännische Angestellte SAGA GWG, Gabriele Müller-Remer, Vorstand HADAG AG, Willi Rickert, Senatsdirektor, Rüdiger Steininger, Senatsdirektor. Und einen einzigen, der vielleicht irgendwie so etwas wie unabhängig ist, ein Herr Walter Conrads. Ich kenne ihn persönlich nicht, er zeichnet als selbstständiger Unternehmensberater. Das heißt, Sie sitzen da im Aufsichtsrat im Grunde mit acht Personen zusammen, die in irgendeiner Weise abhängig sind von der SAGA GWG oder von Ihnen, und die sollen Sie dann kontrollieren?

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Hattet ihr denn nur Externe in eurer Regierungszeit?)

Die sollen Ihnen bei Ihren Entscheidungen widersprechen?

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Wer saß denn bei euch im Aufsichtsrat?)

Welche Garantie sollen wir dafür haben? Ein Aufsichtsrat ist doch nicht nur dazu da, um Entscheidungen abzunicken, sondern um sich gegenseitig zu kontrollieren und gegenseitig zu beraten. Kommen Sie her und sagen Sie mir, wer von den acht Ihnen bei Ihrer Entscheidung widersprochen hätte. Da haben wir doch überhaupt keine Kontrollsituation im Aufsichtsrat der SAGA GWG, so wie er aufgestellt ist. Und deshalb kommt es zu solchen Ergebnissen. Da kann man als Aufsichtsratsvorsitzende und Senatorin dann machen, was man will. Wer sollte denn widersprechen? Der gute Willi Rickert in Ihrer Behörde?

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Der war doch bei euch schon in der Behörde!)

– Das mag ja sein, dass es bei uns so war, aber jetzt sehen wir doch deutlich, dass das ein Fehler war. Wir können die Behörde nicht so aufstellen.

(Beifall bei der CDU, der FDP und bei *Dr. Eva Gümbel GRÜNE*)

Frau Senatorin, Ihr Handeln war unvertretbar. Ihr Handeln war rechtswidrig, und ich denke, Sie sollten die entsprechenden Konsequenzen daraus ziehen, da Sie nicht einmal bereit sind, sich zu entschuldigen und die Verantwortung dafür auf sich zu nehmen. – Vielen Dank.

(Jörg Hamann)

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kerstan von der GRÜNEN Fraktion.

Jens Kerstan GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was war das denn eben gerade?

(Zurufe aus dem Plenum: Herr Hamann!)

Ist das wirklich alles, was Sie zu diesen Vorfällen und Ihrer eigenen Verantwortung zu sagen haben, Frau Senatorin Blankau?

(*Hans-Detlef Roock CDU:* Mehr hat sie nicht!)

Ist das wirklich alles, was Sie dazu sagen können?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Dann stellt sich doch die Frage gar nicht mehr, ob Sie Ihrem Amt gewachsen und in der Lage sind, Ihre Pflichten auszuüben.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Nach einer solchen Rede bleibt Ihnen eigentlich nur noch eines:

(*Olaf Ohlsen CDU:* Rücktritt!)

Sie müssen zurücktreten, denn Sie haben zu Ihrem eigenen Versagen, zu Ihrer eigenen Verantwortung nichts gesagt. Sie haben gesagt, Sie hätten ein nicht akzeptables Mandat genehmigt. Sie hätten nachfragen sollen, dies aber nicht getan und das sei ein Fehler gewesen. Und dann gehen Sie weg und setzen sich wieder auf den Senatsposten und meinen, es könne so weitergehen, business as usual. So kann Verantwortung im Senat der Freien und Hansestadt Hamburg nicht ausgeübt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Da stellt sich doch eine Frage: Reicht Ihnen das, Herr Bürgermeister, was Ihre Senatorin, die Sie ins Amt berufen haben und die Sie immer noch im Amt halten, gerade zu diesem Vergehen, das sie eingeräumt hat, erklärt hat? Das würde mich wirklich interessieren, Herr Bürgermeister.

Was ist denn das für eine Argumentation, 100 000 Euro seien zu viel? Wenn Herr Basse nur 10 000 Euro bekommen hätte, wäre das dann in Ordnung gewesen, Frau Blankau? Verstehen Sie eigentlich, worüber wir reden? Sie haben anscheinend immer noch nicht begriffen, worum es geht.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU, der FDP und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Welche Kompetenz haben Sie denn eigentlich? Der Wohnungsbau ist doch Ihr zentrales Handlungsfeld. Sie rühmen sich, mit allen Akteuren zu reden. Und dann kommt jemand und will bei einer börsennotierten AG, die Millionenboni zahlt und in der ganzen Republik verrufen ist, in den Aufsichtsrat, und Sie kommen nicht einmal auf die Idee, dass er Geld dafür bekommen könnte? Wie ahnungslos, wie naiv, wie unfähig kann man eigentlich sein?

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Deshalb, Herr Bürgermeister, müssen Sie sich einfach die Frage stellen, ob Sie diese Senatorin, die Sie ins Amt berufen haben, weiter im Amt halten wollen und so dafür sorgen, dass das Ansehen von Verwaltung, SAGA GWG, Ihrem Senat und auch Ihr eigenes Ansehen weiterhin so beschädigt wird. Diese Frage sollten Sie sich stellen, und ich glaube, wir sollten heute auch hören, zu welchem Schluss Sie diesbezüglich kommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU, der FDP und bei *Dr. Walter Scheuerl fraktionslos*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Suding von der FDP-Fraktion.

Katja Suding FDP:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Blankau, das war ein furchtbarer Auftritt. Sie haben die Chance gehabt, Sie sind von allen aufgefordert worden, sich zu erklären, und Sie haben sie nicht genutzt. Sie haben sich hingestellt, Herrn Basse verteidigt – das kann man tun, das ist sicherlich gerechtfertigt – und in einem Nebensatz eine ganz leichte Kritik darüber eingeräumt, dass diese 100 000 Euro zu viel gewesen seien. Herr Kerstan hat völlig Recht: Was wäre denn gewesen, wenn es nur 5000, 10 000, 20 000 oder 50 000 Euro gewesen wären? Wäre dann alles okay gewesen? Das kann nicht Ihr Ernst gewesen sein.

Zum eigentlichen Punkt der Kritik: Den Schuh haben Sie sich überhaupt nicht angezogen, das haben Sie sogar verteidigt. Sie haben sich hingestellt und gesagt, dass es völlig in Ordnung sei, wenn der Geschäftsführer eines der größten städtischen Wohnungsbauunternehmens seine Kompetenzen, sein Know-how einem privaten Mitbewerber abgibt. Sie haben verneint, dass das für die SAGA GWG eine Konkurrenz ist, dabei wissen Sie, dass die Deutsche Annington auch in Hamburg Wohnungen hat. Wie können Sie so wenig Sachverstand beweisen, dass Sie diesen zentralen Sachverhalt noch nicht einmal erkannt haben und vehement dagegen sprechen?

(*Dietrich Wersich CDU:* Nicht mal bis heute!)

(Katja Suding)

Das ist unglaublich, nachdem selbst Ihre eigenen Leute Ihnen das ins Ohr geflüstert haben. Das kann doch einfach überhaupt nicht sein. Ich gehe noch einen Schritt weiter als Jens Kerstan. Ich frage den Bürgermeister nicht, ob er diese Senatorin halten will. Herr Bürgermeister, wenn Ihre Senatorin nicht freiwillig geht, dann fordere ich Sie auf, sie zu entlassen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und den GRÜNEN – *Dirk Kienscherf SPD:* Die Kirche im Dorf lassen!)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Petersen von der SPD-Fraktion.

Dr. Mathias Petersen SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Man hat den Eindruck, dass der Wahltermin näher rückt.

(*Jens Kerstan GRÜNE:* Das hast du nicht nötig! – *Dietrich Wersich CDU:* Der rückte vom ersten Tag Ihrer Regierung näher!)

Dieses Argument scheint zu treffen und auch zutreffend zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Zunächst einmal zu Frau Sudmann. Frau Sudmann, Sie haben Herrn Basse hart angegriffen. Ich wollte Sie eigentlich nur einmal fragen, ob Sie mit ihm gesprochen haben.

(*Heike Sudmann DIE LINKE:* Nein!)

– Das finde ich toll. Einen Menschen anzugreifen und nicht einmal in der Lage zu sein, den Telefonhörer zu nehmen und ihn zu fragen,

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Der hat doch Frau Sudmann auch nicht angerufen!)

was er zu dieser Sache zu sagen hat, finde ich schwach, Frau Sudmann. Das habe ich Ihnen nicht zugetraut, dass Sie in dieser Art und Weise argumentieren über einen Menschen, mit dem Sie noch nicht einmal gesprochen haben. Das geht überhaupt nicht.

(Beifall bei der SPD)

Herr Hamann hat sich in seiner typischen Art und Weise aufgeplustert. Herr Hamann, was ist denn mit Herrn Gedaschko?

(*Jörg Hamann CDU:* Sitzt der etwa hier? Haben Sie mit ihm gesprochen? – *Thilo Kleibauer CDU:* Haben Sie vorher angerufen?)

Nehmen Sie das doch einmal mit in Ihre Argumentationslinie hinein, was ein Senator darf und was ein Senator nicht darf. Sie sollten schon versuchen, mit gleicher Elle zu messen; das tun Sie nämlich nicht.

(Beifall bei der SPD)

Sie reden von furchtbarem Auftritt und die Senatorin müsse sofort zurücktreten und so weiter und so fort. Ich glaube, Sie haben gar nicht zugehört, was die Senatorin gesagt hat.

(*Jens Kerstan GRÜNE:* Das war nicht viel, das haben wir schon noch verstanden!)

– Nein, Sie haben genau das verstanden, was Sie wollten, und nicht das, was die Senatorin dargestellt hat.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Ich lasse jetzt keine Zwischenfragen zu.

Die Senatorin hat dargestellt, dass sie es für einen Fehler gehalten hat, nicht ordentlich nachgefragt zu haben, und sie hat dargestellt, dass eine Fehlentscheidung vermieden wird und nicht wieder vorkommt. Ich finde, das ist eine Einräumung, die in Ordnung geht, und die sollte man dann auch akzeptieren und nicht einfach überhören.

(*Robert Bläsing FDP:* Das hat Sie doch nicht gesagt! – Zurufe von der CDU)

Das war eine klare Äußerung und ich akzeptiere sie. Ich finde, es ist in Ordnung, dass die Senatorin das eingeräumt hat und zu ihrem Fehler steht. Jeder darf mal einen Fehler machen und macht auch einen Fehler.

(*Jörg Hamann CDU:* Einen? Eine ganze Handvoll!)

– Herr Hamann, Sie haben viele Fehler gemacht, ich weiß. Sie haben sehr viele Fehler gemacht in Ihrem Leben, das stimmt.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich finde, es gehört dazu, dass man, wenn es so etwas gibt und jemand das einräumt,

(*Dennis Gladiator CDU:* Das hat Sie Ihnen privat gesagt, aber nicht hier!)

das dann auch entsprechend akzeptiert. Ich kann das akzeptieren, und das, was Sie tun, ist doch schon etwas Wahlkampf.

Vergleichen wir doch einmal. Es gibt diese Liste aus einer Senatsantwort auf eine Schriftliche Kleine Anfrage – ich glaube, von Frau Suding – zu den Nebentätigkeiten von Menschen, die in Unternehmen dieser Stadt arbeiten. Da gibt es unter anderem während der Regierungszeit von CDU und GRÜNEN den Direktor einer Universitätsklinik, der Nebentätigkeiten an 52 Tagen im Jahr genehmigt bekommen hat. 52 Tage im Jahr fällt er aus, weil er Nebentätigkeiten hat, und darüber redet gar keiner. Ich finde es schon enorm, jemandem Nebentätigkeiten zu genehmigen, sodass er an 52 Tagen …

(*Jens Kerstan GRÜNE:* Für wen arbeitet er denn? – *Dietrich Wersich CDU:* Woran merken Sie, dass er ausfällt?)

(Dr. Mathias Petersen)

– Wenn er einen Vortrag in der Schweiz hält, Herr Wersich, dann fällt er für den Tag aus.

(Zurufe von der CDU)

– Sie sind irgendwie ertappt, glaube ich.

(Beifall bei der SPD)

Schauen Sie sich diese Liste genau an, und dann möchte ich darum bitten, dass wir ein bisschen fairer miteinander umgehen. Ich kann das alles verstehen; Sie sollen in alle Akten hineinschauen. Aber letztendlich ist das, was Sie jetzt tun und wie Sie hier argumentieren, der Senatorin gegenüber nicht fair. Das ist Wahlkampf und nichts anderes. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Sudmann von der Fraktion DIE LINKE.

Heike Sudmann DIE LINKE: Herr Petersen, eines muss ich feststellen: Ihre Rede als Ersatzbürgermeister ist völlig schiefgegangen. Das kann man nicht anders beschreiben.

(Beifall bei der LINKEN, der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Ich nehme Ihren Vorwurf gern auf. Als aufkam, dass Herr Basse dieses Aufsichtsratsmandat übernommen hat, habe ich der Presse entnommen, dass selbst der Senat Schwierigkeiten hatte, Herrn Basse zu erreichen, der im Urlaub war. Da wäre es mir wohl kaum gelungen, ihn zu erreichen. Ich kann Ihnen einmal beschreiben, Herr Petersen, wie es ist, wenn ich als Opposition bei der SAGA GWG anrufe. Ich habe in einem anderen Fall, es ging um den Katenweg in Wilhelmsburg, versucht, Herrn Basse zu erreichen. Ich bin noch nicht einmal über die Presseabteilung hinausgekommen. Mir ist gesagt worden, Herr Basse wolle darüber nicht mit mir reden und ich könne gern eine weitere Mail schicken. Insofern geht dieser Vorwurf völlig ins Leere,

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

er ist einfach nur billig gewesen. Sie versuchen, hier eine Verteidigung aufzubauen, und deshalb glaube ich immer mehr, dass meine Vermutung richtig ist. Es mag sein, dass irgendwann Frau Blankau als Einzige aus der SPD geopfert wird, aber ich glaube, es ist eben nicht Frau Blankau allein. Ich bin mir sicher, diese Entscheidung, dass Herr Basse zu dem größten Immobilienunternehmen in Deutschland geht, zu der bekanntesten Heuschrecke, hat Frau Blankau nicht allein treffen dürfen. Ich gehe davon aus, dass ihr das auch völlig klar war und sie zumindest mit der Fraktion und dem Bürgermeister darüber gesprochen hat.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Nee, das nicht! Eine Superverschwörungstheorie!)

Nun mögen Sie sagen, das habe Frau Blankau allein gemacht. Gut, dann soll Frau Blankau sich hinstellen und erklären: Natürlich habe ich gewusst, wer die Deutsche Annington ist, aber ich habe den Bürgermeister nicht darüber informiert, dass der bestbezahlte Vorstandsvorsitzende in dieser Stadt, der Vorstandsvorsitzende des größten städtischen Wohnungsunternehmens in dieser Stadt zur Deutschen Annington geht. Wenn wir diese Erklärung haben, dann stehe ich Ihnen bei, dann kann ich auch über einen Rücktritt sprechen. Aber ich glaube, diese Erklärung wird es nicht geben, weil die gesamte SPD mit drinhängt. Deswegen will ich hier keine Scheingefechte haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kleibauer von der CDU-Fraktion.

Thilo Kleibauer CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Petersen, ich schätze Sie durchaus, wir sitzen oft genug im Haushaltsausschuss fast nebeneinander, aber das war nun wirklich unter Ihrem Niveau.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Diese Kombination aus Appell an die Fairness und Losschießen und Angriff kann doch nicht funktionieren.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN, der FDP und bei *Heike Sudmann DIE LINKE*)

Wir haben es schon ein paar Mal erlebt: Wenn Mathias Petersen ans Rednerpult geht von der sechsten Reihe, dann muss es verdammt eng sein. Dann muss die Opposition einen Treffer gelandet haben. Dann müssen die Genossen zusammenstehen, und dann kommen Sie wieder nach vorne.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Dann halten die Genossen in dieser Stadt zusammen, und zu diesen Genossen gehört auch Lutz Basse seit vielen, vielen Jahrzehnten. Das muss man doch an dieser Stelle sagen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Herr Petersen, die Senatorin hat gar nichts eingeräumt. So wie ich die Senatorin in ihrem Beitrag aus zusammengeschusterten Absätzen – hier ein bisschen SAGA GWG, da ein bisschen Basse, wenig ihr eigenes Handeln – verstanden habe, hat sie nach wie vor gesagt, an sich sei es doch ganz sinnvoll, wenn mal ein Mensch wie Herr Basse zur Deutschen Annington gehe und den Laden ein bisschen sozialer mache; nur das mit der Vergü-

(Thilo Kleibauer)

tung sei irgendwie dumm gelaufen. Das kann es doch nicht sein, Herr Petersen.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Dann hast du nicht zugehört!)

Heute ist der 24. September. Am 24. Juli, vor genau zwei Monaten, fiel diese Entscheidung; so lange ist das noch nicht her. In diesen zwei Monaten haben wir ständig wechselnde Erklärungen und Erläuterungen gehört. Erst sagte Frau Blankau, das sei eine prima Idee. Der SAGA-Vorstandsvorsitzende habe sich verdient gemacht und dürfe jetzt so ein Aufsichtsratsmandat haben, auch wenn die Vertragslaufzeit noch anderthalb Jahre beträgt. Dann kamen die ersten Nachfragen, und dann hieß es, das sei eine prima Idee, denn man wolle die Deutsche Annington viel sozialer machen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – *Jörg Hamann CDU:* Ja, das war das Beste!)

Das kann man ja auch mit einem einzelnen Aufsichtsratsmandat. Und dann hieß es, na gut, diese 100 000 Euro, das sei irgendwie dumm gelaufen, und man hat Herrn Basse genötigt, das Geld zu spenden. Herr Kienscherf hat vor zwei Wochen gesagt, damit sei das beendet, aber irgendwie hat sich keiner daran gehalten.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und vereinzelt bei der FDP)

Man musste wieder hektisch telefonieren, und am Tag nach der letzten Bürgerschaftssitzung hieß es, das Mandat werde niedergelegt. Und wenn ich dann heute die Pressemitteilung der SPD-Fraktion lese, in der Herr Dressel sagt, damit sei die Diskussion aber beendet, dann sage ich: Das stimmt nicht, Herr Dressel. Jetzt geht es erst richtig los.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN und bei *Robert Bläsing FDP*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt der fraktionslose Abgeordnete Dr. Scheuerl.

Dr. Walter Scheuerl fraktionslos:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Scholz, sehr geehrte Frau Senatorin Blankau, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben vor nicht ganz vier Jahren Olaf Scholz in dieser Stadt auf jeder Rede in seinem Wahlkampf eingangs die Worte sagen hören, Hamburg müsse wieder ordentlich regiert werden.

(*Philipp-Sebastian Kühn SPD:* Das wird es auch!)

Das war das Mantra, mit dem er in den Wahlkampf gegangen ist.

Am 24. Juli hat Senatorin Blankau eine folgenschwere, falsche, untragbare Entscheidung getroffen. Heute, zwei Monate später, hat sie sich quasi damit gerechtfertigt, dass das so eine Art Fortbildungsprogramm für Herrn Basse gewesen sei; er hätte seine Erfahrungen im Aufsichtsrat eines privaten Unternehmens erweitern können. Zwei Monate später sagt sie das, stellt sich hier hin und tut so, als ob nichts gewesen wäre. Gemessen an dem Anspruch, mit dem Sie in die Stadt gekommen sind, Herr Bürgermeister Scholz – Sie haben gesagt, wer Führung wolle, bekomme sie, und Hamburg müsse wieder ordentlich regiert werden –, ist es nicht tragbar, dass Sie untätig in der Ecke der Senatsbank sitzen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Nicht in der Ecke!)

Es ist, gemessen an dem Wahlkampfslogan "Das Wir entscheidet", mit dem Sie in die Bundestagswahl gezogen sind,

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Jetzt haben wir den ganz großen Bogen gespannt!)

für die Bürger der Freien und Hansestadt Hamburg und im Hinblick auf die Vorstellung, die wir als Hamburgerinnen und Hamburger von der Würde des Amts einer Senatorin der Freien und Hansestadt Hamburg in einer mehrere hundert Jahre währenden Tradition der Geschichte unserer Stadt haben, unwürdig für unsere Freie und Hansestadt Hamburg, was Sie Frau Blankau durchgehen lassen. Spätestens diese kurze Rede von Frau Senatorin Blankau

(*Dirk Kienscherf SPD:* Da haben wir schon ganz anderes erlebt!)

heute Nachmittag in diesem Hohen Haus muss Sie zu der Entscheidung bringen: Wenn Frau Blankau nicht geht, muss sie entlassen werden. – Vielen Dank.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Donnernder Applaus!)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Herr Kerstan von der GRÜNEN Fraktion bekommt das Wort.

Jens Kerstan GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nur, um noch einmal deutlich zu machen, worum es uns geht. Bei den Sozialdemokraten ist das anscheinend nicht nur bei Frau Blankau noch nicht angekommen, sondern auch bei der Fraktion und dem Rest des Senats nicht. Darum noch einmal deutlich, worum es geht. Die Frage ist: Wem ist dieser Senat eigentlich verpflichtet? Die 100 000 Euro sind ein unappetitliches Detail, aber im Grunde genommen geht es darum, wem dieser Senat verpflichtet ist.

Sie, Frau Senatorin, haben gerade gesagt, es sei eigentlich richtig, dass Herr Basse als Vorstandsvorsitzender eines öffentlichen Unternehmens in den Aufsichtsrat einer privatwirtschaftlichen AG

(Jens Kerstan)

geht, um dafür zu sorgen, dass deren Geschäftsmodell besser funktioniert

(*Dietrich Wersich CDU:* Das ist der Marsch durch die Institutionen!)

und dieses Unternehmen ähnliche Gewinne erzielt wie die SAGA GWG. Ich will Sie einmal an den Amtseid erinnern, den Sie geleistet haben. Ihr Amtseid war, zum Wohle der Hamburgerinnen und Hamburger zu arbeiten und Schaden von der Stadt abzuwenden. Da war kein einziges Wort in diesem Eid, das Sie dazu verpflichtet, zum Wohle der Aktionäre der Deutschen Annington zu arbeiten oder dem Vorstandsvorsitzenden eines öffentlichen Unternehmens eben dies zu genehmigen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Dr. Walter Scheuerl fraktionslos*)

Dann haben Sie diesen Eid nicht verstanden, und weil sie diesen Eid nicht verstanden haben, sind Sie in Ihrem Amt nicht mehr tragbar. Und das, Herr Bürgermeister, ist dann letztendlich Ihre Verantwortung. Sie haben diese Senatorin ins Amt berufen, und es ist Ihre Entscheidung, ob sie im Amt bleibt oder nicht, wenn sie nicht selber die Konsequenzen zieht. Da ist dann eben auch die Frage, wie Sie Ihren Eid verstehen, den auch Sie geleistet haben, Herr Bürgermeister. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und bei *Katja Suding FDP* und *Dr. Walter Scheuerl fraktionslos* – *Dirk Kienscherf SPD:* Jetzt wird es lächerlich!)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann können wir zu den Abstimmungen kommen.

Wer zunächst einer Überweisung der Drucksache 20/13003 an den Ausschuss Öffentliche Unternehmen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Ich komme zu den Abstimmungen in der Sache. Wir beginnen mit dem Antrag der CDU-Fraktion aus der Drucksache 20/13143. Hierzu stelle ich fest, dass der Antrag nicht mit dem nach Artikel 30 der Hamburgischen Verfassung erforderlichen Quorum gestellt worden ist. Ich lasse deshalb über den Antrag abstimmen.

Wer diesen Antrag annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist angenommen bei Enthaltungen.

Damit ist auch das nach der Verfassung erforderliche Quorum erreicht und das Aktenvorlageersuchen wirksam zustande gekommen.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den SPD-Antrag aus der Drucksache 20/13123.

Wer diesen Antrag annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Schließlich zum CDU-Antrag aus der Drucksache 20/13003.

Wer sich diesem anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Bevor wir zum Tagesordnungspunkt 8 kommen, haben wir noch ein paar Glückwünsche auszusprechen, nämlich unserer Kollegin Dr. Melanie Leonhard, die vor vier Wochen Mutter eines Sohnes geworden ist und heute das erste Mal wieder an einer Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft teilnimmt. Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir kommen zu Punkt 8 der heutigen Tagesordnung, Drucksache 20/12733, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Keiner darf verloren gehen! – Jugendberufsagenturen in Hamburg.

[Große Anfrage der SPD-Fraktion:
Keiner darf verloren gehen! – Jugendberufsagenturen in Hamburg
– Drs 20/12733 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Schwieger von der SPD-Fraktion. Er bahnt sich seinen Weg durch die herausströmenden Abgeordneten.

Jens-Peter Schwieger SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auf der einen Seite habe ich ein gewisses Verständnis dafür, dass sich der Saal nach dieser aufgeregten Debatte etwas leert, auf der anderen Seite finde ich das ein Stück weit schade bei dem Thema: Wie bringen wir unsere Jugendlichen in eine Ausbildung hinein?

(Beifall bei der SPD)

Jede und jeder wird gebraucht, das ist das Motto der Jugendberufsagentur. Kein Jugendlicher darf verloren gehen. Ziel von SPD-Fraktion und Senat ist es, den lückenlosen Übergang von der Schule in die berufliche Ausbildung sicherzustellen. Jeder Jugendliche, der in Hamburg die Schule verlässt, soll die Chance auf eine berufliche Ausbildung erhalten. Mit der erfolgreichen Gründung der Jugendberufsagentur sind wir diesem Ziel einen bedeutenden Schritt nähergekommen.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Schwieger, gestatten Sie dem Abgeordneten Stemmann eine Zwischenfrage?

Jens-Peter Schwieger SPD: Nein, Herr Stemmann kann sich nach Herrn Roock noch einmal zu Wort melden.

Vizepräsidentin Barbara Duden: Herr Stemmann, Sie haben heute kein Glück.

(*Gerhard Lein SPD:* Ist das heute eine Glücksfrage?)

Jens-Peter Schwieger SPD (fortfahrend): Wir haben mit der Jugendberufsagentur eine zentrale Anlaufstelle für junge Menschen geschaffen, eine Anlaufstelle, die umfassend informiert und Beratung und Unterstützung aus einer Hand bietet. Zwischen September 2012 und Dezember 2013 haben in allen sieben Hamburger Bezirken Jugendberufsagenturen ihre Arbeit aufgenommen. Die SPD-Fraktion möchte mit der vorliegenden Großen Anfrage eine erste Zwischenbilanz ziehen.

Das Beratungsangebot der Jugendberufsagentur richtet sich an alle Hamburger Jugendlichen. Betroffenen, die eine intensivere Beratung oder Betreuung mehrerer Stellen brauchen, bietet die Jugendberufsagentur umfassende Leistungen unter einem Dach. Das ist die Besonderheit der Jugendberufsagentur. Hier finden Jugendliche Rat und Hilfe, von Informationen zur Berufswahl über Studienfragen bis hin zu verzwickten Lebenslagen. Erste Erfolge sind bereits sichtbar. Waren es in früheren Jahren noch mindestens 900 bis 1000 Jugendliche mit unbekanntem Verbleib, ist die Zahl der Fälle aktuell auf null zurückgegangen, ich betone: auf null.

(Beifall bei der SPD)

Kein Jugendlicher darf verloren gehen – das ist mit der Gründung der Jugendberufsagentur gelungen. Je nach Standortgröße suchen monatlich zwischen 500 und 2000 Jugendliche ihre bezirkliche Jugendberufsagentur auf. Hier wurden insgesamt rund 2730 Jugendliche beraten, größtenteils mehrfach. Zudem wurden im Bereich der Berufsorientierung rund 9980 Beratungsgespräche in den Stadtteilschulen sowie in den regionalen Standorten geführt. Sollte der Kontakt der Beratungsfachkräfte zu einem Jugendlichen ohne erkennbaren Grund abbrechen, wird von allen Partnern der Jugendberufsagentur eine aufsuchende Beratung angeboten. Im Zeitraum von April 2013 bis Juni 2014 gab es so über 10 000 Kontaktaufnahmen. Die Erfahrung mit der aufsuchenden Beratung macht deutlich, wie wichtig es ist, den Kontakt zu den Jugendlichen nicht abbrechen zu lassen.

(Beifall bei der SPD)

Ihnen die Hand zu reichen, sie zu unterstützen, das ist unsere Aufgabe. An dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich für die gute und professionelle Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendberufsagentur bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Mit der Jugendberufsagentur haben wir ein wichtiges Instrument geschaffen, um zukünftig mehr Jugendliche für die Ausbildung fit zu machen und erfolgreich in eine Ausbildung zu vermitteln. Darüber hinaus haben wir weitere Maßnahmen ergriffen, um Jugendliche beim Übergang von der Schule in den Beruf besser zu unterstützen. Diese Maßnahmen zur Verbesserung haben wir umgesetzt: eine Weiterentwicklung der verbindlichen Berufs- und Studienorientierung, die Einführung der dualisierten Ausbildungsvorbereitung Av-Dual, die Weiterentwicklung der Produktionsschulen, die Einführung des Hamburger Ausbildungsmodells Berufsqualifizierung (BQ), die Reform der Höheren Handelsschulen, die Einführung der Höheren Technikschule, die Einführung des Modells Dual Plus.

Meine Damen und Herren! Wir wollen es schaffen, dass mehr Jugendliche nach dem Schulabschluss sofort einen Ausbildungsplatz bekommen. Senator Rabe hat bereits im Juni die wichtigsten Aufgaben benannt. Nun gilt es, das Konzept zur Berufs- und Studienorientierung konsequent umzusetzen und so die Berufsorientierung der jungen Menschen deutlich zu verbessern. Wir müssen passgenauer vermitteln. Wir müssen auf die Hamburger Wirtschaft einwirken, mehr betriebliche Ausbildungsplätze zu schaffen. Es ist klar, dass die vielfältigen Reformanstrengungen nicht sofort greifen und eine gewisse Anlaufzeit benötigt wird. Auch die eben genannten Aufgaben sind nicht neu. Neu ist, dass wir nun Instrumente an der Hand haben, die es uns ermöglichen, diese Aufgaben besser als früher zu erfüllen.

Der Landesausschuss für Berufsbildung sieht in seinem Bericht 2013/2014 in der Jugendberufsagentur bereits heute ein Erfolgsmodell. Dem schließe ich mich ausdrücklich an. Wir sind auf dem richtigen Weg, und wir werden am Ball bleiben, um allen Jugendlichen den erfolgreichen Weg in ein selbstbestimmtes Leben zu ebnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Ploog von der CDU-Fraktion.

Wolfhard Ploog CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Keiner darf verloren gehen – ein wichtiges, ein anspruchsvolles Ziel, hinter dem auch meine Fraktion steht, und zwar nicht erst seit heute, sondern schon seit Langem. Man muss sich fragen, Herr Kollege Schwie-

(Wolfhard Ploog)

ger, warum Ihre Fraktion im Jahre 2011 mit der eigenen Mehrheit verhindert hat, dass die Drucksache 20/106 beschlossen wurde, in der meine Fraktion die Einrichtung einer Jugendberufsagentur angeregt hatte.

(Beifall bei der CDU)

Später haben Sie das dann, offenbar aufgrund besserer Einsichten, aufgenommen. Das war sicher kein Fehler, das war eine gute Tat von Ihnen; dazu herzlichen Glückwünsch. Wir haben also anregend dazu beigetragen. Nun sollten wir uns darüber nicht lange streiten, denn wichtiger für uns alle ist, dass niemand verloren geht, weder in der Schule noch in der Berufsausbildung. Das ist konkret damit gemeint. Jeder Jugendliche, jedes Mädchen, jeder Junge, jeder, der in Hamburg die Schule verlässt, soll unmittelbar im Anschluss an den Schulabgang die Möglichkeit einer beruflichen Ausbildung bekommen. Das ist nicht neu, es hat zu allen Zeiten gegolten, und es war immer auch Auftrag für die Politik, die Abläufe besser und günstiger zu gestalten, damit das lückenloser erfolgen kann. Die Solidarität mit den jungen Menschen auf diesem wichtigen Gebiet ist ein Gebot für die Politik, für uns alle in diesem Hause. Ich habe es auch immer so verstanden, dass wir das als eine gemeinsame Aufgabe, als ein gemeinsames Ziel aufgefasst haben.

Sie haben die nun eingetretenen Verbesserungen, die wir nicht nur akzeptieren, sondern sehr begrüßen, dargestellt; ich muss das nicht wiederholen. Es geht nicht nur darum, eine Berufsausbildung im Anschluss an die Schulausbildung zu ermöglichen, sondern es geht auch darum, die jungen Menschen so zu qualifizieren, dass sie in dem langen Arbeitsleben, das vor ihnen liegt, möglichst nicht arbeitslos werden, sondern über Jahre und Jahrzehnte kontinuierlich in der Beschäftigung stehen.

Interessant dabei ist, wie aus einer Studie der Bundesagentur für Arbeit hervorgeht, dass die sogenannten jungen Arbeitslosen auch im späteren Berufsleben häufiger arbeitslos sind. Die Untersuchung hat gezeigt, dass rund die Hälfte aller Einsteiger in das Erwerbsleben in den ersten acht Jahren der beruflichen Tätigkeit gar nicht oder maximal einen halben Monat arbeitslos sind. Aber, und um diese Menschen müssen wir uns wieder mehr kümmern – Sie haben es in Ihrer Rede auch erwähnt –, 10 Prozent der Einsteigerinnen und Einsteiger in das Erwerbsleben sind allein in den ersten acht Berufsjahren mehr als 20 Monate arbeitslos und in den Folgejahren ebenso überdurchschnittlich lange ohne Beschäftigung. Zwischen der Jugendarbeitslosigkeit und der späteren Arbeitslosigkeit, so hat die Studie ergeben, besteht der Zusammenhang nicht in einer weniger guten Qualifikation – die hat damit überhaupt nichts zu tun –, sondern Jugendarbeitslosigkeit und spätere Arbeitslosigkeit stehen in einem kausalen Zusammenhang. Beides folgt einer eigenen Gesetzmäßigkeit, die es vielleicht noch weiter zu entdecken gilt. Die Studie jedenfalls hat ergeben, dass ein Tag Arbeitslosigkeit in der Jugend im Schnitt zu bis zu zwei Tagen Arbeitslosigkeit während der ersten acht Jahre der beruflichen Tätigkeit führt. Nun soll man sich nicht an ein oder zwei Tagen festhalten, das wäre wenig, aber das kumuliert. Das verdoppelt sich also und steigt in den folgenden Jahren weiter an. Aus arbeitsmarktpolitischen Gründen muss es deshalb ebenso höchste Priorität haben, Jugendarbeitslosigkeit gar nicht erst entstehen zu lassen.

(Beifall bei der CDU und bei *Sabine Steppat* und *Silke Vogt-Deppe, beide SPD*)

Das, Herr Kollege Schwieger, habe ich bei Ihnen auch so verstanden. Ich war sehr froh, dass wir diese Erkenntnisse aufgreifen konnten. Ich glaube, das ist ein ganz, ganz wichtiges Ziel.

Schon in frühen Jahren in das Ghetto der Arbeitslosigkeit zu geraten, muss furchtbar sein. Da müssen wir wirklich helfen. Das ist eine große Herausforderung für uns alle. Ich glaube schon, dass die Jugendberufsagenturen eine hervorragende Arbeit leisten und zur Lösung der Probleme sehr gut beitragen. Die Anforderungen werden künftig noch erheblich zunehmen. Angesichts der aufwachsenden Zahl ausländischer Jugendlicher werden die Anstrengungen steigen müssen; wir haben darüber vorhin in der Aktuellen Stunde schon etwas gehört. Diese jungen Leute – niemand weiß, wie lange sie bei uns bleiben wollen oder werden – müssen zur Schule, müssen eine Berufsausbildung bekommen. Das stellt unsere Gesellschaft vor enorme Herausforderungen. Ich glaube, dass wir dort alle solidarisch zusammenwirken werden. Dazu gehört auch, dass die Schulen ihre Stundenausfälle drastisch reduzieren. Dazu zählt aber auch, dass die Zusammenarbeit von Arbeitsagentur und Jobcenter verbessert und noch stärker miteinander verzahnt wird.

Wenn wir die aktuelle Momentaufnahme des Ausbildungsmarkts betrachten, ergibt sich folgendes Bild – das nur, damit man weiß, dass nicht alles von alleine läuft –: Im August hatten wir 2724 Bewerberinnen und Bewerber in Hamburg, die einen Ausbildungsplatz suchten. Das waren 13,5 Prozent oder, in absoluten Zahlen, 326 Personen mehr als im Monat Juli. Freie Ausbildungsstellen hingegen hatten wir nur 1994. Das waren 454 weniger als im Juli. Das ging also auseinander. Insofern ein Appell an die Arbeitgeber in Hamburg, an die Wirtschaft, sich hier noch stärker anzustrengen.

Im Moment läuft das Ausbildungsgeschäft auf Hochtouren. Viele Bewerber machen sich zu spät auf den Weg; ein Zeichen, dass man den jungen Leuten dazu an den Schulen noch einige Tipps geben muss. Sie unterschätzen den Aufwand, den es erfordert, eine Lehrstelle oder einen Ausbildungs-

(Wolfhard Ploog)

platz zu erhalten. Sie unterschätzen die Wichtigkeit von Berufsorientierung und Berufswahl ebenso wie den Aufwand der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Es ist ja nicht so, dass derjenige, der sich um einen freien Ausbildungsplatz bewirbt, diesen auch gleich bekommt; es gibt erhebliche Konkurrenz. Schriftliche Bewerbung, Praktikum, Auswahlverfahren, schließlich die Zusage – all das steht noch als ungelöstes Problem vor diesen jungen Leuten. Ich will das gar nicht pauschalisieren, aber ich glaube, es ist weiterhin eine große Herausforderung für die Schulen, die jungen Leute hier fit zu machen und ihnen zu helfen, auf diesem Weg voranzukommen.

Die CDU-Fraktion unterstützt, wie sicher das ganze Haus, diese Bemühungen sehr. Im Interesse unserer Jugend wünscht meine Fraktion der Jugendberufsagentur in Hamburg beste Erfolge. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. von Berg von der GRÜNEN Fraktion.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es gibt ein schönes englisches Sprichwort, das heißt: "The proof of the pudding is in the eating". Es geht also um nichts weniger als nachzuforschen, ob der Erfolg der Jugendberufsagentur tatsächlich auch schon bewiesen werden kann. Dieser misst sich übrigens nicht daran, ob man alle Jugendlichen erfasst hat, sondern der Erfolg ist die Vermittlung in die Berufsausbildung oder in einen Anschluss, das heißt, kein Abschluss ohne Anschluss.

(Vizepräsidentin Antje Möller übernimmt den Vorsitz.)

Das soll also der Proof sein. Nun habe ich den vermeintlichen Proof in den Händen, das ist die Große Anfrage der SPD. Allein, den Proof für den Pudding habe ich nicht gefunden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Martina Kaesbach FDP*)

Ich habe dafür lieber noch einmal in anderen Berichten nachgelesen und mir zum Beispiel den HIBB-Jahresbericht, die Statistik der Arbeitsagentur – das hat offensichtlich auch mein Kollege Herr Ploog gemacht –, den Ausbildungsreport und die Stellungnahmen des Landesausschusses für Bildung angesehen. Und natürlich habe ich, wie es bei uns im Parlament so üblich ist, auch noch ein paar Schriftliche Kleine Anfragen gestellt.

Was habe ich nun gefunden? Im HIBB-Jahresbericht ist deutlich abzulesen, dass die Ausbildungsgarantie, das heißt, ein wesentliches Versprechen im Arbeitsprogramm des Senats, nicht erfüllt wird. Ich will es kurz darlegen. Eigentlich soll an den Abschluss dieser Anschluss erfolgen, tatsächlich gibt es aber ein wahnsinnig aufgeblähtes Av-Dual, in denen dann auch Schülerinnen und Schüler landen, die eigentlich ausbildungsreif sind, die einen mittleren Schulabschluss haben und berufsorientiert sein sollten, die also, nachdem sie schon zehn Jahre in der Stadtteilschule verbracht haben, jetzt noch weiter ins Av-Dual gehen müssen, obwohl sie in eine Berufsausbildung gehen sollten und auch könnten. Man könnte dann sagen, sie könnten doch in das Hamburger Ausbildungsmodell gehen und eine Berufsqualifizierung machen. Von diesen etwa 400 Plätzen ist aber nur die Hälfte belegt. Hier wird die Ausbildungsgarantie nicht umgesetzt, aber das ist doch ein zentrales Versprechen. Ich finde, das muss man einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Wenn ich mir den Ausbildungsreport ansehe, dann geht ganz klar daraus hervor, dass 39 Prozent aller Schulabgängerinnen und Schulabgänger im Übergangssystem landen und nicht in der Ausbildung. Das sind immer noch viel zu geringe Zahlen, es gibt wirklich keinen Grund zum Jubeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ploog hat schon auf die steigende Diskrepanz zwischen der Anzahl der Arbeitsuchenden beziehungsweise ausbildungswilligen Bewerberinnen und Bewerber und der sinkenden Zahl der Ausbildungsplätze hingewiesen. Anstatt eine Verbesserung zu erzielen, gibt es ein weiteres Auseinanderklaffen. Auch das ist kein Grund zum Jubeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch auf die Geburtsfehler der Jugendberufsagentur eingehen, und zwar nicht so, wie sie unter Schwarz-Grün auf die Schiene gesetzt wurde, sondern wie sie von diesem SPD-Senat umgesetzt wurde. Es geht nämlich um die personelle Ausstattung. Bei wesentlichen Unterstützungssystemen in den Quartieren, in den Vierteln, die sehr wichtig sind für Jugendliche mit sehr schwierigen Ausgangslagen, wurde die personelle Ausstattung heruntergefahren und in die Jugendberufsagentur, also in eine Behörde, verlegt. Nun muss man wissen, dass Jugendliche die Arbeit auf der Straße brauchen, sie brauchen niedrigschwellige Angebote. Sie sollen nicht in eine Behörde, in eine Agentur gehen müssen, denn da haben sie häufig schlechte Erfahrungen gemacht. Das heißt, man hat wichtige Unterstützungssysteme abgesenkt, sie in eine Agentur verlagert und die Sozialarbeit auf der Straße geschwächt. So kann eine Jugendberufsagentur nicht funktionieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Dr. Friederike Föcking CDU*)

(Dr. Stefanie von Berg)

Ich habe schon mehrfach darauf hingewiesen, dass zudem 92 Stellen aus den Stadtteilschulen, die eigentlich für die Berufsorientierung vorgesehen und versprochen waren, ebenfalls abgezogen worden sind. Auch so kann keine Berufsorientierung stattfinden, denn es ist auch ein wichtiger Baustein für das Gelingen einer Jugendberufsagentur.

Eines möchte ich noch sagen: Laut der Großen Anfrage findet in Gymnasien Berufsorientierung nicht statt; in Frage 6) wird nur von Stadtteilschulen geredet. Wir wollen doch nicht so tun, als ob in den Gymnasien nicht auch Berufsorientierung im Sinne einer dualen Ausbildung stattfinden sollte. Das ist ein weiterer Geburtsfehler bei der ganzen Ausgestaltung durch den SPD-Senat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was wir brauchen, um wirklich einen Beweis, den Proof zu finden, ist eine externe Evaluation der Jugendberufsagentur, aber mit Sicherheit keine Gefälligkeits-Große-Anfrage über den Erfolg des Senats, um wirklich herauszufinden, ob diese Jugendberufsagentur erfolgreich ist oder nicht. Für mich und für unsere Fraktion ist der Beweis immer noch schuldig geblieben. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau Kaesbach von der FDP-Fraktion.

Martina Kaesbach FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich schließe mich, zumindest was die Kritik an dieser Anfrage angeht, Frau Dr. von Berg an. Die Einrichtung der Jugendberufsagentur war ein kleiner, man kann auch sagen, großer Meilenstein, weil sie wichtige strukturelle Verbesserungen auf den Weg gebracht hat. Ob sie nun tatsächlich zu Erfolgen geführt hat, geht aus dieser Großen Anfrage nicht hervor.

(Beifall bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Die Dachfunktion für die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit bedeutet für die jungen Erwachsenen und auch deren Eltern einen enormen Vorteil. Es gibt keine Unklarheiten mehr, wer zuständig ist, die Agentur für Arbeit oder Jobcenter, und keine Unklarheiten mehr, was den Standort betrifft. Das hat nicht nur Vorteile für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, das ist auch sehr übersichtlich und klar für die Handwerks- und Handelskammer, die Schulen und die Wirtschaft.

Zudem suchen die Mitarbeiter der Jugendberufsagentur die Jahrgangsstufe 8 der Stadtteilschulen aktiv auf und tätigen sogar Hausbesuche. Keiner soll durch das Netz fallen – so weit, so gut. Diese Verbesserungen wurden jedoch schon in der Debatte im Juni 2012 von der SPD gefeiert, wobei es eher ein Hickhack zwischen CDU und SPD war, wer nun das Patentrecht auf die JBAs anmelden kann. Das klang eben auch schon wieder durch, als Herr Ploog sprach.

Sie, lieber Herr Schwieger, betreiben nun aber mit Ihrer Großen Anfrage wirklich billigen Wahlkampf. Frau Dr. von Berg nannte es Gefälligkeitsanfrage, ich kann mich dem nur anschließen. Ich hätte gedacht, Sie wären sich für eine solche Durchsichtigkeit eher zu schade, denn Ihre Anfrage fragt nur Masse ab. Aus den Zahlen zu den stattgefundenen Beratungen lässt sich nicht viel ableiten, da es bei den bezirklichen JBAs jeweils um unterschiedliche Erhebungszeiträume geht, was der stufenweisen Einrichtung in den JBAs geschuldet ist. Die Zahlen lassen sich somit nicht vergleichen. Zudem bleibt verborgen, zu welchem konkreten Ergebnis die Beratungsgespräche geführt haben. Weder sind die quantitativen Zahlen verwertbar, noch gibt es qualitative Ergebnisse, da es keine entsprechenden Parameter gibt.

Ein zweites Beispiel sind die erfassten Bewerber unter Frage 11). Hier waren belastbare Aussagen kaum möglich. Die Große Anfrage wurde im August gestellt, die Vermittlungsbemühungen der Bewerber laufen jedoch naturgemäß bis zum 1. September beziehungsweise 1. Oktober; dann wird üblicherweise eingestellt. Ein besseres Timing der Einreichung der Großen Anfrage hätte zu substanzielleren Aussagen führen können. Vielleicht wollte man dies aber auch gerade verhindern.

Meine Damen und Herren! Was nun wirklich interessant ist, ist der Abschnitt III, Kapitel "Übergang – Schule/Beruf". Dieses Kapitel hat zwar direkt nichts mit der JBA zu tun, es geht dieses Mal auch nicht um Erbsenzählereien, sondern tatsächlich einmal um etwas Aussagekräftiges. Hier wird abgefragt, wie viele Schüler welche Abschlüsse von 2008 bis 2013 absolvierten und vor allem, wie viele der Schüler ohne Hochschulreife nach der Schule in welche Maßnahmen gegangen sind beziehungsweise welche Ausbildung sie aufgenommen haben. Die zweite Tabelle unter III besagt nämlich, dass nur knapp 11 Prozent der Schülerinnen und Schüler ohne Hochschulreife in eine betriebliche Ausbildung, also die klassische Lehre, gegangen sind. Zieht man die Schüler ab, die nach der zehnten Klasse die Schule beziehungsweise eine schulische Maßnahme besucht haben, würden von dieser Gruppe, die einen nicht-schulischen Weg gewählt hat, gut 20 Prozent eine betriebliche Ausbildung durchführen, und das ist immer noch wenig.

Im Juli 2014 gab es in Hamburg 2007 Schüler ohne Ausbildungsplatz. Dem standen 2000 unbesetzte Ausbildungsplätze gegenüber. Wir haben in Hamburg also nach wie vor ein Passungsproblem. Erstens bleibt ein immer höherer Anteil von betrieblichen Ausbildungsplätzen unbesetzt, und zweitens bleiben immer mehr Ausbildungsplatzsu-

(Martina Kaesbach)

chende bei ihrer Suche erfolglos. Genau an dieser Stelle besteht Handlungsbedarf. Insofern sollte der Senat davon absehen, weiter wenig aussagekräftige Auflistungen von Kontakt- und Beratungsgesprächen zu betreiben, sondern er sollte vielmehr auf die Verringerung der Passungsquote hinarbeiten.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Friederike Föcking CDU*)

Weniger unbesetzte Ausbildungsstellen und mehr vermittelte Hamburger Jugendliche von der Schule in die Ausbildung wären die relevanten Erfolgsparameter. Meine Fraktion appelliert insofern an den Senat, sich einmal Gedanken über die Einrichtung von mehr qualitativen statt rein quantitativen Parametern bei der Dokumentation der Maßnahmen der Jugendberufsagentur zu machen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau Heyenn von der Fraktion DIE LINKE.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Schwieger, ich teile Ihre Auffassung, es sollten sich mehr Abgeordnete für dieses Thema interessieren, als hier zurzeit anwesend sind.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich teile nicht Ihre Auffassung, dass Sie als SPD dem Ziel, eine Ausbildungsgarantie herzustellen, einen bedeutenden Schritt nähergekommen sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Zu Frau Dr. von Berg: Ich esse wahnsinnig gern Pudding und muss feststellen, dass ich nach dieser Großen Anfrage nicht satt geworden bin, wirklich nicht. DIE LINKE hat vor der Sommerpause den Antrag "Ausbildungsgarantie jetzt" in die Bürgerschaft eingebracht, und darüber haben sich damals die Sozialdemokraten sehr geärgert. Wir haben Ihnen nämlich Wahlbetrug vorgeworfen. Man kann natürlich auch sagen, Sie haben Ihr Versprechen gebrochen, denn Sie haben in Ihrem Programm 2011 geschrieben – ich zitiere –:

> "Alle Schülerinnen und Schüler haben nach Abschluss der allgemeinbildenden Schulzeit ein Recht auf eine berufliche Ausbildung."

(Zuruf von der SPD: Haben sie auch!)

– Das Recht wollten Sie aber umsetzen, das haben Sie klar versprochen, und das ist nicht eingetroffen.

Selbst Senator Rabe hat vor Kurzem in einer Pressekonferenz eingestanden, dass nur 30 bis 40 Prozent aller Schulabgänger und Schulabgängerinnen einen Ausbildungsplatz finden, wobei wir glauben, dass diese Zahl noch geschönt ist.

Wir haben jetzt Erfolgsmeldungen, und diese Erfolgsmeldungen sollen in Form der Großen Anfrage der SPD daherkommen. Ich will auf die Argumente der SPD eingehen, die für eine Jugendberufsagentur votieren. Das Erste ist, dass Sie meinen, der entscheidende Beweis für den Erfolg der Jugendberufsagentur finde sich darin, dass Sie bundesweit vorbildlich seien. Und Sie argumentieren damit, dass sich allein im laufenden Jahr 25 Fachbesuchergruppen vor Ort über das Konzept der Jugendberufsagentur informiert hätten. Eine Gruppe davon war die Bundestagsfraktion der LINKEN aus Berlin. Aber es ist natürlich keine Evaluation, wenn sehr viele kommen und sich ansehen wollen, was da eigentlich passiert. Es wäre für mich ein ganz neuer Indikator für Erfolg, wenn man feststellt, dass es gut sein muss, wenn sich das viele Leute anschauen. Wir verstehen unter Evaluation etwas ganz anderes. In der Tat ist es so, dass jetzt erst die Ausschreibung zur Evaluation der Jugendberufsagentur vorbereitet wird. Das heißt, es ist noch gar nicht richtig mit Ziffern und Kriterien belegt, was die Berufsagentur will, mit welchen Mitteln sie arbeitet und welchen Erfolg sie hat. Trotzdem wissen SPD und Senat aber schon, bevor es überhaupt in seinen Umrissen fertiggestellt wurde, dass die Jugendberufsagenturen vorbildlich sind. Wenn Sie das alle schon wissen, dann brauchen Sie kein Geld mehr auszugeben für eine Evaluation. So kann man damit nicht umgehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das zweite wichtige Argument, und das hat auch einiges für sich, Herr Schwieger, ist dieses "Alles unter einem Dach". Das ist auch in Ordnung, das haben wir uns schon mehrfach angesehen. Nur muss man sich einmal die Mitarbeiterzahlen in den Hamburger Jugendberufsagenturen genauer anschauen. Wenn wir uns das anschauen, dann sehen wir, dass von den 318 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern 35 Prozent von der Arbeitsagentur, 54 Prozent vom Jobcenter, 4 Prozent von den jeweiligen Bezirksämtern und 7 Prozent von der Schulbehörde kommen. Zusammengefasst kann man sagen, dass fast 90 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dem früheren Arbeitsamt entstammen, das durch Ihre Agenda-Politik in zwei unterschiedliche Behörden aufgespalten wurde. Das heißt, Sie verkaufen jetzt einen Erfolg, etwas zusammengefasst zu haben, was Sie vorher selbst getrennt haben. Sie beseitigen also Ihren eigenen Missstand.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben zur Jugendberufsagentur fünf Anfragen gestellt, wir haben immer nach den Vermittlungserfolgen gefragt und wollten Folgendes wissen: Im Schuljahr 2012/2013 gab es 808 Schulabgängerin-

(Dora Heyenn)

nen und Schulabgänger, die einen Ausbildungsplatz gefunden haben. Und nun wollten wir wissen, bei wie vielen dieser 808 Schulabgänger es der Jugendberufsagentur gelungen ist, ihnen Ausbildungsplätze zu vermitteln, denn das ist doch der eigentliche Punkt. Die Antwort war: Wissen wir nicht. Wir haben keine Antwort bekommen.

Man muss sich doch fragen, wozu eine Jugendberufsagentur eigentlich da ist. Was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jugendberufsagenturen leisten, die Kontakte, die Beratungen und die aufsuchende Beratung, ist eine hervorragende Arbeit. Die Kolleginnen und Kollegen aus diesen Jugendberufsagenturen können jedoch nur eines machen, sie können nur Ausbildungsplätze vermitteln, und genau davon gibt es zu wenige. Insofern muss man sich überlegen, ob das Konzept der Jugendberufsagenturen so richtig ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt noch ein Wort zu den Warteschleifen. Frau Dr. von Berg hat darauf hingewiesen, dass immer noch knapp 40 Prozent in den Warteschleifen landen. Wir haben 2011 nach sehr, sehr vielen Magenschmerzen und sehr, sehr vielen Diskussionen der Reform der beruflichen Bildung zugestimmt und hatten darauf vertraut, dass es auch wirklich erheblich besser wird. Nun wird in der Großen Anfrage der SPD-Fraktion eine Frage vom Senat beantwortet, und darin steht, dass im Schuljahr 2013/2014 sogar über 47 Prozent aus der Warteschleife, aus der Ausbildungsvorbereitung direkt in die Beschäftigung übergingen. Da haben wir uns gefragt, was denn "in die Beschäftigung" bedeutet, denn das heißt nicht zwingend in eine Ausbildung. Und so war es denn auch. Herr Rabe hat im August in seiner Pressekonferenz die Zahlen ein bisschen deutlicher gemacht und festgestellt, dass aus der Ausbildungsvorbereitung 40 Prozent einen Ausbildungsvertrag gefunden und 7 Prozent dann einen Job aufgenommen haben. Das ist immerhin besser als gar nichts, aber das ist nicht das, was wir eigentlich anstreben. Und selbst bei diesen 40 Prozent wissen wir bis heute nicht, woher Herr Rabe sie geholt hat. Wir hatten nämlich in einer Schriftlichen Kleinen Anfrage genau das abgefragt. Da waren es nur noch 23 Prozent, die aus der Ausbildungsvorbereitung kamen, und 6 Prozent, die dann in der außerbetrieblichen Ausbildung gelandet sind. Es waren nur 30 Prozent und keine 40. Woher er die Zahl hat, wissen wir nicht.

Wir sagen nur eines: Es besteht nach wie vor erheblicher Handlungsbedarf, wenn wir wirklich wollen, dass alle Jugendlichen nach einem Schulabschluss oder auch ohne Schulabschluss eine Ausbildung bekommen. Es muss noch sehr, sehr viel getan werden. Wir sind noch sehr weit entfernt von der Ausbildungsgarantie.

Wir haben vor der Sommerpause drei Vorschläge gemacht. Der zentrale Punkt ist, dass es zu wenige Ausbildungsplätze im dualen System gibt. Das mag uns passen oder nicht, wir werden da einiges tun müssen. Und wir kommen nicht an einer Ausbildungsumlage vorbei, das sind wir den jungen Leuten schuldig.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Senator Rabe.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Das ist doch nur eine Kenntnisnahme!)

Senator Ties Rabe: Meine Damen und Herren! Es ist richtig, und darin sind wir uns alle einig, dass sich beim Übergang von der Schule in die Berufswelt ganz genau entscheidet, wie der Lebensweg von Jugendlichen weitergeht. Ich würde sogar sagen, hier entscheiden sich wesentlich mehr die Fragen nach Lebensglück und Perspektive als bei den vielen anderen Dingen in der Schulpolitik, die wir meistens mit größerem Temperament als diese wichtige Frage des Übergangs diskutieren. Und weil sich hier nicht nur das Glück des Einzelnen entscheidet, sondern auch die Chancen unserer Gesellschaft und unserer Stadt, hat der Senat genau diesen Übergang zum Thema gemacht und gesagt, in diesem Punkt möchte er Reformen durchführen, damit wesentlich mehr junge Menschen diesen Übergang schaffen. Unser Ziel ist sehr klar, und Sie haben es zu Recht aus dem Wahlprogramm zitiert: Jeder junge Mensch soll nach der Schule entweder eine Ausbildung oder ein Studium beginnen, und an diesem Ziel halten wir selbstverständlich fest.

(Beifall bei der SPD)

Gerade dieser Übergang ist schwierig. Frau Heyenn, Sie haben zu Recht angesprochen, worin das Problem besteht. Es bestand darin, dass wir sehr viele Partner in der Stadt haben, die zahllose Beratungsangebote machen. Dazu zählen die Arbeitsagentur, das Jobcenter, die beruflichen Schulen, die Jugendhilfe, die Sozialbehörde und die Bezirksämter; alle machen etwas in diesem Bereich. Die entscheidende Problematik besteht eher darin, dass sie alle unter verschiedenen Dächern, in verschiedenen Rechtskreisen unterwegs sind und unterschiedliche Angebote machen. Vor allem junge Menschen wissen bei dieser Vielfalt gar nicht, an wen sie sich denn wenden sollen.

Deswegen haben wir jede Menge seltsamer Odysseen in den letzten Jahren in der Stadt erlebt. Wenn junge Menschen dann doch nach einer Weile merken, dass es mit ihrem Leben vorangehen muss, haben sie sich möglicherweise über das örtliche Jugendzentrum an das Bezirksamt gewandt und gefragt, wie es weitergehen kann. Dann war es durchaus möglich, dass man diese jungen Menschen zur Arbeitsagentur geschickt hat. Wenn da

(Senator Ties Rabe)

überhaupt jemand ankam, prüft die Arbeitsagentur zunächst einmal, ob die jungen Menschen zu Recht da sind. Wenn es jemand aus einer Familie mit Hartz-IV-Bezug war, wurde er weitergeschickt an das Jobcenter. Und wenn er oder sie dann dort angekommen waren, dann stellte man in vielen Fällen fest, dass der junge Mensch noch gar nicht volljährig und damit ein Fall für die beruflichen Schulen war. In dieser Odyssee haben wir jedes Jahr über 1000 Menschen verloren, wir haben ihnen keine Angebote gemacht, wir haben sie schlicht durchs Netz fallen lassen, und genau hier setzt die Jugendberufsagentur an. Diese Aufgabe ist die zentrale und wichtige Aufgabe, der wir uns widmen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen haben wir etwas ganz Einfaches gemacht, aber das ist nur einfach auf dem Papier. Wir haben alle diese Institutionen, die Bundesagentur für Arbeit, die Jobcenter auf Landes- und Bundesebene, die Behörde für Schule und Berufsbildung mit dem HIBB, mit der Weiterbildung, die Sozialbehörde und die Bezirksämter – man könnte man beinahe sagen, mal eben – unter einem Dach zusammengebracht trotz vieler unterschiedlicher Rechtskreise und vielem mehr. Wer wirklich wissen will, was das bedeutet, dem kann ich nur sagen, dass dazu Gespräche mit Bundesministerien notwendig waren und mit Bezirksamtsleitern auf der gesamten Ebene, damit sie unter einem Dach zusammenarbeiten. Was ist dabei der Vorteil? Ich will drei Punkte nennen.

Erstens: Junge Menschen haben erstmals überhaupt eine klare Adresse und wissen, wohin sie gehen können und wo ihnen geholfen wird. Das allein ist schon ein sehr großer Fortschritt.

Zweitens: Diese Partner haben bisher unabhängig voneinander, zugespitzt gesagt, manchmal vor sich hin gewurstelt und ihre Maßnahmen kaum aufeinander abgestimmt. Jetzt sitzen sie unter einem Dach und arbeiten zusammen. Wir haben entsprechende Netzwerkstellen, und wir haben zusammengefasste Gremien darüber gesetzt, sodass hier erstmals diese Zusammenarbeit in gemeinsame Maßnahmen mündet; ich will ein Beispiel nennen. Wir haben festgestellt, dass die Frage der Arbeitsvermittlung in der Tat in dem ganzen Konstrukt der bisherigen Angebote reichlich untergeblendet war. Wir haben uns deshalb darum bemüht und es jetzt erreicht, dass der Arbeitgeberservice der Arbeitsagentur ebenfalls hier mit einzieht, das ist eine ganz zentrale Maßnahme. Aber das Entscheidende ist, dass die Partner zusammenarbeiten. Das ist für junge Menschen ein Riesenvorteil, denn es passiert nicht mehr, dass einer vor der Tür steht und ihm gesagt wird, er sei dort falsch und er solle woanders hingehen. Junge Menschen werden dagegen gleich an die Hand genommen, man klingelt gegenüber auf demselben Flur und stellt den entsprechenden Kontakt her, und dabei geht keiner verloren.

(Zuruf aus dem Plenum)

– Das schaffen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes ganz leicht, da bin ich zuversichtlich.

(*Tim Golke DIE LINKE:* Die müssen nur Türen aufmachen!)

Drittens: Wir haben es ermöglicht, dass dadurch, dass die Schule mit im Boot ist, wirklich niemand mehr verloren geht, denn die Schüler sind alle im zentralen Schülerregister erfasst. Und wenn Sie jetzt fragen, wie der Pudding schmeckt und was dabei herausgekommen ist, Frau von Berg, dann haben Sie offensichtlich einen wichtigen Punkt übersehen. 1000 junge Menschen sind jedes Jahr – ich weiß nicht, wie lange, seit den Siebzigerjahren, in denen die Arbeitslosigkeit begann – nach der Schule durch das Raster gefallen. Niemand – in Worten, niemand – hat sich um sie gekümmert, nicht die Arbeitsagentur, nicht die Jobcenter und nicht die Berufsschulen. Es gab hier gar nichts, die jungen Leute waren plötzlich verschwunden, obwohl sie da waren, aber es kümmerte sich niemand um sie. Und das, Frau von Berg, haben wir geändert. Wir haben in diesem Jahr lückenlos jeden erreicht, sogar jeden zu Hause aufgesucht und auch für jeden ein Angebot gemacht. Das sollten wir nicht kleinreden, das ist ein großartiger Erfolg, der so groß ist, dass wir sogar von der Fraktion DIE LINKE in Berlin besucht werden. Und ich glaube, die haben es zu Recht getan, denn das gibt es in keinem anderen Bundesland, dass keiner durchs Raster fällt. Das sollte man bei uns einmal als Erfolg festhalten.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt ist natürlich die Frage, wie es weitergeht. Ich darf darauf hinweisen, dass wir diese Jugendberufsagentur als Herzstück des Übergangs haben, aber dass noch viele andere Dinge dazu zählen wie die entsprechenden Angebote für junge Menschen in der Schule, um sich auf den Beruf vorzubereiten, und die von uns gemeinsam auf den Weg gebrachten Angebote der dualen Arbeitsvorbereitung und der Berufsqualifizierung. Hier ist es so, dass junge Menschen auch dann in den Berufsschulen landen, wenn sie keinen Ausbildungsplatz bekommen haben. Wir nehmen es nämlich ernst damit, ihnen ein Angebot zu machen.

Es gibt hier eine Maßnahme, nämlich Av-Dual, die wir gemeinsam beschlossen haben, übrigens einstimmig, und die die Ziele offensichtlich wesentlich besser erreicht als die Vorgängermaßnahmen. Dadurch nämlich, dass die jungen Menschen zur Schule gehen und gleichzeitig zwei bis drei Tage in der Woche im Betrieb ein Praktikum machen, bekommen sie den Kontakt zur Arbeitswelt, den sie dringend brauchen, um den Übergang zu schaffen,

(Senator Ties Rabe)

und hier sind die Übergangsquoten hervorragend. Mit über 40 Prozent haben wir die Übergangsquote verdreifacht bei diesen Maßnahmen, und ich glaube, diese von uns gemeinsam auf den Weg gebrachten Erfolge sollten wir nicht kleinreden, denn die bisherigen Übergangsmaßnahmen haben manchmal weniger als 10 Prozent der Übergänge ermöglicht.

Insofern sage ich ganz offen: Wir haben uns auf den Weg gemacht. Das, was wir hier unter einem Dach eingerichtet haben, ist bundesweit maßstabsetzend, und deswegen werden wir natürlich aus allen Orten dazu befragt, auch jetzt wieder am Wochenende. Wenn Sie die Fernsehprogramme aus Berlin empfangen können, dann haben Sie gesehen, dass ich dort die Jugendberufsagentur erklären soll, worauf ich mich sehr freue. Dieser große Zuspruch zeigt noch einmal, wie wichtig es war, dafür zu sorgen, dass junge Menschen nicht mehr alleingelassen werden und nicht mehr durchs Raster fallen. Das hat die Jugendberufsagentur jetzt gewährleistet, und diesen Erfolg sollten wir nicht kleinreden. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus der Drucksache 20/12733 Kenntnis genommen hat.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 11, Drucksache 20/12864, eine Senatsmitteilung: Verwaltungsabkommen zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein zum finanziellen Ausgleich von Mehrbelastungen durch die Belegung der Frauenhäuser mit ortsfremden Frauen und Kindern des jeweils anderen Bundeslandes und zur Beteiligung Schleswig-Holsteins an einer durch Hamburg zu errichtenden Koordinierungs- und Servicestelle für die Frauenhäuser.

[Senatsmitteilung:
Verwaltungsabkommen zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein zum finanziellen Ausgleich von Mehrbelastungen durch die Belegung der Frauenhäuser mit ortsfremden Frauen und Kindern des jeweils anderen Bundeslandes und zur Beteiligung Schleswig-Holsteins an einer durch Hamburg zu errichtenden Koordinierungs-/Servicestelle für die Frauenhäuser
– Drs 20/12864 –]

Wer wünscht dazu das Wort? – Frau Kammeyer.

Annkathrin Kammeyer SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte gerade die CDU loben, weil sie eben fast vollständig hier saß, und habe mich gefreut, dass Sie so zahlreich an der Debatte teilnehmen. Aber leider sind die Reihen schon ein bisschen gelichtet.

(*Dr. Roland Heintze CDU:* Auch in Ihrer eigenen Fraktion!)

– Auch in meiner eigenen Fraktion, das stimmt.

Aber ich möchte trotzdem zu diesem Thema reden, weil ich das Thema sehr wichtig finde, und deswegen fange ich jetzt einfach an.

(Beifall bei der SPD)

Die Hamburger SPD hilft Frauen in Not – zuverlässig, effizient und unbürokratisch. Mit dem Verwaltungsabkommen zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg und der Schaffung der Koordinierungs- und Servicestelle für Frauenhäuser machen wir einen weiteren Schritt, um Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind, bestmöglich zu helfen. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat schon zu Beginn der Legislaturperiode in einem Antrag gefordert, dass Hamburg an einer bundesweit vorbildlichen Zuwendungsfinanzierung festhält, denn nur sie garantiert einen niedrigschwelligen und diskriminierungsfreien Zugang für Frauen, die Opfer von Gewalt wurden, und erfüllt als einzige Finanzierungsmethode die Voraussetzungen der UN-Frauenrechtskonvention.

Im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern erhält in Hamburg eine Frau, der Gewalt angetan wurde, sofort Hilfe und Schutz vor weiteren Übergriffen, ohne im Vorhinein zu ihrer finanziellen Situation Auskunft geben zu müssen. Dass Hamburg weiterhin im Interesse der betroffenen Frauen diesen unbürokratischen Weg geht, begrüßen wir als SPD-Fraktion sehr.

(Beifall bei der SPD)

Darüber hinaus ist es uns ein besonderes Anliegen, dass die Stärkung der Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein im Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen einen großen Stellenwert innehat. Das von Senator Scheele und Ministerin Alheit am 3. September unterzeichnete Verwaltungsabkommen zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein ist ein wichtiger Schritt im Rahmen dieser Zusammenarbeit.

(Beifall bei der SPD)

Der Anlass dieses Abkommens ist der beidseitige Wunsch nach einer fairen Ausgleichsregelung für die wechselseitige Fremdbelegung von Frauenhausplätzen aus Hamburg und Schleswig-Holstein. Jedes Jahr verbringen Hamburger Frauen 13 500 Belegungstage in Schleswig-Holsteins Frauenhäusern, umgekehrt sind es nur etwa 8500.

(Annkathrin Kammeyer)

Besonders die Frauenhäuser in der Metropolregion Hamburg wie Wedel und Norderstedt werden häufig von Hamburgerinnen in Anspruch genommen. Die Differenz von etwa 5000 Belegungstagen gleicht das Land Hamburg nun mit einer Zahlung von etwas mehr als 25 Euro pro Belegungstag, also insgesamt jährlich circa 130 000 Euro, aus. Es ist sehr begrüßenswert, dass mit Schleswig-Holstein eine unkomplizierte Pauschallösung zugunsten der betroffenen Frauen gefunden wurde. Hamburg verzichtet auf den Bundesanteil im Kostenerstattungsverfahren, und im Gegenzug beteiligt sich Schleswig-Holstein inhaltlich und finanziell mit zunächst 30 000 Euro jährlich am Aufbau einer gemeinsamen Koordinierungsstelle für die Frauenhäuser beider Bundesländer in Hamburg.

(Beifall bei der SPD)

Diese ist in dreierlei Hinsicht ein großer Gewinn. Zum einen kann in Zukunft eine bedarfsgerechtere Vermittlung im Sinne der Frauen koordiniert werden. Da die Frauenhäuser in Schleswig-Holstein unterschiedlich stark ausgelastet sind, werden Frauen so leichter einen passenden und sicheren Platz für sich und ihre Kinder finden können. Zum anderen wird die Koordinierungsstelle dazu beitragen, den Übergang vom Frauenhaus in eigenen Wohnraum zu beschleunigen. Die durchschnittliche Verweildauer in Hamburger Frauenhäusern ist fast doppelt so lang wie in Schleswig-Holstein. Das liegt nicht zuletzt an der angespannten Wohnungssituation in Hamburg. Die hohe durchschnittliche Verweildauer darf aber auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass weit über die Hälfte der untergebrachten Frauen nach weniger als einem Monat das Frauenhaus wieder verlassen kann. Unter 10 Prozent der untergebrachten Frauen müssen länger als sechs Monate bleiben. Das hat eine Schriftliche Kleine Anfrage der Kollegin Dr. von Berg ergeben.

Unser gemeinsames Ziel ist es, die Verweildauer deutlich zu verkürzen und den Frauen schnellstmöglich den Wiedereinstieg in ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Daher hat der SPD-Senat im Rahmen des Landesaktionsplans gegen Gewalt an Frauen die Lawaetz-Stiftung damit beauftragt, Frauen in Frauenhäusern bei der Wohnungssuche zu unterstützen. Die Koordinierungsstelle ist ein weiterer wichtiger Schritt auf diesem Gebiet. Nicht zuletzt kann durch die neu gewonnenen, selbstverständlich anonym erhobenen Zahlen der Service- und Koordinierungsstelle zukünftig eine verlässliche Datenlage zur Berechnung der weiteren Ausgleichszahlung ermittelt und so eine regelmäßige Evaluierung und Anpassung der Zahlung zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein gewährleistet werden. In diesem Zusammenhang sollte auch die Opposition jenseits von diffamierender Rhetorik in Pressemitteilungen anerkennen, dass die Koordinierungsstelle einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen leisten wird.

(Beifall bei der SPD)

An der Ausgestaltung der Servicestelle werden die Frauenhäuser außerdem maßgeblich beteiligt sein.

Abschließend bedanke ich mich im Namen der SPD-Fraktion beim Hamburger Senat für diese unbürokratische Lösung im Sinne der Frauen und bei der schleswig-holsteinischen rot-grünen Landesregierung insbesondere dafür

(*Tim Golke DIE LINKE:* Sie haben den SSW vergessen! – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Die schleswig-holsteinische Minderheit!)

– der SSW gehört auch dazu, ich bitte um Entschuldigung –, dass sie die unverantwortlichen Pläne der schwarz-gelben Vorgängerregierung zur Schließung von Frauenhäusern auf Eis gelegt hat und weiterhin den Schutz von Frauen in Schleswig-Holstein flächendeckend garantiert.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gewalt an Frauen und Kindern hört nicht an Ländergrenzen auf, unser Engagement dagegen auch nicht. Die Kooperation im Norden funktioniert solidarisch und zugunsten der betroffenen Frauen in beiden Bundesländern. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau Wolff von der CDU-Fraktion.

Katharina Wolff CDU:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gewalt kennt tatsächlich keine Landesgrenzen, wie es in der Präambel der Verwaltungsvereinbarung heißt, und deswegen begrüßen wir ebenfalls das vorliegende Verwaltungsabkommen zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg. Wir haben jetzt schon vieles von Frau Kammeyer gehört, was ich sehr unterstützen kann, daher will ich es kurz machen. Ich dachte eigentlich, dass sich alle Parteien in diesem Hause einig seien – DIE LINKE nicht, wie ich heute gelernt habe. Die Plätze für hilfesuchende Frauen, egal ob aus Schleswig-Holstein oder Hamburg, müssen auch in Zukunft in ausreichender Zahl in den Frauenhäusern vorhanden sein, und deswegen ersuchen wir den Senat, dieses Abkommen regelmäßig zu kontrollieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun erhält Dr. Stefanie von Berg von der GRÜNEN Fraktion das Wort.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Grundsätzlich ist so ein

(Dr. Stefanie von Berg)

Verwaltungsabkommen durchaus sinnvoll und auch zu begrüßen, aber in diesem konkreten Fall und in der derzeitigen Lage ist es aus Sicht der GRÜNEN Fraktion ein Trostpflaster, eine Nebelkerze und eine teure Bürokratisierung und Verwaltung des Themas Gewalt an Frauen, denn die eigentlichen Probleme, die die Frauenhäuser haben, sind zum Beispiel ein wirklich unverantwortlicher Betreuungsschlüssel von 1:8,25 in Hamburg und nicht von 1:4, wie es eigentlich sein sollte und wie alle Empfehlungen lauten. Es ist eine hohe Arbeitsbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – vor allem der Mitarbeiterinnen, es sind in der Regel nur Frauen – aufgrund dieses unzumutbaren Betreuungsschlüssels. Es sind zu wenige Frauenhausplätze in Hamburg in unserer wachsenden Metropole. Es sind zu wenige Wohnungen im Anschluss an den Frauenhausaufenthalt, sodass die Verweildauer tatsächlich viel zu lang ist. Es ist ein unzureichendes Notaufnahmeverfahren und auch eine unzureichende nachsorgende Betreuung. Es handelt sich hier immerhin um eine Kriseneinrichtung, und es müsste alles getan werden, um die wirklich drängenden Probleme dort zu beheben und nicht noch ein weiteres bürokratisiertes Verfahren einzuführen.

Ich möchte Ihnen gerne noch einmal die Stellungnahme der Autonomen Frauenhäuser vorlesen, und das sollte uns allen hier zu denken geben, bevor wir dieses Verwaltungsabkommen bejubeln. Die Frauenhäuser schreiben:

> "Verbesserungsvorschläge wie die weitere Standardisierung des Aufnahmeverfahrens oder die Ausweitung von Gruppenangeboten erscheinen den Mitarbeiterinnen der Frauenhäuser angesichts dieser Misere wie ein Hohn."

Mit diesen Worten möchte ich gerne schließen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau Kaesbach von der FDP-Fraktion.

Martina Kaesbach FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bisher wurde die Belegung der Frauenhäuser durch Frauenhausmitarbeiter beziehungsweise die Notstelle selbst vorgenommen. Man kann konstatieren, dass die Frauenhausmitarbeiter die Hamburger Frauen bisher erfolgreich von Hamburg nach Schleswig-Holstein und umgekehrt vermittelt haben. Dabei haben die Frauenhäuser immer auf die individuellen Bedürfnisse der Frauen geachtet. Es wurde dabei in erster Linie die Frage berücksichtigt, ob die jeweils betroffene Frau in der Stadt, an der Grenze zu den benachbarten Bundesländern oder in einem weit entfernten Haus Obdach erhält. Das war unbürokratisch und meistens sehr effektiv. Sicher spielte das Ziel, eine möglichst große Auslastung der Frauenhäuser zu erwirken, dabei nicht die größte Rolle.

Der Senat zahlt nun 180 000 Euro an Schleswig-Holstein als Kompensation für die hohe Belegungszahl der schleswig-holsteinischen Frauenhäuser durch Hamburger Frauen. Der Senat erklärt, Hamburgs Ziel sei es, das Aufnahmeverfahren in den Hamburger Frauenhäusern zu verbessern. Den Begriff Verbesserung kann man natürlich so und so auslegen. Verbesserung bedeutet hier für den Senat sicher mehr Kontrolle, mehr Steuerung und mehr Auslastung der Hamburger Frauenhäuser durch Hamburger Frauen. Dies ist so gesehen auch erst einmal nicht verwerflich, da es vor allem auf die Entlastung des Steuerzahlers abstellt. Wichtig ist nur, dass diese Steuerung nicht zulasten der betroffenen Frauen geht, das heißt, ihnen zukünftig nicht mehr der optimale Schutz gewährleistet wird. Der Senat sollte dafür Sorge tragen, dass durch die Koordinierungsstelle wie vorher durch die Notaufnahme der Frauenhäuser bei der Auswahl des Hauses weiterhin die individuellen Bedarfe der betroffenen Frauen intensive Berücksichtigung finden. Das heißt, die Frauen sollten im besten Falle mitentscheiden, ob sie in der Nähe der schulischen Einrichtung der Kinder oder der eigenen Arbeitsstelle bleiben oder sich ganz abkoppeln möchten – beziehungsweise müssen sie dies oftmals auch. Gleichzeitig muss verhindert werden, dass mit der Koordinierungsstelle mehr Bürokratie auf den Weg gebracht wird.

Meine Damen und Herren! Das Erfordernis der Schaffung der Koordinierungsstelle stellt sich für meine Fraktion noch nicht wirklich dar, denn die Kosten, die für die Belegung der schleswig-holsteinischen Frauenhäuser durch Hamburger Frauen entstehen, müssen ohnehin erstattet werden. Dafür gibt es einerseits mit Paragraf 36a SGB II eine gesetzliche Grundlage, auf die der Senat selbst verweist. Andererseits hätte für die Frauen, die keine Sozialleistungen beziehen, auch eine einfache Kostenerstattungsregelung, losgelöst von der Einrichtung einer Koordinierungsstelle, ausgereicht, denn das zentrale Problem der Frauen, die in Frauenhäusern Schutz suchen, ist nicht die Verteilung auf Hamburg und Schleswig-Holstein, sondern es ist die Rückkehr in selbstbestimmte Wohn- und Lebensverhältnisse. Dieses scheitert häufig am Wohnungsmarkt. Das wird auch eine Koordinierungsstelle, die sich um das Übergangsmanagement kümmern möchte, nicht ändern. Hier liegt vielmehr das größere Versäumnis des Senats. Der soziale Wohnungsbau geht nur schleppend voran und befriedigt nicht die Bedürfnisse der Hamburgerinnen und Hamburger. Anstatt also eine redundante Koordinierungsstelle zu schaffen, sollten Sie, Herr Senator Scheele, lieber den Frauenhäusern in Hamburg unter die Arme greifen und

(Martina Kaesbach)

Sie, Frau Senatorin Blankau, den sozialen Wohnungsbau ankurbeln. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun bekommt Frau Artus von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

Kersten Artus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Es klingt so schön: Eine Koordinationsstelle zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein soll künftig eine problemlosere Unterbringung von misshandelten Frauen und ihren Kindern in den Frauenhäusern beider Bundesländer ermöglichen. Dafür haben die Landesregierungen einen Geldtransfer vereinbart. 130 00 Euro zahlt Hamburg an Schleswig-Holstein und 30 000 Euro zahlt Schleswig-Holstein an Hamburg.

Schauen wir einmal genauer hin und über die Stadtgrenzen hinaus. Was sehen wir? Völlig überlastete Frauenhäuser in Kiel, Wedel, Neumünster, Elmshorn oder auch Lübeck. Jetzt hilft der scharfe Blick. Das Problem ist nicht, dass Hamburger Frauen und ihre Kinder dort Schutz suchen. Birgit Pfennig**,** Sprecherin der Autonomen Frauenhäuser in Schleswig-Holstein, sieht die Probleme ganz woanders. Sie sagte in der "Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung" im Juni dieses Jahres, dass sich die Lage in den letzten Jahren sehr verschärft habe, weil es einen massiven Rückgang an sozialem Wohnungsbau gegeben habe. Außerdem entspreche der von den Jobcentern gezahlte Mietsatz für Hartz-IV-Empfängerinnen nicht dem durchschnittlichen Mietenspiegel. Die Autonomen Frauenhäuser in Schleswig-Holstein könnten viel mehr Frauen aufnehmen und Frauen könnten schneller in eigene Wohnungen kommen, wenn es mehr bezahlbaren Wohnraum gäbe.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Die Lage verschärfe sich aber auch dadurch, dass viele Gewaltopfer zunächst keine Arbeit hätten und von Hartz IV abhängig seien. Das sei bei vielen Vermietern ein Ausschlusskriterium ebenso wie Schulden, Migrationshintergrund, ein ungeklärter Aufenthaltsstatus oder mehrere Kinder. Kein Wort, verehrte Abgeordnete, wird in Schleswig-Holstein über Hamburger Frauen verloren, die in den Frauenhäusern unseres Nachbarlandes Schutz suchen müssen.

Zurück nach Hamburg. Hier ist die Situation exakt die gleiche: Mangel an günstigem Wohnraum und überbelegte Frauenhäuser. Die SPD in Hamburg hat vier Jahre lang Zeit gehabt, ausreichend sozialen Wohnungsbau zu initiieren. Sie hat vier Jahre Zeit gehabt, sich über Lösungen für die chronische Überbelegung der Frauenhäuser Gedanken zu machen und geeignete Maßnahmen zu initiieren. Sie hat diese Zeit nicht genutzt. Sie haben sogar den Vorschlag der Autonomen Frauenhäuser abgewiegelt, ein Kontingent von nur 55 Wohnungen jährlich zur Verfügung zu stellen, um Bewohnerinnen aus den Frauenhäusern, die von der Ausstattung her Noteinrichtungen und keine Daueraufenthaltseinrichtungen sind, schnell eigene schützende vier Wände zu vermitteln.

Ihre neue Koordinierungsstelle wird das auch nicht lösen, denn sie wurde außerdem aus zwei ganz anderen Gründen initiiert. Zum einen ist sie das Ergebnis einer Rechenakrobatik, die von den Experten des SGB II ausgetüftelt wurde. Es ist den Hartz-IV-Empfängerinnen geschuldet, die in Frauenhäusern Schutz suchen müssen. Es geht um Tagessätze, Ausgleichspauschalen, Kosten der Unterkunft und die Verringerung von Bürokratie, die durch Rückforderungen vom Bund entsteht. Der andere Grund ist, dass der Haushalt Schleswig-Holsteins durch diese 100 000 Euro ein bisschen gestopft wird. Die Frauenhäuser in Schleswig-Holstein haben nämlich gar nichts davon. Der frauenpolitische Sprecher der Piraten-Fraktion in Schleswig-Holstein, Wolfgang Dudda, so viel Fairness muss hier sein, sagte es ganz treffend in seiner Presseerklärung – ich zitiere –:

> "Leider wird nicht die komplette Summe in eine Erhöhung der Platzpauschale investiert, sondern nur die Kürzungen aus schwarz-gelben Zeiten kompensiert. […] Dass nun ein Teil des Geldes in einem Topf für zukünftige Investitionen in diesen Bereich angespart werden soll, klingt zunächst vernünftig, geht aber zu Lasten des laufenden Betriebs der Einrichtungen."

Man kann diese Ziele wollen, aber man muss sich dann nicht damit brüsten, etwas für den Opferschutz getan zu haben. Die Verwaltungsstelle bewirkt diesbezüglich gar nichts, denn die Ursachen für die überfüllten Frauenhäuser liegen zum einen in den weiterhin hohen Gewaltvorkommen im sozialen Nahbereich und zum anderen im Mangel an sozialem Wohnraum, in rassistischen Ressentiments von Vermietern und in der Armutsfalle, die das Sozialgesetzbuch II diktiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich befürchte sogar, dass die Verwaltungsstelle Schaden anrichten könnte, weil sie den Autonomen Frauenhäusern ihren selbstverwaltenden Charakter nimmt. Was daran diffamierend sein soll, Kollegin Kammeyer, müssen Sie mir noch einmal erklären. Ich stehe damit nämlich nicht alleine, wie Sie selbst auch wissen. Ihre neue Stelle ist für einen wirkungsvollen Opferschutz nicht nötig, und wir lehnen sie daher ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Senator Scheele.

(Glocke)

Meine Damen und Herren! Ich bitte um mehr Aufmerksamkeit. Das gilt auch für die Gespräche der Geschäftsführer und Geschäftsführerinnen. Danke schön.

Herr Senator Scheele, Sie haben das Wort.

Senator Detlef Scheele: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sie werden mir nachsehen, dass ich das ein bisschen anders sehe. Es ist so: Hamburg hat fünf Frauenhäuser mit 194 Plätzen. Die Frauenhäuser sind voll, da will ich gar nicht drum herumreden. Mal ist auch eines überbelegt, aber dann ist an anderer Stelle Platz. Aus unserer Sicht ist es so, dass die Kapazitäten der Frauenhäuser ausreichen, auch wenn einige Frauen in Schleswig-Holstein Schutz suchen müssen. Aber das liegt nicht immer daran, dass hier kein Platz ist, sondern das kann auch daran liegen, dass man wegen des Bedrohungspotenzials des Herkunftssystems über die Landesgrenze weg muss. Es gibt vielerlei Gründe, das Bundesland Hamburg zu verlassen, und das ist wahrlich nicht immer die Enge der eigenen Unterkunft in einem Frauenhaus. Da bitte ich ein bisschen differenzierter hinzuschauen.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Einen Moment bitte, Herr Scheele, entschuldigen Sie.

Ich appelliere noch einmal an die diversen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer, doch vielleicht draußen ihre Geschäfte zu klären.

Herr Senator Scheele, Sie haben das Wort.

Senator Detlef Scheele (fortfahrend): Die Bürgerschaft hat zu viele Funktionäre.

Die durchschnittliche Verweildauer beträgt zurzeit 82 Tage. Das ist nicht wenig, aber die Dramatik ist, das wurde in der Schriftlichen Kleinen Anfrage beantwortet, auch nicht so groß, wie man denken könnte, wenn man die Lage am Wohnungsmarkt sieht. Es gelingt, Frauen aus den Frauenhäusern herauszubekommen und in Wohnraum zu integrieren, und es gelingt zunehmend besser, sie in Arbeit zu bringen. Die Hälfte aller Frauen verlässt die Frauenhäuser nach fünf Tagen. Das ist eine bemerkenswerte Zahl, die ich so nicht vermutet hätte. Es ist nicht alles Gold, was glänzt, aber das ganze Tätigkeitsfeld ist nicht Gold, es ist nämlich ein ziemlich furchtbares. Insofern ist das, was wir da vorfinden, unter den gegebenen Bedingungen relativ ordentlich und gut.

Der Senat und die Bürgerschaftsfraktion stützen die Frauenhäuser. Wir als Behörde haben mit den Autonomen Frauenhäusern und dem diakonischen Frauenhaus hoch einvernehmlich gemeinsam mit der Universität einen Qualitätsentwicklungsprozess durchgeführt, weil die Autonomen Frauenhäuser – es sei dahingestellt, ob zu Recht oder nicht – sehr auf ihre Autonomie pochen und wir Verbesserungen im Management haben wollen, denn es ist nicht so, dass die Belegung besonders reibungslos zugunsten der hilfesuchenden Frauen verläuft. Manchmal muss man umbelegen, hat aber keinen Überblick, wo freie Plätze sind. Es ist legitim zu wünschen, dass man weiß, wo freie Plätze sind. Das hilft auch den Frauen, und darum geht es bei diesen Fragen.

Wir versuchen gemeinsam mit der Fraktion, ein Hamburger Frauenhaus so zu sanieren, dass es faktisch neu wird. Wir haben dazu 1,3 Millionen Euro hier beschlossen.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Geht die Fraktion da arbeiten oder was heißt das?)

– Nein, die Fraktion arbeitet da nicht. Da sind ausgezeichnet arbeitende Frauen beschäftigt.

Wir haben hier gemeinsam beschlossen, das Haus zu sanieren, aber zurzeit gibt es dort Anwohnerproteste. Nun hören Sie doch einmal zu und machen Sie sich nicht lustig.

(Zuruf von *Christiane Schneider DIE LINKE*)

– Ach, Sie können so viel auf einmal, das habe ich nicht geahnt.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Das können Frauen, aber Männer nicht!)

– Genau, darauf wollte ich hinaus.

Wir versuchen, durch einen Anbau einen faktischen Neubau auf diesem großen Einfamilienhausgrundstück hinzubekommen, weil dieses Frauenhaus, ich habe es hier schon mehrfach gesagt, in der Tat unzumutbar ist, was die sozialen und hygienischen Bedingungen darin angeht. Wir haben es mit Anwohnerprotesten zu tun, die diesen Baukörper in der hinteren Baureihe nicht haben wollen. Dann habe ich meinen Briefbogen genommen und gesagt: Diese Wohnungseigentümergemeinschaft versuche ich einmal zu erschrecken und lade sie ein als Senator. Dann haben die Mitarbeiterinnen des Autonomen Frauenhauses, ich als Senator und Herr Ritzenhoff als Bezirksamtsleiter mit dem Vorstand der Wohnungseigentümergemeinschaft geredet und geklärt, wie wir uns denn einigen können, damit da ein Neubau hinkommt.

(Beifall bei der SPD)

Die waren ein bisschen verblüfft. Es war noch nie ein Senator da, der sich um so etwas gekümmert hat, und das ist jetzt anders gewesen. Wir sind inzwischen so weit, dass es offensichtlich keine Kla-

(Senator Detlef Scheele)

gen gibt, denn wir haben nachher im Garten gestanden und dann schon sehr operativ über die Baumbepflanzung am Rande gesprochen, wie dies wohl gehen könnte. Darauf können SPD-Fraktion und Senat gemeinschaftlich stolz sein, dass es uns möglicherweise gelingt, an dieser Stelle in der Stadt durch persönlichen Einsatz Bürgerproteste so zu kanalisieren, dass es hilfebedürftigen Frauen zugutekommt.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen mit diesem Verwaltungsabkommen zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein Bürokratie abbauen. Beide Länder verfügen gemeinsam mit Berlin über das beste Finanzierungssystem, das es in Deutschland gibt. Wir finanzieren zuwendungsfinanziert und holen uns im Hintergrund gemäß dem von Frau Kaesbach zitierten Paragrafen 36 das Geld aus der abgebenden Kommune wieder. Davon merkt niemand etwas. Wenn wir das aber alles im Einzelfall machen sollen, dann schaffen wir Tausende von Abrechnungsfällen. Diese 100 000-Euro-Pauschale lässt diese Abrechnungsfälle verschwinden, wir haben also einen Bürokratieabbau. Lassen Sie sich hier nichts in die Augen streuen.

(Beifall bei der SPD)

Dass wir hier zusammenrücken, stärkt – das will ich als Letztes sagen – die Anziehungskraft unserer zuwendungsfinanzierten Systeme gegenüber anderen Bundesländern, und wir würden uns sehr wohl wünschen, dass auch andere Länder nicht nach Tagessätzen im SGB II, sondern über Zuwendungen abrechnen und sich im Hintergrund durch das Büro die Mittel aus der abgebenden Kommune wiederholen, ohne dass es jemand sieht. Dieses System ist vernünftig, denn völlig unabhängig von der Herkunft der Frauen und ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage können sie unbürokratisch und schnell zu jeder Tages- und Nachtzeit aufgenommen werden. Das gibt es nur in Hamburg, Schleswig-Holstein und Berlin, und das zu stärken, dem dient dieses Verwaltungsabkommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Meine Damen und Herren! Nun sehe ich keine weiteren Wortmeldungen mehr und stelle fest, dass die Bürgerschaft, wenn auch unter relativ viel Gemurmel, von der Senatsmitteilung aus Drucksache 20/12864 Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 19 und 21, zwei Berichten des Haushaltsausschusses, die gemeinsam debattiert werden. Es handelt sich um die Drucksachen 20/12916 und 20/12939, Bericht des Haushaltsausschusses zur Modernisierung der Universität Hamburg am Campus Bundesstraße, Neubau am Geomatikum, und zum Neubau für das Center for Hybrid Nanostructures der Universität Hamburg.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/11997:
Modernisierung der Universität Hamburg am Campus Bundesstraße Neubau am Geomatikum (Senatsantrag)
– Drs 20/12916 –]

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/11995:
Neubau für das Center for Hybrid Nanostructures der Universität Hamburg (CHYN) (Senatsantrag)
– Drs 20/12939 –]

Wird dazu das Wort gewünscht? – Herr Kühn von der SPD-Fraktion, Sie haben es.

Philipp-Sebastian Kühn SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte meine Rede heute einmal ungewöhnlich beginnen, nämlich mit einem Dank, und dieser Dank richtet sich explizit an die GRÜNE Fraktion, namentlich an Frau Dr. Gümbel, weil Sie diesen beiden Drucksachen zugestimmt haben. Zwei Drucksachen von solch finanzieller, aber auch solch inhaltlicher Dimension sollten nicht nur durch die Regierungsfraktion getragen werden, sondern eben auch, wie in diesem Fall geschehen, durch eine Oppositionsfraktion. Das ist ein wichtiges Signal, und dafür möchte ich mich herzlich bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Mit den beiden Drucksachen, die wir heute quasi zur finalen Abstimmung in der Hamburgischen Bürgerschaft haben, beschreiben wir zwei Bauvorhaben, die eine große Bedeutung für den Forschungs- und Wissenschaftsstandort Hamburg haben. Ich will es einmal aufteilen und beginne mit dem ersten Neubau, den wir im Bereich des Campus Bundesstraße entwickeln wollen. Das Haushaltsvolumen beträgt knapp 177 Millionen Euro, um einen neuen Ort für Speziallabore, Seminarräume und Büros auf 22 000 Quadratmetern Nutzfläche zu schaffen. Hier sollen vor allem die Geowissenschaften und die Klimaforschung ein neues Zuhause bekommen. Das ist ein wichtiges Signal und unterstreicht vor allem auch die Forschungsschwerpunkte, die sich in den vergangenen Jahren entwickelt haben. Wichtig ist an dieser Stelle hinzuzufügen, dass es sich bei diesem Neubauvorhaben an der Bundesstraße nicht um ein einzelnes Projekt handelt, sondern es bildet den Auftakt für eine Reihe weiterer Investitionen. Ich will hier das bereits in Planung befindliche MIN-Forum hervorheben, in dem beispielsweise Platz für die Informa-

(Philipp-Sebastian Kühn)

tik geschaffen werden soll, die dann endlich aus Schnelsen Richtung Zentralcampus ziehen kann – auch dies ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der MIN-Fakultät. Nicht zuletzt, auch das ist bereits in Erarbeitung seitens des Senats, geht es um die Sanierung des Geomatikums, eines, wie wir alle feststellen können, in die Jahre gekommenen Gebäudes, das eine Sanierung dringend benötigt. Das ist der erste Teil, den wir heute im Plenum besprechen und dann hoffentlich – dafür möchte ich an dieser Stelle noch einmal werben – beschließen werden.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite und mit knapp 61 Millionen Euro sehr wohl kleinere Teil ist der Neubau für das CHYN. Da ist es wichtig, einmal festzuhalten, dass man das CHYN im Zusammenhang mit dem CSSB sehen muss, dem Zentrum für strukturelle Systembiologie, das wir hier schon ein paarmal besprochen haben, und eben auch mit dem neuen Max-Planck-Institut, das sich quasi in Gründung und Aufbau befindet, denn auch das CHYN wird einen Schwerpunkt darauf legen, neue Forschungsansätze zu Strukturen in Teilchen, sogenannte Nanostrukturen, zu entwickeln und damit neue Anwendungen in Biologie und Medizin zu erschließen.

Jetzt klingt das alles ziemlich sperrig. Erlauben Sie mir daher bitte einen kleinen Sprung zum CSSB. Bei der Grundsteinlegung vor einigen Wochen hat ein Professor, der aus Wien nach Hamburg gekommen ist, jetzt am UKE forscht und künftig am CSSB forschen wird, in einem Vortrag kurz beschrieben, worum es im Kern geht. Dieser Professor, ich will es hier gern kurz erzählen, forscht an Salmonellen, und Salmonellenbakterien haben eine große Besonderheit: Sie haben in ihrer Membran ein Organ – das ist vielleicht der falsche Begriff –, aber sie haben ein Funktionsteil, das aussieht wie eine Injektionsspritze und auch genauso funktioniert. Das Salmonellenbakterium dockt sozusagen an der menschlichen Zelle an, injiziert seine Giftstoffe und programmiert damit die menschliche Zelle um. Jetzt geht es darum, unter Zuhilfenahme von Hochleistungslichtquellen, also Laserquellen, zu schauen, wie das genau passiert, zum einen, das ist das Naheliegendste, um ein Mittel gegen Salmonellen zu entwickeln, aber die viel spannendere Frage ist doch – und das sprengt auch unsere Vorstellungskraft nicht –, wie wir es künftig schaffen könnten, ein Medikament direkt in eine körpereigene Zelle zu injizieren, also diesen Mechanismus zu kopieren, den Salmonellenbakterien nutzen. Es ist uns allen klar, welche neuen Forschungs- und Anwendungsbereiche sich uns da eröffnen, wenn wir das medizinisch anwenden könnten. Ich finde es toll und bin stolz, dass wir in Hamburg einen solchen Beitrag leisten können. Wir gehen dort wirklich weltweit mit an die Forschungsspitze, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle muss aber auch noch etwas zu dem Finanzierungsmodell gesagt werden, weil ich weiß, dass vor allem CDU und FDP gleich sehr kritisch an diesen Punkt herangehen werden. Das Mieter-Vermieter-Modell, zu dem wir uns entschieden haben, ist eine Neuerung für die Stadt, und ich möchte noch einmal herausstellen, was aus Sicht der SPD-Fraktion die großen Vorteile auch für uns Parlamentarier in diesem Bereich sind. Wenn man die Drucksachen genau liest, dann wird man feststellen, dass im Vergleich zu anderen Drucksachen zu Bauvorhaben, gerade auch in der Vergangenheit, eine größere Transparenz über die realen Kosten hergestellt wurde. Das Bemühen war, eine Kostenaufstellung zu produzieren, die aus meiner Sicht wirklich den Anspruch hat, eine gewisse Verlässlichkeit darzustellen.

Wie ist uns das gelungen? Im Mieter-Vermieter-Modell ist es so, dass die Stadt mit einer städtischen Gesellschaft eine KG gründet und diese KG quasi Bauherr ist und später auch Vermieter an die Hochschulen. Diese KG übernimmt gewisse Kostenrisiken, auch Kostensteigerungsrisiken. Die KG war natürlich an den Verhandlungen beteiligt, da sie letzten Endes ein Projekt übernimmt, für das sie auch Risiken trägt, und das hat dazu geführt, dass die Verhandlungen sehr gründlich waren. Und gerade beim Beispiel des CHYN haben wir, obwohl es sich um einen sehr komplizierten Forschungsbau handelt, wo es auch darum geht, Schwingungen zu vermeiden, eine sehr verlässliche Kostenplanung und mit der privaten KG eben auch einen Projektausführer, der gewisse Risiken für die Stadt übernimmt.

Frau Dr. Gümbel, Sie haben in der Ausschusssitzung einen weiteren Punkt angesprochen, und ich finde es auch nicht falsch, ihn hier anzuführen: Ein wichtiges Argument für das Mieter-Vermieter-Modell ist natürlich auch, dass wir angesichts der Schuldenbremse solche Investitionen im Haushalt der Stadt kaum anders darstellen könnten. Das ist ein wichtiger Punkt und ich finde es auch nicht falsch, dies neben all den Punkten, die ich eben angesprochen habe, ehrlich zu sagen. Das Mieter-Vermieter-Modell schafft uns hier natürlich Perspektiven, und der Senat hat angekündigt, dieses Modell auch mit weiteren Projekten fortzuführen.

(Beifall bei der SPD)

Damit will ich auch zum Schluss kommen, denn der Senat hat in der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses bereits weitere Projekte angekündigt. Wir reden jetzt über diese beiden Projekte, aber wir haben in dieser Legislaturperiode den Kunst- und Mediencampus Finkenau gehabt, wir haben den Beschluss zum Neubau der Kinderklinik am UKE gehabt und das CSSB, ich habe es eben schon erwähnt. Weitere Projekte hat der Senat letzte Woche im Haushaltsausschuss angekündigt,

(Philipp-Sebastian Kühn)

wie zum Beispiel die Sanierung der Musikhochschule, die Sanierung des Philosophenturms, die längst überfällig ist, oder beispielsweise den Neubau für das E-Technik-Hochhaus an der HAW.

Sie sehen, die SPD nimmt diesen Politikbereich sehr ernst. Wir investieren so viel Geld in Forschungs- und Universitätseinrichtungen wie kaum ein Senat in den letzten 30 Jahren. Damit beziehe ich sozusagen auch sozialdemokratische Senate in die Kritik mit ein, aber auch den CDU-Senat, denn der muss sich an dieser Stelle ordentlich Kritik gefallen lassen. Sie haben in diesem Bereich viel zu wenig getan. Hätten Sie mehr getan, dann hätten wir heute auch an anderen Stellen andere Spielräume. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Von der CDU-Fraktion bekommt nun Herr Kleibauer das Wort.

Thilo Kleibauer CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich stelle vorweg gleich klar, dass wir diesen Drucksachen zustimmen werden, wie wir es im Übrigen auch im Ausschuss getan haben. Herr Kühn, Sie haben die Vorlage leider unvollständig gelesen, aber es mag vielleicht in Ihr Weltbild passen, wenn Sie sagen, die eine Seite sei grün und die andere nicht. Wir werden diesen Vorlagen zustimmen, denn im Endeffekt geht es hier um Forschungsbauten für exzellente Forschung, ein wichtiges Signal für die Wissenschaftler, die hier Spitzenforschung am Standort betreiben sowohl im Bereich der Nanowissenschaften und der Physik als auch im Bereich der Klimawissenschaften.

(Vizepräsidentin Kersten Artus übernimmt den Vorsitz. – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Ist doch nicht alles schlecht!)

– Ich habe gesagt, es ist wichtig und richtig, Herr Dressel.

Das sind Projekte, die der Vorgängersenat begonnen hat, die wir zum Teil schon vor zwei Jahren diskutiert haben und bei denen ich mich frage, was Sie eigentlich in den letzten drei Jahren zeitweise gemacht haben. Es hat nämlich unter Ihrer Zeit relativ lange gedauert.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Wer wollte noch mal zum Grasbrook umziehen?)

– Das ist ein gutes Stichwort, denn die Diskussion über den Grasbrook war vielleicht etwas zu lang, das sehe ich auch selbstkritisch. Aber man braucht als Regierungsfraktion den Mut, so etwas anzustoßen, um zu erkennen, dass wir einen großen Neubau- und Sanierungsbedarf an der Universität haben. Damit haben wir doch das Thema in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Nur gemacht habt ihr nichts!)

Genau das hat dazu geführt, dass wir Mitte 2010 – Herr Dressel, da war Olaf Scholz noch ganz woanders – das Projekt Campus Bundesstraße und den konkreten Wettbewerb für diesen Bau, den wir hier und heute beschließen, begonnen haben. Insofern war doch die Diskussion richtig, weil sie in einem guten Ende mündete. Wir haben das gemacht, was die Mehrheit wollte, nämlich eine Weiterentwicklung der Universität am Standort und die bauliche Modernisierung. Und genau dafür waren der Prozess und der Diskussionsprozess richtig.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Wir haben das vor zwei Jahren – falls Sie nachlesen wollen, es ist die Drucksache 20/3770, wir haben nur noch selten so niedrige vierstellige Zahlen, wir sind im Moment schon im fünfstelligen Bereich – schon einmal diskutiert, Herr Kühn. Und Mitte 2012 haben Sie uns gesagt, die Fertigstellung sei 2015 und 2016. Jetzt freuen wir uns, wenn dann der Baubeginn ist, jetzt heißt es nämlich, die Fertigstellung sei 2018. Die Senatsvertreter haben uns gesagt, es koste 140 Millionen Euro, jetzt reden wir über 192 Millionen Euro, wenn ich die Drucksache richtig lese. Insofern müssen Sie doch ein bisschen selbstkritisch sagen – das hat der Senat auch eingeräumt –, dass auch die Diskussion über das Modell und die lange Abstimmung mit den diversen Partnern hier zu einer deutlichen Verzögerung geführt haben. Es hat die Sache nicht billiger gemacht, mit dem kostenstabilen Bauen ist es dann so. Wir haben jetzt eine gewisse Übersichtlichkeit, aber man kann nicht sagen, dass es bei dem Preis von damals geblieben ist – so viel zum Campus Bundesstraße.

Ich möchte natürlich noch etwas zum CHYN sagen, das Zentrum für hybride Nanostrukturen, das sich perfekt in den Standort Bahrenfeld einfügt. Hier haben wir sehr, sehr viele unterschiedliche Forschungseinrichtungen; Sie haben einige erwähnt. Sie haben auch das Max-Planck-Institut erwähnt, und wir freuen uns, dass es kommt. Aber auch das haben wir schon vor zwei Jahren groß gefeiert und uns alle gefreut. Ich war doch etwas enttäuscht, denn ich hatte die Senatorin bei den Haushaltsberatungen noch einmal gefragt, wie eigentlich der Stand beim Max-Planck-Institut sei. Da hatte Frau Stapelfeldt geantwortet, so genau wisse sie das auch nicht, aber vielleicht wisse es einer ihrer Mitarbeiter. Dann wusste es ein Mitarbeiter und sagte, die Max-Planck-Gesellschaft spreche gerade mit dem Immobilienmanagement.

Wir alle haben unterschiedliche Erfahrungen mit dem Immobilienmanagement gemacht, manchmal dauert es etwas länger, manchmal ist es etwas komplizierter. Das will ich jetzt nicht bewerten, aber wenn man als Senat sagt, man mache hier Spit-

(Thilo Kleibauer)

zenforschung und man wolle der Max-Planck-Gesellschaft den roten Teppich ausrollen, dann muss man das doch vom Senat aus tun und kann das nicht nachgeordneten Behörden und dem Immobilienmanagement allein überlassen, Herr Kühn.

(Beifall bei der CDU und bei *Christa Goetsch* und *Dr. Eva Gümbel, beide GRÜNE*)

Ich komme zum CHYN. Es ist schön, wenn man immer sagt, wir und Hamburg investieren. Ich habe Ihnen aufmerksam gelauscht, Sie haben jedoch nicht einmal gesagt, das sei ein Forschungsprojekt, bei dem wir in nennenswertem Umfang Bundesmittel eingeworben haben.

(*Philipp-Sebastian Kühn SPD:* Das habe ich schon beim letzten Mal gesagt! Muss ich doch nicht immer wieder erwähnen!)

– Das kann man aber auch jedes Mal erwähnen, Herr Kühn.

Man muss sich die Historie anschauen, man kann sich nämlich beim Bundeswettbewerb für exzellente Forschungsbauten bewerben; so häufig sind wir da leider nicht zum Zuge gekommen, egal, wer regiert hat. Sie haben ein bisschen erklärt, was sie machen, und ich habe herausgesucht, was der Wissenschaftsrat geschrieben hat. Mit dem CHYN könne damit an der Universität Hamburg ein Forschungszentrum realisiert werden, das auf dem kompetitiven Forschungsfeld der Nanowissenschaften national wie international sichtbar sein werde. Das ist wirklich eines dieser Exzellenzcluster. Wenn wir 2011 Klarheit hatten, dass wir Bundesmittel bekommen und dass es wirklich ein Spitzeninstitut ist, dann ist doch der Prozess relativ langsam, wenn Sie zum Jahresende 2014 mit einer Vorlage kommen. Die Haushaltsunterlage Bau, das hat der Senat gesagt, ist seit Anfang 2013 fertig. Die Bundesmittel sind längst geflossen – 2012, 2013 und 2014 –, und Sie haben den Zeitplan mit den Beratungen im Ausschuss noch einmal ein bisschen nach hinten geschoben. Wir haben doch im Bereich der Angewandten Physik an der Jungiusstraße schon das Problem, dass wir im Prinzip eine befristete Betriebserlaubnis bis Herbst beziehungsweise Ende 2016 haben; da besteht also ein hoher Druck. Es ist insofern richtig, dass man das macht, aber man hätte es etwas schneller machen können.

Dann haben wir noch das Modell ÖÖP, Mieter-Vermieter-Modell, wie immer man das nennen will, das haben Sie auch erwähnt. Man muss die Bedenken, die dieser Tage auch der Rechnungshof noch einmal geäußert hat, sehr ernst nehmen. Sie haben im Prinzip auch gesagt, die einzige Motivlage, die es für diesen Weg der Finanzierung gäbe, sei, die Schuldenbremse zu umgehen, dies also aus dem Kernhaushalt herauszuhalten.

(*Philipp-Sebastian Kühn SPD:* Das habe ich nicht gesagt!)

Wir sehen auch beim Kernhaushalt, dass die Investitionen im Wissenschaftsbereich dramatisch sinken. Man muss sich doch vor Augen führen, dass wir die Möglichkeit einer Investition von 177 Millionen Euro haben, wenn ich die Finanzierung abziehe. Ist es wirtschaftlich schlauer, 177 Millionen Euro in ein, zwei oder drei Jahren auf den Tisch zu legen, oder ist es wirtschaftlich schlauer, einen Mietvertrag abzuschließen, bei dem man 40 Jahre nacheinander 11 Millionen Euro Jahresmiete zahlt? Man muss keine große kaufmännische Ausbildung haben, um ins Grübeln zu kommen. Es war Staatsrat Krupp, der im Ausschuss gesagt hat, die Wirtschaftlichkeit könne man nicht nachweisen, man würde das später evaluieren.

Ich glaube schon, dass man diese Bedenken durchaus ernst nehmen muss, dass man dieses Modell weiterentwickeln und sehr kritisch bewerten muss. Im Endeffekt geht es nämlich darum, Lasten, die wir im Moment im Haushalt nicht stemmen können oder wollen – oder Sie wollen sie nicht aufnehmen –, in die Zukunft zu verschieben über die entsprechenden Mietzahlungen. Das Risiko wird dann in Teilen sozusagen vom Kernhaushalt der Stadt auf 100 Prozent städtische Gesellschaften delegiert. Irgendwie bleibt es dann doch bei uns. Insofern muss man auch hier bezüglich des Nachweises der Wirtschaftlichkeit wirklich nacharbeiten.

Insgesamt muss man die Sanierung mit mehr Tempo angehen. Ich finde es interessant, was Sie gesagt haben, denn viele der Investitionsvorhaben, einschließlich der Kinderklinik am UKE, sind zu Zeiten CDU-geführter Senate in den Haushaltsplan eingestellt worden.

(*Philipp-Sebastian Kühn SPD:* Herr Kleibauer, bitte!)

Wenn man sich dann ansieht, was wir an Investitionen – HCU, UKE und Finkenau,

(*Philipp-Sebastian Kühn SPD:* Ja, HCU ist ein sehr gutes Beispiel!)

genauso wie das CSSB und auch das, was Sie angesprochen haben – in den Plan gestellt haben, dann geht Ihr Investitionsvolumen dagegen sehr deutlich zurück; das müssen Sie berücksichtigen. Deshalb dürfen wir bei der Sanierung nicht nachlassen. Die Projekte sind gut, wie gesagt, wir unterstützen sie und haben das auch im Haushaltsausschuss gemacht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Das Wort bekommt Frau Dr. Gümbel von der GRÜNEN Fraktion.

Dr. Eva Gümbel GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber

(Dr. Eva Gümbel)

Herr Kühn, vielen Dank für Ihr Lob, ich glaube, ich muss es an das ganze Haus zurückgeben, wir hatten nämlich im Haushaltsausschuss einen einstimmigen Beschluss. Insofern ist klar, dass beide Maßnahmen überhaupt nicht strittig sind, im Gegenteil, wir unterstützen das, wir finden es gut. Die Kritik von unserer Seite ist eigentlich eine ganz andere. Sie bezieht sich auf das, was getan werden müsste im Verhältnis zu dem, was getan wird. Ich finde auch, dass man vorn anfangen muss.

Wir hatten 2008 eine Debatte über die Verlagerung der Universität – pro und kontra –, die vielen nicht gepasst haben mag. Es war eine breite Debatte, und die Hochschulpolitik wurde erstmals richtig in die Öffentlichkeit hineingetragen. Es gab die ganz klare Positionierung, dass in Eimsbüttel nicht nur ausgebaut, sondern saniert werden solle. Damit war klar, um was für ein Volumen es an der Universität geht. Und es war klar, dass es keineswegs nur um die Bundesstraße gehen wird. Die Universität selbst spricht von 630 Millionen Euro Sanierungsstau. Eine Schriftliche Kleine Anfrage, allerdings schon von 2012, hat ergeben, dass es noch einen Investitionsstau von 190 Millionen Euro gibt. Es sind seitdem zwei Jahre vergangen, und wahrscheinlich kommt noch etwas obendrauf. Wir sprechen, konservativ gerechnet, von einem Investitionsstau von 800 Millionen Euro.

Als wir über die Sanierung am Standort versus Verlagerung gesprochen haben, ging es um Milliarden von Euro; das war uns 2008 und 2009 klar. Vor diesem Hintergrund erscheint die von uns allen doch mitgetragene, begrüßte Investition von 220 Millionen Euro, die wir jetzt haben, natürlich klein. Sie ist richtig, aber sie ist eben beileibe nicht das, was getan werden müsste.

Ich komme kurz auf das Mieter-Vermieter-Modell zurück. Wir hatten im Haushaltsausschuss kritisch nachgefragt. Herr Kleibauer hat das verkürzt, aber richtig dargestellt. Es geht darum, die Investitionen nicht im Kernhaushalt darstellen zu können und sie stattdessen nach außen zu verlagern. Das kann man so machen, aber selbstverständlich muss man sich überlegen, ob das richtig ist. Meiner Ansicht nach müssen wir deshalb dieses Verfahren evaluieren, denn langfristig gesehen ist es eher von Nachteil, auch wenn die Hochschulen sich jetzt damit einverstanden erklärt haben unter der Maßgabe, dass sonst überhaupt nichts passieren würde. Ich halte es aber an der Stelle nach wie vor für ein Modell, das große Gefahren aufweist.

Ich möchte es an der Stelle damit bewenden lassen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Das Wort bekommt Herr Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich muss ein bisschen Wasser in den Wein gießen. Herr Kühn, ich finde es toll von Ihnen, dass Sie wörtlich gesagt haben, im Philosophenturm sei die Sanierung überfällig. Daran werden wir festhalten, und dem Punkt stimme ich völlig zu.

Dass die beiden Projekte, das CHYN und das Geomatikum, an sich sinnvoll sind, darüber brauchen wir nicht zu diskutieren, das ist selbstverständlich und das wurde zu Recht auch mit einzelnen Beispielen benannt. Aber wir sind der Meinung, dass die an sich guten Projekte sehr mangelhaft und schlampig ausgeführt wurden; ich will das an einigen Beispielen erläutern. Ich will gar nicht mit den Details zur Umgehung der Schuldenbremse kommen, das wurde schon gesagt.

Aber es ist zunächst einmal die Naivität, die wir in der Wissenschaftsausschusssitzung feststellen mussten. Staatsrat Pelikahn sagte fast wörtlich, dass ab Vertragsschluss die Mehrkosten den Mieter nicht mehr interessieren müssten. Ich habe nachgefragt, ob er das wirklich so sieht und ob er wirklich meint, dass das kein Risiko mehr ist. Er sagte, das meine er wirklich und das stehe auch im Protokoll, in der Drucksache, über die wir diskutierten. Das ist nichts anderes als naiv, das ist bestenfalls vordergründig richtig nach dem Motto, zunächst stehe einmal im Vertrag, die Miete sei so und so hoch. Aber wir wissen doch alle, dass bei einem Mietvertrag, der über 20 oder gar 40 Jahre läuft, nicht anzunehmen ist, dass man vor allen Unbilden und Kostensteigerungen oder auch Nutzungsänderungen sicher ist. Sie glauben doch nicht im Ernst, dass dieses Gebäude 40 Jahre gleich genutzt wird. Das ist ein Einfallstor für Vermieter, entweder mit der Qualität herunterzugehen oder auf irgendeine Weise doch die Miete zu erhöhen, direkt oder indirekt. Es ist wirklich naiv, wie die Behörde, insbesondere Staatsrat Pelikahn, hier herangegangen ist.

Nebenbei gesagt: Selbst wenn es stimmen würde, wenn also der formale Mieter, die Universität Hamburg, keine Mehrkosten hätte, dann sind alle finanziellen Risiken zwar nicht bei der Uni, aber bei der Stadt, sprich, beim Steuerzahler, denn er tritt auf beiden Seiten des Projekts auf. Also uns irgendwie zu suggerieren, da seien keine Risiken mehr vorhanden, ist einfach naiv. So geht man mit Steuergeldern nicht um. Das ist der erste Grund, warum wir diesen Drucksachen nicht zustimmen können.

(Beifall bei der FDP)

(Dr. Wieland Schinnenburg)

Der zweite Punkt ist die Überheblichkeit der öffentlichen Verwaltung. In der Drucksache steht – ich zitiere wörtlich –:

> "Grundsätzlich kann die hierfür erforderliche Flexibilität und Sachkenntnis eher von einem öffentlichen Partner erwartet werden."

– Zitatende.

In welcher Welt leben Sie eigentlich? Sie meinen doch nicht im Ernst, dass der öffentliche Dienst kenntnisreicher oder auch effizienter ist als die Privatwirtschaft. Wer das ernsthaft glaubt, der soll sich einmal anschauen, wie die Öffnungszeiten bei der Privatwirtschaft und wie bei den Bezirksämtern sind.

(*Wolfgang Rose SPD:* Tolles Kriterium!)

Dies sind, nebenbei gesagt, qualitativ keine überzeugenden Äußerungen in Ausschüssen. Dieser Satz drückt einen Geist aus, der aus den Fünfziger- oder Sechzigerjahren ist, er hat mit moderner Haushaltspolitik nichts, aber auch gar nichts zu tun. Dies allein lässt schon große Zweifel an Ihrer Kompetenz aufkommen.

(Beifall bei der FDP)

Dass Sie für die effiziente Verwendung öffentlicher Gelder keine richtigen Fähigkeiten haben, kann man an folgenden Zahlen erkennen. Wir haben einmal nachgefragt – das wurde dann bestätigt, auch per Protokollerklärung –, wie viel Prozent der Gesamtfläche, für die auch viel Miete ausgegeben wird, denn nun reale Nutzfläche sei. Beim CHYN sind es gerade 34 Prozent, also ein Drittel. Zwei Drittel der Gesamtfläche, die wir teuer bezahlen mit hoher Miete, werden nicht einmal für den eigentlichen Zweck genutzt, sondern für andere Zwecke, für Funktionsräume, für Strukturräume, wie auch immer, es sind nur 34 Prozent reine Nutzfläche. Beim Geomatikum sind es 54 Prozent, knapp über die Hälfte. Die Hälfte beziehungsweise zwei Drittel bei den beiden Projekten werden also nicht als Nutzfläche zur Verfügung stehen, sondern einfach für andere Zwecke verwendet. Das hat mit effizienter Raumnutzung und effizienter Kosten- und Steuergeldnutzung nichts zu tun. Auch das ist ein Grund, diese Drucksachen abzulehnen.

(Beifall bei der FDP)

Nun zu den Mietpreisen als solche. Man kann ein bisschen hin- und herrechnen, und ich habe die für Sie günstigsten Versionen genommen. Da kommt man beim CHYN auf 22,08 Euro pro Quadratmeter, beim Geomatikum auf 28,74 Euro pro Quadratmeter. Der Kollege Wankum, der heute nicht da ist, war im Wissenschaftsausschuss und hat das bestätigt, was ich mir auch dachte – er weiß es besser als ich –, dass es nämlich völlig überhöhte Preise sind für die Qualität von Räumen, die dort gefordert sind. Gerade im Geomatikum sind fast keine Labore mehr, vor allem sind es schlichte Büroräume, das wurde vorhin auch schon gesagt. Die Mietpreise sind eindeutig überhöht, hier wird noch Geld aus dem Wissenschaftsbereich abgezogen und in diese staatliche Gesellschaft hineingegeben, die das Ganze macht. Mit anderen Worten: Es geht kein Geld in die Wissenschaft hinein, sondern es wird noch Geld aus dem Wissenschaftsbereich abgezogen. Das ist aus unserer Sicht nicht in Ordnung.

(Beifall bei der FDP)

Der nächste Punkt steht ausdrücklich in der Drucksache, deshalb frage ich mich schon, warum auch die CDU dem zustimmt. Dort steht ausdrücklich, die Rechtslage sei noch nicht geklärt. Es ist weder geklärt, ob dieses Modell mit dem EU-Beihilferecht vereinbar ist, noch, ob es mit dem deutschen Steuerrecht vereinbar ist. Mit anderen Worten: Das Parlament soll zwei Vorlagen in dreistelliger Millionenhöhe zustimmen, obwohl noch gar nicht klar ist, ob das rechtlich überhaupt geht.

Und jetzt kommt der Knüller. Der Kollege Heintze hat eine Schriftliche Kleine Anfrage gestellt und gefragt, ob überhaupt geprüft würde, inwieweit geklärt werde, ob das mit der Rechtslage vereinbar sei. Sie können es gern nachlesen, es ist die Drucksache 20/12935, Fragen 1 und 2. Es wurde geantwortet, eine große Kanzlei wäre damit beauftragt worden, das zu prüfen. Frage: Wann wurde es denn beauftragt? Die Antwort: am 11. Februar. Mehr als sieben Monate lang wird nun schon von einer führenden internationalen Kanzlei geprüft, ob dieses Modell, dem wir gleich zustimmen sollen, mit EU-Recht und mit dem deutschen Steuerrecht vereinbar ist. Antwort: Wir kennen die Antwort nicht, und die kennen Sie auch nicht. Es wurde gefragt, was das Ganze koste, und der Senat sagte dazu, es werde mit einem mittleren sechsstelligen Betrag gerechnet. Ein mittlerer sechsstelliger Betrag wird ausgegeben, um eine Rechtslage zu prüfen, die noch gar nicht klar ist, die nicht einmal eine große internationale Kanzlei in sieben Monaten klären konnte. Das ist Dilettantismus, dem können wir nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Beim letzten Punkt kommt einer der seltenen Fälle, bei dem beide betroffen sind, der Wissenschafts- und der Verkehrspolitiker. Ich habe ausdrücklich nachgefragt, ob es im Geomatikum denn Tiefgaragenparkplätze gäbe. Antwort: Nein, die gibt es nicht. Das Geomatikum liegt, wie Sie alle wissen, in einem Gebiet mit ganz besonders hohem Parkdruck. Sie provozieren durch Weglassen der Tiefgaragen ein Parkplatzdesaster. Auch das ist ein Grund, dem nicht zuzustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Im Ergebnis reden wir über an sich gute und richtige und auch fördernswerte Projekte, die aber sehr

(Dr. Wieland Schinnenburg)

große Risiken für den Steuerzahler beinhalten und aus meiner Sicht nur einen Zweck haben, nämlich einer schwer bedrängten Senatorin in einer schwierigen Lage ein bisschen Entlastung zu verschaffen; aber dafür sind Steuergelder nicht da. Und die Weglassung der Tiefgarage ist ein schwerer Fehler. Im Ergebnis werden wir uns beim CHYN enthalten und beim Geomatikum dagegenstimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Von der Fraktion DIE LINKE erhält das Wort Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kühn, das Stichwort war, was in den letzten 30 Jahren mit den Uni-Bauten passiert ist. Sie sind nicht saniert worden, sie sind nicht renoviert worden und sie sind nicht modernisiert worden. Man ließ sie verfallen, und die vorherige Wissenschaftssenatorin, Frau Dr. Gundelach, ist dann durch die Lande gezogen und hat gesagt, die Bauten seien alle marode. Das war ihr Begriff, und das sollte die Voraussetzung dafür sein, dass man selbstverständlich jetzt mit der Uni in den Kleinen Grasbrook ziehen sollte. Das Verfallenlassen der Gebäude hatte Methode, um solche Entscheidungen vorzubereiten.

Und genauso sehen wir das bei dem ÖÖP-Projekt. Wenn man die öffentlichen Gebäude lange genug verfallen lässt, dann hat man auch ein Argument, so etwas zu tun.

(*Dietrich Wersich CDU:* Wie viele Jahre braucht man denn, Frau Heyenn?)

Nun hat die Senatorin im Juni 2014 über eine Presseerklärung mitgeteilt, dass der Senat die Neubauten am Campus Bundesstraße und am Campus Bahrenfeld beschlossen habe. Das ist für uns erst einmal eine gute Nachricht und auch der Grund, warum wir uns enthalten werden, weil wir meinen, dass schon etwas gemacht werden muss. Aber wir können Ihre Einschätzung, die Sie in dieser Presseerklärung zum Mieter-Vermieter-Modell gegeben haben, nicht teilen – ich zitiere –:

> "Dadurch sollen die Professionalität des Gebäudemanagements gestärkt, Effizienzvorteile generiert und das Kostenbewusstsein insbesondere auf der Mieterseite geschärft werden."

– Zitatende.

Es erinnert mich doch sehr, sehr stark an Schulbau Hamburg, und da sieht es im Endeffekt auch so aus, dass im Grunde das Kostenbewusstsein aufseiten des Vermieters geschärft wird. Dann haben wir ein Flächennutzungsprogramm und dann werden die Flächen reduziert. Wir sind da ausgesprochen skeptisch.

(Beifall bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Was das CHYN anbetrifft, das habe ich schon im Ausschuss gesagt, teile ich auch die Auffassung von Herrn Kleibauer, denn eine Wirtschaftlichkeit mit diesem Mieter-Vermieter-Modell ist in keiner Weise gegeben. Es wurde auch nicht richtig beantwortet. Uns ist ein Antrag auf einen Bundeszuschuss zugeleitet worden, und da wurden die Baukosten mit 52,11 Millionen Euro für das CHYN veranschlagt. Der Bund hat gesagt, er sähe nur 46,13 Millionen Euro als gerechtfertigt an, und auf der Grundlage hat er einen Zuschuss von 21,37 Millionen Euro gezahlt. Wenn man sich jetzt die Drucksache anschaut, dann sind es nicht mehr 52,11 Millionen Euro, sondern 63,39 Millionen Euro und das innerhalb weniger Jahre. Und bei der Planung haben wir sehr große Skepsis, ob das überhaupt eingehalten wird.

(Beifall bei *Heike Sudmann DIE LINKE*)

Der Senat hat behauptet, die Hochschulen würden das Mieter-Vermieter-Modell als unbedingt konstruktives Vorhaben begrüßen. Das ist so nicht richtig. In der Drucksache 20/429 ist die Frage gestellt worden, welches Organisationsmodell von den Hochschulen bevorzugt werde. Und die Antwort war – ich zitiere –:

> "In einem Schreiben des Vorsitzenden der Landeshochschulkonferenz vom 9. Februar 2011 haben die Hochschulen das Autonomiemodell präferiert. Aufgrund des bestehenden Modernisierungs- und Sanierungsstaus und nicht vorhandener Fachkompetenz in Finanzierungsfragen wird das Autonomiemodell jedoch von den Hochschulen derzeit für nicht umsetzbar gehalten. Stattdessen wird von den Hochschulen eine Ausweitung ihrer Kompetenzen ohne Einführung eines Mieter-Vermieter-Modells bei grundsätzlicher Beibehaltung der Aufteilung der Zuständigkeiten für die Gebäude wie im Status quo […] angestrebt."

Das heißt, es ist keineswegs so, dass die Hochschulen und die Universität das Mieter-Vermieter-Modell akzeptieren. Sie sagen sich einfach nur, lieber den Spatz in der Hand als die Schwalbe auf dem Dach. Bevor sie gar nichts bekommen, muss es eben so sein.

Unsere Kritik ist das Mieter-Vermieter-Modell. Ich habe im Ausschuss danach gefragt, und es ist auch hier schon gesagt worden: Die Mietzahlungen sind natürlich nicht statisch, sie werden auch angehoben werden. Dann habe ich gefragt, wie man denn die höheren Mieten zahlen soll, wenn die Uni kein Geld hat. Dann wurde gesagt, die müssten halt mehr Drittmittel einfordern. Das bedeutet für uns natürlich eine noch größere Abhängigkeit von Dritten. Es wurde auch ausdrücklich gesagt, dass von Privaten Drittmittel eingefordert

(Dora Heyenn)

werden sollten. Das heißt, die Freiheit von Lehre und Forschung wird dadurch noch einmal zusätzlich beeinträchtigt. Das halten wir für höchst problematisch. Es wurde auch nicht eindeutig gesagt, dass bei Auslaufen des Mietvertrags die Universität wieder der Mieter ist, es kann auch ein privates Unternehmen sein.

Kurzum: Die Verfügbarkeit für Räume, Labore et cetera ist mit diesem Mieter-Vermieter-Modell aus dem Zuständigkeitsbereich der Universität herausgenommen. Das finden wir problematisch. Dass die Bauten notwendig sind, sehen wir ein, und deshalb enthalten wir uns.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Das Wort bekommt jetzt Frau Senatorin Dr. Stapelfeldt.

Ich bitte alle, die sich am Rande unterhalten, entweder hinauszugehen, still zu sein oder sich hinzusetzen. Vielen Dank. – Frau Stapelfeldt, Sie haben das Wort.

Zweite Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt:* Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Neubau am Geomatikum und dem Neubau für das CHYN setzen wir zwei starke und sichtbare Zeichen für die Universität Hamburg.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden dem Campus an der Bundesstraße und dem Campus Bahrenfeld und damit der Universität Hamburg einen ganz erheblichen Schub geben. Konkret stärken wir vor allem die beiden Exzellenzcluster in der Klimaforschung und in der Strukturforschung, das sind zwei der Schwerpunktbereiche der Hamburger Wissenschaft. Wie Sie wissen, haben wir uns entschieden, als erstes wichtiges Projekt zur Verbesserung der baulichen Infrastruktur der Hamburger Hochschulen den MIN-Campus der Universität an der Bundesstraße zu modernisieren. Wir fangen dort an mit dem Neubau am Geomatikum für die Klima- und Geowissenschaften.

Es wurde schon gesagt, was dort passiert. Deswegen brauche ich das an dieser Stelle nicht zu wiederholen, sage aber noch einmal – eine kleine Anmerkung an Sie, Herr Dr. Schinnenburg –, dass es mit dem Neubau am Geomatikum nicht um überwiegend Büroflächen geht. Es geht hier um einen hochkomplexen Laborbau, der insbesondere für die Geo- und die Klimaforschung notwendig ist und selbstverständlich ganz besonders für den Exzellenzcluster, für die Klimaforschung.

(Beifall bei der SPD – *Dirk Kienscherf SPD:* Sehr gut!)

Das ist jetzt ein erster wichtiger Schritt für die Universität und zeigt sehr deutlich, dass wir unser Versprechen ernst nehmen, den Hochschulen gute und moderne Gebäude für gute Lehre und Forschung zur Verfügung zu stellen.

Wenn diese Drucksache beschlossen wird, dann kann der Realisierungsträger GMH in Kürze mit den Ausschreibungen beginnen. Und Baubeginn, das haben wir auch in den Ausschüssen besprochen, wird dann Anfang des kommenden Jahres sein.

Der Neubau am Geomatikum ist zugleich der erste Teil des neuen MIN-Campus. Als weitere Baumaßnahmen sind der Neubau für ein MIN-Forum und die Informatik sowie abschließend die Modernisierung des Geomatikums geplant. Auch die Verwirklichung des Projekts MIN-Forum und Informatik geht mit großen Schritten voran. Noch vor Weihnachten sollen die Vorplanungen für die beiden Neubauten abgeschlossen werden, und Ende Februar erwarten wir das Angebot der GMH für die Realisierung, sodass dann hoffentlich im Herbst des kommenden Jahres der Bauantrag eingereicht werden kann. Das ist gut für die Universität Hamburg.

(Beifall bei der SPD)

Es ist hier die Dauer der Verfahren angesprochen worden. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, Frau Gümbel und auch Herr Kleibauer, ich bin mit ganz anderen Erwartungen in diese Legislaturperiode gegangen und habe gedacht, dass es tatsächlich schneller gehen könnte. Aber vielleicht muss man sich einfach noch einmal Folgendes vor Augen führen: Die Diskussion um die Verlagerung der Universität auf den Kleinen Grasbrook ist beendet worden im Juni 2010 mit der Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters von Beust, dass kein Haushalt vorgelegt werden könne, weil es ein strukturelles Defizit von 500 Millionen Euro gegeben habe. Seitdem sind die Verfahren also erst auf den Weg gebracht worden. Wir haben dann erst den Wettbewerb gehabt und tatsächlich auch eine hochkomplexe und aufwendige Diskussion um das Mieter-Vermieter-Modell; das sage ich ausdrücklich. Wir gehen aber davon aus, dass wir mit der Ihnen vorliegenden Drucksache und dem Mieter-Vermieter-Modell eine solide Grundlage geschaffen haben, und hoffen, dass das wegweisend ist für die weiteren Projekte, die wir nach dem gleichen Verfahren realisieren wollen.

(Beifall bei der SPD)

Ein letzter Punkt. Ich glaube, dass an dieser Stelle der Hinweis auf die Kinderklinik nicht besonders gut ist. Wenn ich daran erinnern darf: Trotz der Beschlussfassung in diesem Haus im Dezember 2010 hat uns der Rechnungshof gesagt, dass dieses Projekt im Prinzip nicht etatreif war. Das heißt, wir haben es über längere Zeit nacharbeiten müssen. Aber wie dem auch sei, ich bin froh, dass das auf den Weg gebracht worden ist.

(Beifall bei der SPD)

(Zweite Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt)

Das zweite Projekt ist das Forschungsgebäude für das CHYN, das Center for Hybrid Nanostructures, das noch einmal ganz wesentlich den Forschungscampus Bahrenfeld stärkt; auch das ist schon gesagt worden. Wir bauen in unmittelbarer Nachbarschaft zu DESY und dem neuen Max-Planck-Institut für Struktur und Dynamik der Materie und stärken diesen Standort ausdrücklich. Es ist mir ganz wichtig, an dieser Stelle zu betonen, dass der Campus Bahrenfeld über viele Jahrzehnte gestärkt und ausgebaut worden ist, und zwar über alle Parteigrenzen hinweg und in großem Einvernehmen. Wir haben – selbstverständlich ist es richtig, das zu erwähnen – eine Finanzierung nicht nur aus Hamburger Mitteln, sondern auch aus Bundesmitteln gehabt. Wenn man sich das vor Augen führt, dann heißt das, dass wir in den letzten zehn Jahren ungefähr 1,7 Milliarden Euro aus verschiedenen Finanzierungsquellen in Bahrenfeld investiert haben. Das ist nicht nur Ausdruck dafür, wie bedeutend dieser Campus ist, sondern auch dafür, wie groß die Kraftanstrengung von Hamburg, aber auch von Bund und Ländern gewesen ist.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kleibauer, Sie haben angesprochen, dass es eine Bundesmitfinanzierung gibt. Ich glaube, man muss sich vor Augen führen, dass das überhaupt nichts Neues ist. Glücklicherweise ist nach der Abschaffung des Hochschulbauförderungsgesetzes die gemeinsame Finanzierung von Forschungsbauten geblieben. Wenn man sich anschaut, wie in der Bundesrepublik Deutschland Hochschulen im Hinblick auf ihre bauliche Infrastruktur gefördert worden sind, dann war das seit den Siebzigerjahren und bis vor einem Jahrzehnt nur durch die gemeinsame Anstrengung von Bund und Ländern möglich. Das ist nichts Besonderes, das ist nichts Neues, das ist zum Glück so. Nur so sind die großen Forschungsvorhaben hier in Hamburg oder auch in Bayern möglich gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in dieser Legislaturperiode Investitionen in einem Volumen von rund 475 Millionen Euro in die bauliche Infrastruktur, in Gebäude und technische Infrastruktur getätigt. Das ist eine große Kraftanstrengung. Im Zeitraum 2015 bis 2019 werden wir Investitionsvorhaben in einem ähnlichen Volumen auf den Weg bringen, und ich hoffe sehr, dass auch dafür Ihre Unterstützung da sein wird. Ich darf noch einmal sagen, dass ich es ausdrücklich begrüße, für solche großen Bauvorhaben – in diesem Fall ein Investitionsvolumen von rund 240 Millionen Euro – die Unterstützung der GRÜNEN und der CDU-Fraktion zu bekommen. Dafür bedanke ich mich sehr. Ich hoffe in diesem Fall auf ein gutes Zeichen für die Universität Hamburg.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Das Wort hat jetzt noch einmal Herr Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kleibauer, ich werde jetzt nicht zur Tiefgarage reden, nur ist es Aufgabe der Opposition, das Parlament auch einmal mit der Wahrheit zu konfrontieren. Senatorin Stapelfeldt sagte gerade, dass nicht alles Büroraum sei. Das stimmt natürlich. Sie sollen aber sehen, Frau Senatorin, dass ich auch Ihre Protokollerklärungen lese,

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Sehr gut! Das gibt einen Fleißpunkt!)

und das empfehle ich auch allen, die gleich abzustimmen haben. Lesen Sie einmal die Seiten 9 bis 27 der Drucksache zum Geomatikum. Ich habe nämlich darum gebeten aufzulisten, wie jeder einzelne Raum genutzt wird, und der Senat hat das getan. Herausgekommen ist, dass tatsächlich nur etwa 15 Prozent im strengeren Sinne etwas anderes als Lager oder Büro sind. Es ist also richtig, Frau Stapelfeldt, es sind nicht nur Büros, aber weit überwiegend. Für die 15 Prozent hätte ich durchaus einen höheren Mietpreis akzeptiert, aber auf diesen 18 Seiten sind zum Teil über Seiten hinweg nur Büros aufgelistet. Dafür pauschal einen dermaßen hohen Mietpreis zu vereinbaren und aus Steuergeldern zu bezahlen, ist unverantwortlich, meine Damen und Herren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Kühn von der SPD-Fraktion hat das Wort.

Philipp-Sebastian Kühn SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das, was Herr Schinnenburg eben gesagt hat, kann man so nicht stehen lassen. Ich will noch einmal daran erinnern: Das CHYN ist, lesen Sie die Drucksache, ein hochkomplexes Gebäude.

(*Dr. Wieland Schinnenburg FDP:* Geomatikum!)

– Dazu komme ich noch. Sie vergessen immer, dass zum Geomatikum auch die Innenausstattung gehört. Die ist da nämlich mit drin.

Es werden hochkomplexe Büros in diese Räume einziehen, und das vergessen Sie immer zu sagen. Wir bauen nicht nur Hüllen, sondern diese Hüllen müssen auch mit wissenschaftlichem Gerät befüllt werden. Im Falle des CHYN handelt es sich um ein komplexes Gebäude. Das ist auch einer der Gründe, warum die Verhandlungen so lange gedauert haben, denn derjenige, der das Projekt baut, musste sich natürlich gegen bauliche Risiken absichern. Es geht darum, ein Wissenschaftsgebäude

(Philipp-Sebastian Kühn)

zu errichten, das kaum Schwingungen von außen zulässt. Dass das technisch anspruchsvoll ist und es sich nicht um ein normales Bürogebäude handelt, das Sie mit 15 Euro pro Quadratmeter mieten können, sollte jedem einsichtig sein. Das wollte ich zumindest noch einmal gerade rücken.

(Beifall bei der SPD)

Wichtig ist, das ist eben in der Diskussion über das Mieter-Vermieter-Modell etwas untergegangen, dass wir zum ersten Mal einen Weg gefunden haben, einen Vermieter zu haben, der sich um das Gebäude kümmert. Er wird das Gebäude nicht nur hinstellen, sondern es auch dauerhaft bewirtschaften und wieder Investitionen tätigen. Das ist doch genau das, was in den letzten Jahrzehnten schiefgelaufen ist. Wir haben zwar Hochschulgebäude gebaut, aber dann jahrzehntelang nichts mehr in sie investiert. Diesen Mechanismus wollen wir mit diesem neuen Mieter-Vermieter-Modell durchbrechen, und ich glaube, das wird gelingen. Insofern will ich noch einmal für dieses Modell werben und kann das so nicht stehen lassen, Herr Schinnenburg, was Sie eben versucht haben. Der Mietpreis ist solide berechnet. Es handelt sich nicht um ein normales Bürogebäude, sondern um hochkomplexe wissenschaftliche Gebäude. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Jetzt sehe ich keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wir beginnen mit dem Bericht des Haushaltsausschusses aus Drucksache 20/12916.

Wer möchte sich hier der Ausschussempfehlung anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dies mehrheitlich erfolgt.

Hierzu bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das sehe ich nicht.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Beschluss in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wer möchte dann auch der Empfehlung des Haushaltsausschusses aus Drucksache 20/12939 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dies mehrheitlich erfolgt.

Auch hierzu bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das sehe ich nicht.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist auch dies mehrheitlich erfolgt und somit endgültig beschlossen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 25 auf, Drucksache 20/12839, Antrag der CDU-Fraktion: Freie Berufe und Unternehmen langfristig stärken.

[Antrag der CDU-Fraktion:
Freie Berufe und Unternehmen langfristig stärken
– Drs 20/12839 –]

Die Fraktionen sind übereingekommen, die Debatte nicht zu führen, insofern kommen wir sofort zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/12839 an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dies war einstimmig und ist somit beschlossen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 39 auf, Drucksache 20/12999, interfraktioneller Antrag: Provenienzforschung und Inventarisierung der Kunstbestände vorantreiben.

[Interfraktioneller Antrag:
Provenienzforschung und Inventarisierung der Kunstbestände vorantreiben
– Drs 20/12999 –]

Wer wünscht das Wort? – Frau Goetsch von der GRÜNEN Fraktion hat es.

Christa Goetsch GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sprechen heute über einen der größten Kunstraube der Menschheitsgeschichte, dem größten im 20. Jahrhundert. In den Jahren zwischen 1933 und 1945 emigrierten aus dem deutschsprachigen Raum fast eine halbe Million Juden. Um ihre Auswanderung zu finanzieren, mussten sie in Eile, Angst und Panik ihre Kunstsammlungen auflösen und ihre Wertgegenstände verkaufen. Die meisten von denen, die nicht aus Deutschland emigrieren konnten, endeten in den Konzentrationslagern und starben in den Vernichtungslagern der Nazis. Auf dem Weg dorthin wurden sie all ihrer Kostbarkeiten, auch ihrer Kunstgegenstände, beraubt. Dieser verbrecherische Kunst-

(Christa Goetsch)

raub wurde ebenso erschreckend detailliert geplant wie die Vernichtung der Menschen. Nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs sind diese Beutezüge der Nazis in den besetzten Gebieten fortgesetzt worden, wo systematisch weiter geplündert wurde.

Seit 1945, siebzig Jahre sind vergangen, winden sich verantwortliche Politiker, über Generationen und Parteigrenzen hinweg, wenn es um die Erforschung und um die Rückgabe dieser geraubten Millionenwerte geht. Das ist sicherlich ein moralisches Desaster. Aber es kommt noch schlimmer, denn die ganze Debatte um die NS-Raubkunst ist reich an Vorwürfen, die Erben würden sich nicht für die Kunst, sondern nur für das Geld interessieren, denn mit Kunst sei viel Geld zu verdienen. Noch 2006 klagte der damalige Präsident des Deutschen Museumsbundes über das große Geschäft, das mit der Restitutionskunst gemacht werde. Solche Argumentationen sind meines Erachtens eine Schande für die Museumsbranche und fördern klassische antisemitische Ressentiments.

(Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und bei *Gerhard Lein SPD*)

Bereits 1998 unterschrieb Deutschland – man kann sagen, Gott sei Dank – mit der Washingtoner Erklärung die Verpflichtung zur Identifizierung von NS-Raubkunst und der Suche nach gerechten und fairen Lösungen, mit den Vorkriegseigentümern und Erben umzugehen. Das war ein dringend notwendiger Aufbruch, der die Grundlage für das verstärkte Engagement der Bundesregierung ist. Aber wenngleich die Befassung zur Provenienzforschung im Kulturausschuss gezeigt hat, wie engagiert die Hamburger Museen sind und wie kosten- und zeitaufwendig die Herkulesaufgabe ist, Herkunftsforschung zu betreiben, so ist die Situation in Hamburg keineswegs als gut oder ruhmreich zu bezeichnen. Bis heute kann die Stadt für über 10 000 Kunstgegenstände potenzieller NS-Raubkunst nicht sagen, woher diese stammen. Mit den zweieinhalb Stellen, die in Hamburg dafür zuständig sind, die Herkunft dieser Werke zu erforschen, würde dies noch viele Jahrzehnte dauern. 2007 ist dann der Schritt zur Erfassung und Digitalisierung der Kunstgegenstände gemacht worden, und im vergangenen Jahr, also siebzig Jahre nach dem Ende der Nazidiktatur, wurde die Provenienzforschung in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen als Aufgabe in den Zielbildern der Hamburger Museumsstiftungen verankert, und das ist auch gut so. Man muss allerdings sagen, dass in den letzten 13 Jahren lediglich 1 Million Euro für diese Forschung zur Verfügung gestellt wurde, und das ist nun einmal nicht genug. Wir brauchen mehr personelle und finanzielle Ressourcen für die Erforschung der Kunstwerke im Eigentum der Stadt, vor allen Dingen für die NS-Raubkunst. Das ist moralische Aufgabe und unsere politische Verantwortung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Deshalb haben wir den Anstoß für diese interfraktionelle Initiative gegeben, und ich bin allen Kollegen sehr dankbar, dass wir das gemeinsam beschließen werden. Wir brauchen zusätzliche wissenschaftliche Recherche, übrigens auch Ausbildung. Eine nationale, im besten Falle internationale wissenschaftliche Vernetzung über eine Datenbank könnte die Arbeit der Provenienzforschung in Hamburg deutlich verbessern. Und natürlich brauchen wir auch zusätzliche Mittel vom Bund; das ist unumgänglich.

Trotz oder vielleicht auch wegen der Versäumnisse der letzten 70 Jahre ist es erfreulich, dass die kritisch-öffentliche Debatte zur Provenienzforschung durch den Fall Gurlitt neuen Auftrieb bekommen hat. Auch die Museen in Hamburg sind stärker aktiv geworden. Ich möchte an dieser Stelle ganz besonders die Ausstellung im Museum für Kunst und Gewerbe hervorheben und die Aussage der Direktorin Dr. Sabine Schulze, die gesagt hat: "Wir wollen nichts haben, was uns nicht gehört." Das ist vorbildlich und längst nicht in allen Museen Deutschlands verinnerlicht.

(Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Die Frage ist immer, ob man aktiv aufklärt oder nur auf Restitutionsansprüche reagiert. Diese hervorragende Ausstellung zur Raubkunstthematik ist wirklich gelungen, man kann sie jedem empfehlen. Jetzt rückt das Thema natürlich auch wieder mehr in den Fokus. Ebenso hervorheben möchte ich die Arbeit von Frau Dr. Haug in der Kunsthalle, die schon sehr lange Provenienzforschung betreibt. Sie hat uns das eindrucksvoll in der Sitzung des Kulturausschusses aufgezeigt.

Meine Damen und Herren! Nicht nur in Hamburg, sondern auch deutschlandweit sorgt dieses Thema – Gurlitt habe ich eben schon angesprochen – für Aufmerksamkeit. Die neue Kulturstaatsministerin legt besonderen Wert auf dieses Thema und wird mit dem Deutschen Zentrum für Kulturgutverluste eine Institution schaffen, die hoffentlich zu mehr Vernetzung und Aufklärung beitragen wird. Sie hat auch die finanziellen Mittel erheblich erhöht. Ich wünsche mir, dass Hamburg davon partizipieren kann, und ich wünsche mir die aktive Teilhabe des Hamburger Senats an allen Bundesaktivitäten zu diesem Thema. Als Nebensatz möchte ich anfügen: Natürlich gilt es, neben der NS-Raubkunst auch die Provenienzforschung nicht zu vergessen, die durch den Kolonialismus hervorgerufen wurde, oder in der ehemaligen DDR durch die Bodenreform zu unrechtmäßigen Enteignungen geführt hat, die ebenfalls einer Überprüfung bedürfen.

Die Provenienzforschung ist bis heute ein Stiefkind der Aufarbeitung der Nazizeit. Ich möchte schließen mit einem Zitat des Leiters der bundesweiten

(Christa Goetsch)

Arbeitsstelle für Provenienzforschung, Dr. Uwe Hartmann:

> "Politik und Kultur müssen sich auch zukünftig gegenseitig in die Pflicht nehmen, damit die öffentlichen Einrichtungen ihrer Verantwortung bei der Identifizierung von NS-Raubgut in ihren Sammlungsbeständen gerecht werden. Das schließt ein, dass sie in die Lage versetzt werden, ihre Verantwortung wahrzunehmen."

– Zitatende.

Ich denke, dass wir heute einen gemeinsamen Schritt dazu machen. – Vielen Dank.

> (Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN, vereinzelt bei der SPD und bei *Dietrich Wersich CDU* und *Katja Suding FDP*)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Dr. Vértes-Schütter von der SPD-Fraktion hat jetzt das Wort.

Dr. Isabella Vértes-Schütter SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bundesweit mag die Provenienzforschung erst vor dem Hintergrund des spektakulären Falls Gurlitt stärker in den Fokus der Öffentlichkeit geraten sein, in Hamburg können wir aber feststellen, dass unsere Museen schon länger eine führende Rolle auf diesem Feld einnehmen. Wir sehen es als unsere Aufgabe, die Museen auf dem eingeschlagenen Weg zu unterstützen.

> (Beifall bei der SPD)

Weil wir wissen, dass die lückenlose Erforschung eine langfristige Herausforderung ist, ist es ein gutes Signal, dass wir interfraktionell darauf hinwirken wollen, die Voraussetzungen zu verbessern. Ich teile die Einschätzung von Frau Goetsch. Die Herkunft von Kulturgütern zu klären, ist nicht nur eine wissenschaftliche, sondern auch und sehr maßgeblich eine moralische Frage. Auch vor diesem Hintergrund ist es gut, wenn wir an einem Strang ziehen und unserer gemeinsamen Verantwortung gerecht werden.

> (Beifall bei der SPD)

Wir haben im Rahmen einer Selbstbefassung vor Ort erfahren dürfen, wie engagiert die Provenienzforschung in unseren Museen betrieben wird. Ich habe noch im Ohr, dass Sie, Frau Goetsch, davon sprachen, dass die Herangehensweise an diese Problematik vor allem auch eine Haltungsfrage der Beschäftigten sei, und ich glaube, im Hinblick auf die Beschäftigten in unseren Museen gilt es, eine große Anerkennung auszusprechen.

> (Beifall bei der SPD und bei *Dr. Roland Heintze*, *Dietrich Wersich, beide CDU*, C*hrista Goetsch GRÜNE* und *Katja Suding FDP*)

Dass die Provenienzforschung zu den Sammlungen des Museums für Kunst und Gewerbe Hamburg nun Gegenstand einer großartigen Ausstellung mit dem Titel "Raubkunst?" geworden ist – Frau Goetsch hat darauf hingewiesen –, ist tatsächlich von unschätzbarem Wert, denn so kann es gelingen, ein für viele Menschen abstraktes Forschungsgebiet transparent und für alle erlebbar zu machen. Auch ich möchte Ihnen allen diese Ausstellung ganz besonders ans Herz legen.

Die bundesweite Vorreiterrolle, die die Hamburger Kunsthalle bei der Bestandsüberprüfung übernommen hat, blieb nicht ohne Konsequenzen für das Engagement in den anderen Häusern, aber auch nicht für das Engagement von Senat und Bürgerschaft. Neben den Aufwendungen für Forschungsprojekte und den Eigenmitteln der Hamburger Museumsstiftungen möchte ich vor allem die digitale Inventarisierung der Sammlungsbestände hervorheben, für die Hamburg jährlich 1 Million Euro zur Verfügung stellt. Dieses Vorhaben ist Voraussetzung für eine systematische Provenienzforschung. Die Herausforderung, vor der wir auch in Hamburg immer noch stehen, da gebe ich Ihnen recht, ist groß, und wir werden dieser Herausforderung nur über eine bessere Kooperation auf und mit der Bundesebene gerecht werden. Auch hier stellen wir vor allem darauf ab, die Voraussetzungen der Arbeit zu verbessern: durch Verstetigung und Ausbau von Projekten aus Bundesmitteln und die Bündelung der Erkenntnisse in einer zentralen Datenbank beim Deutschen Zentrum Kulturgutverluste. Wenn es am Ende gelingt, der wissenschaftlichen Expertise Raum zu geben und die Rechte von Verfolgten und ihren Nachkommen zu stärken, und es in der Folge zu berechtigten Restitutionen kommt, dann begrüßen wir das, denn unsere Museen wollen nicht behalten, was ihnen nicht gehört. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

> (Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Wersich von der CDU-Fraktion hat jetzt das Wort.

Dietrich Wersich CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich teile ganz ausdrücklich die wertschätzenden Äußerungen meiner Vorredner über die Arbeit der Hamburger Museen in der Provenienzforschung und auch über die Menschen, die das machen. Wir finden diesen Antrag gut, deshalb haben wir ihn mit gestellt und deshalb werden wir ihn auch positiv mit abstimmen. – Vielen Dank.

> (Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Suding von der FDP-Fraktion hat jetzt das Wort.

(Vizepräsidentin Kersten Artus)

(*Olaf Ohlsen CDU:* Mach's genauso kurz!)

Katja Suding FDP:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist schon viel Richtiges über die Provenienzforschung und vor allem auch über die mit ihr verbundenen Schwierigkeiten gesagt worden. Dass die Mitglieder des Kulturausschusses in unserer Sitzung vom 12. Juni beeindruckt waren, und zwar sowohl von der großen Anzahl der noch zu untersuchenden Werke als auch von dem enormen Aufwand, der hinter jedem einzelnen Forschungsgegenstand steht, ist unbestritten. Das Ergebnis der Einigkeit unserer Analysen und Bewertungen liegt mit dem interfraktionellen Antrag vor, der auf eine Initiative der GRÜNEN zurückgeht. Ich möchte Ihnen, liebe Frau Goetsch, ganz herzlich für Ihre Initiative danken. Wir schließen uns als Fraktion da sehr gerne an.

Die Provenienzforschung in Hamburg, aber letztendlich auch in ganz Deutschland, hat trotz vieler intensiver Bemühungen erst die Spitze des Eisbergs erklommen. Es ist unsere moralische und politische Verpflichtung, die Herkunft und den Werdegang vieler Kunstwerke lückenlos nachvollziehbar zu machen. Sowohl kurz- als auch mittelfristig werden wir den Forschungsstau nicht lösen können, dafür ist der Aufwand einfach zu groß und die wissenschaftlichen Ressourcen sind begrenzt. Klar ist aber auch, dass es, wenn wir einen Schritt weiterkommen wollen – und das wollen wir –, mindestens nationale Anstrengungen braucht. Deshalb führt an der Einrichtung einer wissenschaftlichen Datenbank, die allen öffentlichen Ebenen zur Verfügung steht, kein Weg vorbei. Aber natürlich kann und muss auch die Stadt Hamburg ihren Beitrag leisten. Mit der Zusammenarbeit der drei Museumsstiftungen bei der Provenienzforschung sind wir grundsätzlich auf einem guten Weg, und das Engagement der Kunsthalle ist besonders zu würdigen.

Ich bin überzeugt, dass wir nach der Prüfung des Senats im Kulturausschuss Einigkeit werden herstellen können, in welchem Umfang die Stadt Hamburg Mittel zur Verfügung stellen oder zumindest bei der Drittmittelbeschaffung unterstützend tätig werden kann. Die FDP-Fraktion wird den vorliegenden Antrag also unterstützen. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP und bei *Christa Goetsch GRÜNE*)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Hackbusch von der Fraktion DIE LINKE hat jetzt das Wort.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sie alle wissen, dass ich mich dann und wann gerne leidenschaftlich streite in diesem Parlament, aber dann und wann habe ich gerne auch einen Antrag wie diesen, den wir alle gemeinsam stellen und stützen. Das Wesentliche wurde von meinen Vorrednerinnen dargestellt.

(Zurufe aus dem Plenum)

– Ja, nur von den Vorrednerinnen, das muss man so sagen, Herr Wersich.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber das macht nichts, ich will es genauso kurz halten.

Frau Goetsch hat sich sehr kräftig dafür engagiert, dass wir diesen Antrag gemeinsam stellen. In den verschiedenen Sitzungen, die wir dazu hatten, hat sich gezeigt, dass wir in den Museen viele Leute haben, die sich sehr kräftig und mit persönlicher Leidenschaft dafür engagieren. Das ist eine wichtige Grundlage dafür, dass das überhaupt so erfolgreich sein konnte, und das trotz der finanziellen Engpässe, die in den Museen vorhanden sind; ein besonderes Lob dafür. Wir werden diesen gemeinsamen Antrag selbstverständlich unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD, der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte dem interfraktionellen Antrag aus Drucksache 20/12999 seine Zustimmung geben? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 36 auf, Drucksache 20/12986, Antrag der FDP-Fraktion: Keine Pkw-Maut für das deutsche Straßennetz.

[Antrag der FDP-Fraktion:
Keine Pkw-Maut für das deutsche Straßennetz
– Drs 20/12986 –]

Die Fraktionen sind übereingekommen, keine Debatte zu führen. Es wurde beantragt, den Antrag an den Verkehrsausschuss zu überweisen.

Daher stelle ich die Frage, wer einer Überweisung an den Verkehrsausschuss zustimmt. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Mehrheit war gegen eine Überweisung.

Dann lasse ich über den Antrag in der Sache abstimmen.

Wer möchte den Antrag aus Drucksache 20/12986 annehmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Vizepräsidentin Kersten Artus)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 32 auf, Drucksache 20/12982, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Recht auf freien Zugang zum Master sichern!

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Recht auf freien Zugang zum Master sichern!
– Drs 20/12982 –]**

Diese Drucksache möchte die GRÜNE Fraktion an den Wissenschaftsausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Frau Heyenn, Sie haben es.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Jedes Jahr, vor allem im Wintersemester, werden von den Hamburger Hochschulen Tausende Studierwillige abgewiesen und erhalten keinen Studienplatz. Die Zulassungsregeln werden immer restriktiver; ich glaube, es gibt kaum noch ein Studienfach, wo es keinen NC gibt. Zunehmend wird auf Eignungstests, Praktika und Motivationsschreiben gesetzt. Dadurch haben wir die Situation, dass die soziale Zusammensetzung der Studierendenschaft durchaus problematisch und sehr einseitig ist.

Im Wintersemester 2013/2014 gab es an der Universität Hamburg 5200 Studienplätze und 45 000 Bewerbungen. Da sieht man schon, wie hoch die Ablehnung ist. Zudem soll die Zahl der Studienanfänger an der Universität Hamburg von 8848 im Jahr 2013 auf 8069 im Jahr 2016 zurückgehen. Das ist ein Minus von 4,5 Prozent. Auch die Zahl der Lehrveranstaltungen wird sinken: von 19 127 Stunden auf 18 094. An der HAW, der HafenCity Universität, der HFBK, der HfMT und der TUHH fallen in 2016 insgesamt 1170 Studienanfängerplätze weg.

Gut drei Viertel aller Bachelorabsolventen haben den festen Willen, einen Master zu machen. Das hängt auch damit zusammen, dass viele Bachelorabschlüsse keine qualifizierenden Abschlüsse sind und schon gar nicht berufsqualifizierend. Wenn die Studierenden also in irgendeiner Form eine Qualifikation haben und einen Beruf ergreifen wollen, sind sie darauf angewiesen, auch einen Master zu machen. Der Punkt ist, dass wir viel zu wenige Masterplätze haben.

Ich nenne Ihnen einmal einige Zahlen: An der HAW sind 2013 605 Bewerbungen auf einen Masterstudienplatz abgelehnt worden und 2013/2014 828. Die Universität Hamburg hat im letzten Wintersemester insgesamt 5155 Bewerbungen auf einen Masterplatz abgelehnt. Wir erinnern die Senatorin daran, dass sie bei Amtsantritt dafür geworben hat, dass jeder, der einen Master machen will, auch einen Masterplatz bekommt. Davon sind wir weit entfernt. Wir lassen die Ausrede nicht gelten, dass es rein rechnerisch genug Masterplätze gibt, wir aber leider auch Bewerbungen aus anderen Bundesländern haben. Wir fordern, dass das, was zu Beginn der Regierungszeit versprochen wurde, auch eintritt. Viele, die sich auf einen Masterplatz bewerben, fallen nicht mehr in die Kategorie "junge Leute von der Uni". Häufig haben sie schon eine Familie, und dann kann man nicht sagen, dass sie doch in Greifswald, Aachen oder sonst wo studieren könnten. Das hängt mit sehr vielen Problemen zusammen. Insofern fordern wir, dass genug Masterplätze geschaffen werden. Eine Stadt wie Hamburg kann es sich eigentlich nicht leisten, immer wieder im Tausenderpack Studierende abzulehnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen haben wir drei Vorschläge in unserem Antrag dargelegt. Wir möchten eine Änderung des Hochschulzulassungsgesetzes, wir möchten eine Änderung des Ausbildungskapazitätsgesetzes, wir möchten im jährlichen Turnus die Veröffentlichung und wir möchten, dass darüber der Bürgerschaft auch schriftlich berichtet wird. Es wird allerhöchste Zeit, dass alle, die einen Masterplatz haben wollen, auch einen bekommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Danke schön. – Bevor ich Herrn Kühn von der SPD-Fraktion das Wort gebe, will ich mich im Namen der Bürgerschaft für den netten Abendbesuch bedanken. Die Jugendfeuerwehren Ottensen und Groß Flottbek sind heute hier. Schön, dass Sie uns noch zuhören.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Kühn, Sie haben nun das Wort.

Philipp-Sebastian Kühn SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Da es schon relativ spät ist, will ich mich kurz halten. Wir haben dieses Thema in ähnlichen Formulierungen und Konstellationen schon häufiger behandelt. Es ist zwar diesmal etwas abgewandelt,

(*Olaf Ohlsen CDU:* Schulden machen!)

das will ich zugeben, aber der Grundtenor ist der gleiche. Wir sprechen, glaube ich, zum dritten oder vierten Mal in dieser Legislaturperiode darüber.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Nee, nee, stimmt nicht!)

Das neue Kapazitätsrecht haben wir schon vor knapp zwei Wochen besprochen; daher will ich die Ausführungen zum Kapazitätsgesetz nicht wiederholen. Sie haben aber, Frau Heyenn, zwei Punkte angesprochen, bei denen Sie Argumente nicht gelten lassen wollen. Es ist Ihr gutes Recht, Argumente nicht gelten zu lassen, trotzdem ist es Realität, dass Menschen in München oder Düsseldorf beispielsweise BWL im Bachelor studieren und eine

(Philipp-Sebastian Kühn)

Note X haben, die besser ist als die eines Bachelorabsolventen in Hamburg, und die bewerben sich um einen Masterplatz in Hamburg. Das war auch früher in der Bundesrepublik so, als wir noch Diplomstudiengänge hatten. An dieser Systematik hat sich überhaupt nichts geändert. Dass Menschen mit besseren Bachelornoten aus anderen Bundesländern nach Hamburg kommen und hier einen Studienplatz bekommen, damit aber eben auch Hamburger Bachelorabsolventen sozusagen herausdrängen, liegt in der Natur der Sache, das ist nichts Neues. Sie wollen aber nun, dass wir so viele Studienplätze aufbauen wie es Bewerber gibt. Ich muss Ihnen sagen, kein Bundesland, nicht einmal Bayern oder Baden-Württemberg könnten Ihren Vorschlag finanzieren. Und das, glaube ich, spricht schon Bände, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – *Dora Heyenn DIE LINKE:* Das habe ich überhaupt nicht gesagt!)

Ansonsten will ich nur noch auf einen Punkt hinweisen. Wir haben im Moment in der Bundesrepublik so viele Studierende und Studienberechtigte wie noch nie zuvor in der Geschichte. Das ist eine gute Entwicklung, die will ich gar nicht schlechtreden, aber diese Entwicklung führt natürlich auch ein Stück weit dazu, dass wir zumindest in hochattraktiven Studienorten mehr Bewerber haben, als wir Angebote schaffen können. Das gilt nicht nur für Hamburg, das gilt auch für Berlin und andere Großstädte. Gerade für die Stadtstaaten gilt das im Besonderen. Und für die Stadtstaaten gilt auch eines, was immer vergessen wird. Wer sich ansieht, wie viele Studienplätze wir in Hamburg staatlich finanzieren und das einmal ins Verhältnis zu großen Flächenländern wie Bayern oder Baden-Württemberg setzt, wird feststellen, dass die Stadtstaaten Bremen, Berlin und Hamburg seit Gründung der Bundesrepublik weit überproportional mehr Studienplätze anbieten als es andere Flächenbundesländer tun. Ich will gar nicht sagen, dass das falsch ist, aber die drei Stadtstaaten kommen seit Gründung der Bundesrepublik in einem besonderen Maße ihrer Verantwortung, genügend Studienplätze bereitzustellen, nach. Das erwähnen Sie nie mit irgendeinem Wort. Das aber tut Hamburg seit Jahrzehnten. Ich finde das auch richtig und will es gar nicht in ein falsches Licht rücken, aber mir fehlt, dass Sie diese Leistung der Stadt auch einmal anerkennen. Ich will das hier jedenfalls tun.

(Beifall bei der SPD)

Ansonsten will ich nur noch auf zwei Zahlen verweisen. Sie haben es eben angesprochen, die Hamburger Hochschulen bekommen im kommenden Jahr immerhin 642 Millionen Euro. Diese Zahl muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen; 642 Millionen Euro unter anderem für die Finanzierung von Studienplätzen. Im Jahr 2016 werden sie 647 Millionen Euro bekommen. Wer noch die investiven Mittel dazurechnet – wir haben die geplanten Projekte vorhin schon angesprochen –, der sieht, dass Hamburg alle Kraftanstrengungen unternimmt, um die Grundfinanzierung der Hochschulen und Investitionen zu gewährleisten. Das muss an dieser Stelle noch einmal gesagt werden.

Wir werden den Antrag ablehnen, weil wir ihn inhaltlich falsch finden. Das habe ich schon mehrfach gesagt. Ich bin aber auch gespannt, wie die anderen Fraktionen reagieren. In diesem Sinne vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Kleibauer von der CDU-Fraktion hat nun das Wort.

Thilo Kleibauer CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst vielleicht eine kurze Vorbemerkung. In der vorigen Sitzung haben wir auch über das Thema Kapazitätsplanung gesprochen. Wir hatten es zur Debatte angemeldet, und wir haben sehr deutlich unsere Kritik daran geübt, dass insbesondere in der MIN-Fakultät und in den wirtschaftswissenschaftlichen Bereichen die Studienplätze auf Druck des Senats deutlich reduziert werden. Über das Thema Bachelor/Master kann man sich sehr differenziert sehr lange unterhalten. Es gibt zwischen den jeweiligen Fächern große Unterschiede beim Übergang vom Bachelor zum Master – das Thema Lehramt hatten wir durchaus –, und es gibt Unterschiede zwischen den Hochschultypen; das wird in Teilen durchaus berücksichtigt. Herr Kühn hat Bewerbungen von außen angesprochen. Davon lebt doch eine Universität, dass Leute ihr Studium an anderen Hochschulen fortsetzen und wieder andere mit einem Bachelorabschluss kommen.

Das alles muss man berücksichtigen und kann man erwägen. Ich habe aber den Eindruck, Frau Heyenn, dass Sie das Thema einfach als Aufhänger nehmen, um diesem Kapazitätsgesetz, gegen das Sie gestimmt haben und das Ihnen sowieso nicht passt, die Schuld zuzuweisen und es entsprechend aufzuweichen. Das ist Ihr gutes Recht, aber diesen Weg müssen wir nicht mitgehen, weil das gerade erst beschlossene Kapazitätsgesetz durchaus sinnvoll ist. Sie fordern Bedarfsanalysen; die gibt es durchaus. Es gibt auch offengelegte Berechnungsmodelle. Ich glaube, das müssen wir nicht noch extra beschließen. Wir sind sehr gern bereit, das Thema weiter im Ausschuss zu behandeln, und würden den Antrag überweisen. Zustimmen werden wir heute nicht. – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Dr. Gümbel von der GRÜNEN Fraktion hat nun das Wort.

Dr. Eva Gümbel GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde Ihre Problembeschreibung, Frau Heyenn, richtig; wir teilen die. Das dahinterstehende Problem ist aber auf dem Weg, den Sie skizzieren, nicht zu lösen. Ich will noch einmal auf das zurückkommen, was wir vorhin diskutiert haben. Es geht um die Frage, welche Mittel die Hochschule hat und wie viele Studienplätze sie damit zur Verfügung stellen kann. Was die Deckelung bei 0,88 Prozent und die Kapazitätsvereinbarungen bedeuten, können wir an den Zahlen für die Universität ablesen. Dort werden 379 Studienplätze abwachsen, und wenn man die Grundfinanzierung bis 2018 anschaut, dann sind es 700 Studienplätze, die abwachsen. Wenn man nun vor diesem Hintergrund Ihrem Antrag zustimmen und jedem Studierenden in Hamburg, egal, welche Note er hat, einen Studienplatz zusichern würde, dann wissen wir beide, was passiert. Dann würde totales Chaos an den Hochschulen ausbrechen. Die Studienbedingungen wären katastrophal schlecht. Wir wollen das sicher nicht, und ich glaube, auch Sie wollen das nicht. Insofern teilen wir Ihre Problemanalyse, glauben aber, dass der Weg dorthin über eine bessere Grundausstattung führen muss. Damit bin ich bei Ihnen, Herr Kühn. Sie haben vorhin noch einmal angedeutet, dass Sie alle Kraftanstrengungen unternehmen. Tut mir leid, das finde ich nicht. Die BAföG-Millionen waren genau für die Grundfinanzierung gedacht,

(*Jan Quast SPD:* So haben Sie sich das gedacht, Frau Gümbel!)

um über die Anhebung der Grundfinanzierung die Kapazität der Hochschulen zu erhöhen. Damit hätte man dieses Problem vielleicht nicht völlig vom Tisch, aber man hätte es besser im Griff, weil man mehr Anfängerstudienplätze sowohl beim Bachelor als auch beim Master bieten könnte. Es gäbe dann nicht diese verschärfte Situation. Das ist das eine.

Zweitens hatten wir die Experimentierklausel in den besonders schwierigen Fächern in der Vorlage für die Deputation noch drin. Wir wissen, dass die Problemlage je nach Fach unterschiedlich schlimm ist. Schlimm ist sie dort, wo der Bachelor überhaupt nicht berufsqualifizierend ist, sondern im Prinzip dem gleicht, was man vorher Zwischenprüfung genannt hat. Insofern halten wir es für einen Fehler der Behörde, das aus dem Hochschulgesetz zu streichen. Weil wir finden, dass es eine sehr komplexe Materie ist, schlagen wir vor, Ihren Antrag an den Ausschuss zu überweisen.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Genau!)

Wenn das aber nicht geschieht, Herr Ohlsen, was möglicherweise passieren könnte, dann würden wir Ihrem Antrag mit Ausnahme der Ziffer 3 nicht zustimmen können; die würden wir annehmen. – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion hat nun das Wort.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kühn, zunächst zwei Bemerkungen zu Ihrer Rede. Sie sagten wieder einmal, Sie würden eine große Kraftanstrengung machen, um die Grundfinanzierung zu stemmen. Herr Kühn, Sie und mehr noch Ihre Senatorin würden ins Zeugnis geschrieben bekommen: Der Mitarbeiter gab sich große Mühe, aber die Kraftanstrengung war vergeblich.

(*Jan Quast SPD:* Solche Zeugnisse sind gar nicht zulässig, Herr Schinnenburg!)

Sie haben bisher keine ausreichende Grundausstattung hinbekommen und Sie werden es wahrscheinlich auch nicht; das war schlecht.

In einem anderen Punkt hatten Sie recht. Sie sagten, das sei nur ein neuer Aufguss von bereits gestellten Anträgen der LINKEN – das stimmt. Zum Beispiel ist das mit Drucksache 20/9684 sehr ähnlich – sagen wir es einmal so – beantragt worden. Darum kann man im Grunde genommen auch kurz das wiederholen, was damals schon gesagt wurde. Es soll eine Veranstaltung in der Television geben, die alle Leute interessiert, deshalb mache ich das einmal im Telegrammstil.

Frau Heyenn, mit Ihrer Darstellung zum Rückgang der Lehrveranstaltungen und der Studienanfänger haben Sie recht. Sie haben auch recht mit der finanziellen Auszehrung durch die Nichtweiterleitung der BAföG-Millionen. Sie haben Unrecht mit der Behauptung, nach dem neuen Gesetz könnte man sich nun nicht mehr einklagen. Ich verspreche Ihnen – ich bin in dem Bereich nicht tätig, aber ich bin überzeugt –, die anwaltlichen Kollegen werden auch das neue Kapazitätsgesetz, gerade weil es an ein oder zwei Punkten nicht ganz so toll ist, knacken können. Es wird auch jetzt ein Studienplatz eingeklagt werden können.

Unrecht haben Sie auch mit Ihren ersten beiden Petita. Ich bin nicht der Meinung, dass Eignungstests und Praktika nicht sinnvoll sind, ganz im Gegenteil, sie sind sinnvoll. Es hat keinen Sinn, automatisch Bachelorplätze und Masterplätze zu vergeben; diese Meinung teile ich nicht. Und dann ist natürlich Ihre Forderung – Herr Kleibauer und Herr Kühn haben es schon gesagt –, dass es Masterplätze für alle Hamburger und für alle, die kommen wollen, geben soll, eine klassische Forderung aus dem Bereich Freibier für alle. Das mag bei einem Volksfest gut sein, aber bei seriöser Wissenschaftspolitik ist das nicht gut. Dem können wir uns auch nicht anschließen.

Wir stimmen jedoch zu, dass wir in der Tat eine weitere Bedarfsanalyse brauchen. Deshalb unterstützt die FDP-Fraktion die Überweisung des Antrags an den Wissenschaftsausschuss. Sollte das

(Dr. Wieland Schinnenburg)

abgelehnt werden, werden wir die ersten beiden Petita ablehnen, aber dem dritten Petitum zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Heyenn von der Fraktion DIE LINKE hat noch einmal das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Ich habe aus der Kritik entnommen, dass offenkundig im Zeichen der Schuldenbremse die Hochschulen nicht mehr ausreichend finanziert werden können. Sie sind permanent unterfinanziert, das sagen sie auch selbst. Das ist natürlich ein Punkt, den wir nicht akzeptieren.

Das Zweite: Wenn Sie mit Freibier für alle kommen, dann möchte ich Sie daran erinnern, dass es bis vor Kurzem noch das Vordiplom und das Diplom gab, das war ein einheitliches Studium. Es hat sich nie die Frage gestellt, ob jemand, der in Hamburg sein Vordiplom gemacht hat, hier auch ein Diplom machen kann. Das war selbstverständlich. Im Jahr 2010, als Herr Lenzen ins Amt kam und die Senatorin noch Oppositionspolitikerin war, hat sie gesagt, das Bachelor-Master-System müsse überarbeitet werden. Im Grunde genommen waren Ihre Redebeiträge der Beweis dafür, dass mit dem Bachelor-Master-System genau das Gegenteil einer Verbesserung des Studiums erreicht wurde. Wir fordern nach wie vor, das Bachelor und Master eine Einheit sein müssen. Dann stellt sich auch gar nicht die Frage, ob man seinen Master machen kann oder nicht. Ich glaube, an der Stelle müssen wir noch viel tun, damit dieses Bachelor-Master-System studierfähig wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Mir liegen nun keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/12982 an den Wissenschaftsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Die Mehrheit war gegen eine Überweisung.

Dann lasse ich über den Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 20/12982 in der Sache abstimmen. Die FDP-Fraktion möchte hierzu die Ziffer 3 separat abstimmen lassen.

Wer möchte also den Antrag der LINKEN mit Ausnahme der Ziffer 3 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit hat dieser Teil des Antrags keine Mehrheit gefunden.

Wer möchte nun Ziffer 3 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit hat auch Ziffer 3 keine Mehrheit bekommen. Der Antrag ist in Gänze abgelehnt.

Wir sind am Ende des Sitzungstags angekommen. Ich wünsche einen schönen Feierabend. Morgen sehen wir uns wieder.

Ende: 20.14 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Nikolaus Haufler, Robert Heinemann, Carl-Edgar Jarchow, Dr. Thomas-Sönke Kluth, Finn-Ole Ritter, Dennis Thering, André Trepoll und Andreas C. Wankum

Anlage

Zu Tagesordnungspunkt 2

Unterrichtung durch die Präsidentin:
Wahl eines ehrenamtlichen Mitglieds der Kreditkommission
– Drucksache 20/12875 –

Gewählt wurde	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
Katja Karger	106	95	5	5	1

Anlage

Zu Tagesordnungspunkt 3

Unterrichtung durch die Präsidentin:
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung
– Drucksache 20/12876 –

Gewählt wurde	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der GRÜNEN Fraktion:					
Daniel Völkoi	107	92	7	8	0

Anlage

Zu Tagesordnungspunkt 4

Unterrichtung durch die Präsidentin:
Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union
– Drucksache 20/12968 –

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
a) Mitglied					
Barbara Duden	107	105	1	1	0
b) Stellvertretendes Mitglied					
Dr. Roland Heintze	107	94	5	6	2